

Bewertungskriterien von Partizipation im Kontext nachhaltiger Entwicklung

Am Beispiel der UNESCO Biosphäre Entlebuch

Masterarbeit

eingereicht an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel

Kevin Richmond

Im Hubel 3, 6210 Sursee
kevin.richmond@stud.unibas.ch
Matrikel Nr.: 07-052-731

MSc Sustainable Development

Eingereicht am: 28. Februar 2014

Referent: Dr. Basil Bornemann

Institution: Universität Basel, Programm Nachhaltigkeitsforschung

Co-Referent: Prof. Dr. Paul Burger

Institution: Universität Basel, Programm Nachhaltigkeitsforschung

Redlichkeitserklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich vertraut bin mit den von der Phil.-Hist. Fakultät der Universität Basel herausgegebenen „Regeln zur Sicherung wissenschaftlicher Redlichkeit“ und diese gewissenhaft befolgt habe.

Vornamen & Name: Kevin Richmond

Titel der schriftlichen Arbeit:

Bewertungskriterien von Partizipation im Kontext nachhaltiger Entwicklung

Am Beispiel der UNESCO Biosphäre Entlebuch

Ort & Datum: Sursee, 28.02.14

Unterschrift:

Abstract

Seit der United Nations Conference on Environment and Development (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 wurde das Thema Partizipation im Kontext nachhaltiger Entwicklung in Theorie und Praxis immer stärker rezipiert. Mit Partizipation wird versucht, bessere und legitimere kollektive Entscheidungen zu erhalten. Partizipationsprozesse werden nach gewissen Kriterien gestaltet und bewertet. Diese Kriterien ergeben sich oftmals aus wissenschaftlichen Überlegungen. Wie Mitwirkende in einem Partizipationsprozess diesen Prozess bewerten, ist noch wenig erforscht. Demnach soll der Frage, inwieweit sich die Kriterien aus Theorie und Praxis unterscheiden und welche Konsequenzen sich daraus ergeben, in dieser Arbeit nachgegangen werden. Dafür wurden Bewertungskriterien für Partizipation aus der Literatur zu sustainability und environmental governance erarbeitet und in den Rahmen von Input-, Throughput- und Output-Legitimität gesetzt. Die UNESCO Biosphäre Entlebuch dient als Fallbeispiel. Es wurden Beteiligte des Partizipationsmodells der Biosphäre Entlebuch interviewt, um die Kriterien aus der Literatur mit jenen der Partizipierenden abzugleichen. Es hat sich gezeigt, dass der theoretische Rahmen gut geeignet ist, um die empirische Forschung und die Gestaltung von Partizipationsarrangements anzuleiten. Dennoch kommen gewisse von den Partizipierenden verwendeten Kriterien in der Theorie nicht zur Geltung. Demnach kann dafür argumentiert werden, die wissenschaftlichen Kriterien zu ergänzen. Um die Wissensbasis zu vergrößern, sind weitere empirische Untersuchungen wünschenswert.

Danksagung

Ich möchte an dieser Stelle allen Personen danken, die mich während des Schreibens der Masterarbeit unterstützt haben.

Mein Dank gilt insbesondere **Dr. Basil Bornemann**, der mich von der Themenfindung an bis hin zum Verfassen der Arbeit unterstützt hat. Danke für Deine Zeit für Besprechungen, Deine Anregungen zum Thema und zum Vorgehen und Deiner Offenheit gegenüber meinen Ideen. Deine konstruktiven Inputs haben mich immer wieder angeleitet.

Florian Knaus und meinen **InterviewpartnerInnen** aus der UBE möchte ich dafür danken, sich Zeit für mich genommen zu haben. Ohne ihre Hilfe und ihre Bereitschaft zu Interviews hätte diese Arbeit in der vorliegenden Form nicht erstellt werden können.

Vielen Dank auch an **Nora, Sylvie** und **Jeanine** für die gemeinsamen Arbeitsstunden im Büro und die gemütlichen Mittagessen, bei welchen ihr mich immer mal wieder motiviert habt, sei es durch euren inhaltlichen Input, durch eure Bereitschaft zuzuhören oder einfach durch die willkommene Ablenkung.

Ein Dankeschön an meine **Familie, Freunde** und an **Marco**, für die Unterstützung während meiner gesamten Studienzzeit, den offenen Ohren und der Geduld, die ihr für mich während den letzten neun Monaten aufgebracht habt, wenn ich mal keine Zeit für euch hatte.

Danke an meinen Vater **Peach Richmond** und an **Petra Winkler** für das Korrekturlesen meiner Arbeit.

Und zu guter Letzt, einen riesen Dank an Dich, **Sarah Koloska**! Für all die gemeinsamen Gespräche, die gemeinsame Achterbahnfahrt, das Lesen der Arbeit und die grossartigen Kommentare dazu. Danke für die gemeinsamen Mittagessen und die stundenlangen Diskussionen. Du bist mir in den letzten sechs Semestern mit Rat und Tat zur Seite gestanden insbesondere auch in den letzten neun Monaten. Dafür kann ich Dir nicht genug danken!

Inhaltsverzeichnis

Redlichkeitserklärung	I
Abstract	II
Danksagung	III
Inhaltsverzeichnis	IV
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	VI
1. Einleitung	1
1.1 Thema und Relevanz	1
1.2 Forschungslücke und Forschungsfragen	3
1.3 Aufbau der Arbeit	4
2. Theoretische Grundlagen	7
2.1 Governance	7
2.2 Partizipation	11
2.3 Deliberative Demokratie	12
2.4 Sustainability und Environmental Governance	14
2.5 Legitimität und Legitimation	18
2.6 Kriterien für Legitimität	21
3. Fallbeispiel: UNESCO Biosphärenreservat Entlebuch	27
3.1 UNESCO Biosphärenreservate	27
3.2 Entwicklung des Konzepts	27
3.3 Das UNESCO Biosphärenreservat Entlebuch (UBE)	30
4. Methode	33
5. Ergebnisse und Diskussion	37
5.1 Kommunikation	37
5.2 Repräsentation	43
5.3 Deliberation	49
5.4 Rechenschaftspflicht	50
5.5 Zielerreichung	52
5.6 Einbezug in den Politikzyklus	53

5.7 Partizipation	54
5.8 Gesamtdiskussion.....	58
6. Methodische Reflexion	63
7. Ausblick.....	65
8. Schluss.....	66
Literaturverzeichnis	68

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Zonierung UNESCO Biosphäre Entlebuch.....	30
Abbildung 2: Kooperationsmodell UBE	31
Tabelle 1: Legitimitätskriterien für Partizipation	24

1. Einleitung

1.1 Thema und Relevanz

Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung wurde Ende der 1980er-Jahre durch den sogenannten Brundtland Bericht der World Commission on Environment and Development (WCED) „Unsere Gemeinsame Zukunft“ berühmt gemacht. In diesem Bericht wird erklärt: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (WCED 1987). Dort ist die Forderung enthalten, dass Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen können müssen, heute und in Zukunft. Dieser Bericht wurde 1992 an der United Nations Conference on Environment and Development (UNCED) aufgenommen. Vorangegangen war mitunter die Einsicht, dass Nicht-Regierungs-Organisationen wichtige globale Akteure sind und in die vorbereitende Phase für die Konferenz eingebunden werden müssen. (Oels 2003: 46) Auf der Konferenz wurden wegweisende Dokumente verabschiedet, um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern. Eines davon war die Agenda 21, welche als Programm für das 21. Jahrhundert unterzeichnet wurde. (ebenda: 50) Die Agenda 21 verweist dabei auf Partizipation als wichtigen Bestandteil, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. So steht in der Präambel unter Punkt 1.3: „[...] Ausserdem muss für eine möglichst umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit und eine tatkräftige Mithilfe der nichtstaatlichen Organisationen (NRO) und anderer Gruppen Sorge getragen werden“ (UNCED 1992a). Hinzu kommt Kapitel 23 der Präambel, wo steht: „Eine Grundvoraussetzung für die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung ist die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung. Darüber hinaus hat sich im spezifischeren umwelt- und entwicklungspolitischen Zusammenhang die Notwendigkeit neuer Formen der Partizipation ergeben [...]“ (UNCED 1992b).

Es wird im Theorieteil dieser Arbeit aufgezeigt, wie in den 1990er-Jahren das Thema Partizipation sowohl in der Theorie als auch in der Praxis verstärkt Beachtung fand. Dieser verstärkte Fokus auf Partizipation wurde mitunter durch die Agenda 21 und die Orientierung an einer nachhaltigen Entwicklung ausgelöst. Laut Stirling (2006: 95) hat das Vertrauen in die durch Experten informierte Politik nachgelassen. Es wird mehr Partizipation gefordert. Zudem bedrohen globale Probleme wie der Klimawandel oder andere Umweltprobleme – angetrieben durch die industrielle Entwicklung und voranschreitende Globalisierung – die Lebensweise vieler Menschen. Das führt zu grösserem Interesse am Thema Partizipation. Für Partizipation im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung sprechen verschiedene Gründe, die im Folgenden kurz ausgeführt werden sollen. Für die weitere Bearbeitung der Forschungsfrage spielen sie keine Rolle. Dennoch dient dieser Überblick der Einordnung in den Diskurs

um eine nachhaltige Entwicklung. Es soll klar werden, welche Relevanz Partizipation besitzt.

Die Diskussion um Partizipation im Kontext nachhaltiger Entwicklung lässt sich gemäss Newig et al. (2011: 29-30) in drei Argumentationslinien unterteilen: Emanzipation, Legitimität und Zielerreichung. Emanzipation bedeutet, dass Partizipation im Kontext der deliberativen Demokratie die Mitbestimmung, offene Entscheidungsprozesse und die Demokratisierung fördert. Die Überlegungen zur Legitimität gehen dahin, dass durch das Einbinden von Akteuren, welche normalerweise nicht am Prozess beteiligt sind, die Legitimität der Ergebnisse erhöht wird. Das heisst, durch die Beteiligungsmöglichkeit wird bewirkt, dass der Prozess von der Bevölkerung akzeptiert wird. Abschliessend soll durch Partizipation die Zielerreichung verbessert werden, da verschiedene Formen von Wissen in den Prozess hineingetragen werden. Die Resultate sind dadurch nicht mehr nur prozedural, sondern auch inhaltlich besser.

Nebst diesen Argumentationslinien lassen sich in der Diskussion um Partizipation im Kontext nachhaltiger Entwicklung auch andere Punkte ausmachen. Gemäss Fiorino (1990: 227) gibt es je ein substantielles, ein normatives und ein instrumentelles Argument, das für Partizipation spricht. Das substantielle Argument geht von der Annahme aus, dass Laienwissen genauso stichhaltig ist wie Expertenwissen. Laien haben eine andere Sichtweise auf Probleme und Lösungen und würden Aspekte sehen, die Experten nicht sehen können. Zudem bestehe die Möglichkeit mittels der Deliberation, auch Unsicherheiten miteinzubeziehen. Deliberation heisst dabei, dass verschiedene Meinungen zugelassen und angehört werden, um dann über Vor- und Nachteile der jeweiligen Inhalte zu diskutieren. Das normative Argument baut darauf, dass für die Bearbeitung der vorhandenen Probleme technokratische Lösungen vorgebracht werden. Die demokratische Öffentlichkeit wird übergangen, obwohl diese die Kontrolle über die Politik haben sollte. Die Bürger sind die besten Beurteiler ihrer eigenen Interessen. Entscheidungen, welche einen selbst betreffen, sollten auch selbst beeinflusst werden können. Beim instrumentellen Argument wird angenommen, Entscheidungen zu Umweltproblemen in Partizipationsprozessen durch Laien seien legitimer und führen zu besseren Resultaten. (ebd.: 227-228) Wie angedeutet, sollen diese Argumentationslinien verdeutlichen, welche Relevanz das Thema Partizipation im Kontext der nachhaltigen Entwicklung besitzt.

1.2 Forschungslücke und Forschungsfragen

Bei der Bearbeitung des Themas Partizipation stösst man unweigerlich auf die Frage, wie nun so ein Prozess gestaltet wird, beziehungsweise gestaltet werden sollte. Wie Speil et al. (2008: 36) festhalten, gibt es verschiedene Kriterien zur Bewertung eines Partizipationsprozesses. Nach solchen Kriterien richten sich die unterschiedlichen Methoden, die verwendet werden können, um einen Partizipationsprozess zu gestalten. Zum Abschluss solcher Prozesse gehört eine Auswertung und Reflexion des gesamten Projektes. In dieser Nachbereitungsphase „[...] werden die Erfahrungen wissenschaftlich ausgewertet, um allgemeine Lerneffekte zu generieren und zukünftige Prozesse noch zielgerichteter durchführen zu können [...]“ (ebd.: 39-40). Das zeigt, dass die Bewertung des durchgeführten Prozesses einen wesentlichen Effekt auf die neuerliche Gestaltung weiterer Partizipationsprozesse hat. In der Literatur zum Thema Partizipation und Nachhaltigkeit findet man eine lange Liste von Kriterien, die für die Gestaltung eines Partizipationsprozesses eine Rolle spielen sollten. Diese Kriterien werden dabei aufgrund wissenschaftlicher Überlegungen als relevant erachtet. (vergleiche Webler & Tuler 2000: 566-567; Rowe & Frewer 2000: 19-20; Buchy & Hoverman 2000: 23; Rauschmayer & Wittmer 2006: 112)

Bei den wissenschaftlichen Überlegungen zu Kriterien, die an einen Partizipationsprozess gestellt werden, setzen Blackstock et al. (2012: 113) an und schreiben, dass am Ende der Prozesse überlegt werden muss, aus welcher Sicht denn bewertet wird. Sie sagen, dass in den meisten Fällen, wo es zu einer Prozessbewertung kam, auf „externe“ Kriterien aus der Literatur zurückgegriffen wurde. Extern meint hier Kriterien, die aus wissenschaftlichen, theoretischen Überlegungen Eingang in die Literatur finden. Dagegen steht die „interne“ Sicht auf den Prozess. Das heisst, die Beurteilung, was ein guter Prozess darstellt, kann je nach Gewichtung durch die Beteiligten unterschiedlich ausfallen. Es kann sein, dass die Partizipierenden andere Kriterien zur Bewertung verwenden („interne“ Kriterien). Zur Frage, inwiefern sich die Kriterien aus der Literatur von jenen der Partizipierenden unterscheiden, hat es bis anhin wenige Untersuchungen gegeben. (vgl. Blackstock et al. 2012: 113)

Die Studie von Blackstock et al. im Kontext der EU Wasserrahmenrichtlinie ist eine der wenigen, die sich diesem Thema widmet. Ein weiteres Beispiel liefern Tuler und Webler (1999: 437-438), welche zusammen mit Partizipierenden in einem Waldentwicklungsprojekt Kriterien erarbeitet haben. Daneben gibt es, wie gesagt, kaum Literatur zu diesem Thema. Betrachtet man jedoch die obige Aussage von Speil et al., dass die Bewertungspraxis neue Prozesse anleiten soll, so scheint die Frage relevant, wie die Beteiligten den Prozess wahrnehmen und bewerten und ob, beziehungsweise inwiefern sich die von ihnen angewandten Kriterien von jenen aus der Literatur unterscheiden. Dieser Frage soll in der vorliegenden

Arbeit nachgegangen werden, um die entstehende Diskussion, wie sie von Blackstock et al. aufgebracht wurde, aufzugreifen und so einen Beitrag dazu leisten. Die Forschungsfragen lauten daher wie folgt:

Inwiefern unterscheiden sich theoretisch hergeleitete Bewertungskriterien für Partizipation von solchen, die in der Praxis von den Partizipierenden angelegt werden?

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Legitimität der Partizipationsarrangements sowie für die Bewertungspraxis?

Die erste Frage zielt auf die von Blackstock et al. angesprochenen, möglichen Unterschiede zwischen den Kriterien aus der Literatur und jenen von den Partizipierenden selbst ab. Durch die zweite Frage nach den Konsequenzen, welche solche Unterschiede denn hätten, wird ein Beitrag zur Diskussion um die „internen“ und „externen“ Bewertungskriterien geleistet. Der Beitrag besteht demnach zuerst darin, die Bewertungskriterien aus der Literatur zusammenzufassen, welche für die Bewertung von Partizipationsprozessen im Kontext nachhaltiger Entwicklung verwendet werden. Anhand der empirischen Resultate lässt sich in einem zweiten Schritt zeigen, inwieweit diese Kriterien nützlich sind, um Partizipation zu bewerten, und ob über diese Kriterien hinaus zusätzliche Bewertungsmaßstäbe herangezogen werden müssen. Da dies eine Einzelfallstudie in einem Forschungsbereich darstellt, der noch wenig untersucht worden ist, soll mit der Arbeit aufgezeigt werden, ob das hier gewählte Vorgehen für die Diskussion der Bewertungskriterien überhaupt sinnvoll ist. Sie soll dahingehend eine Anregung für weitere Forschung in diesem Bereich sein. Es geht hier folglich nicht darum, eine Nachhaltigkeitsbewertung des untersuchten Prozesses vorzunehmen. Innerhalb der Nachhaltigkeitsforschung sind die Fragen, was nachhaltige Entwicklung überhaupt sei, was eine Konzeptualisierung dessen erfüllen muss und wie Projekte und Strategien evaluiert werden können, wichtige Forschungsrichtungen, auf die hier verwiesen sein soll, die bei der Bearbeitung des Themas aber nicht im Fokus stehen. (vgl. Kopfmüller 2006: 29; Burger & Christen 2011: 788-790)

Im nächsten Kapitel wird der Aufbau der Arbeit beschrieben, wo die Schritte aufgezeigt werden, die notwendig sind, um die Forschungsfragen zu beantworten.

1.3 Aufbau der Arbeit

Im ersten Teil der Arbeit sollen die theoretischen Grundlagen für die empirische Arbeit ausgearbeitet werden. Um die Forschungsfragen beantworten zu können, müssen zuerst die Kriterien aus der Literatur erarbeitet werden. Dabei wird dem Begriff „Governance“ die zentrale Rolle zufallen, denn um eine nachhaltige Entwicklung zu bewirken, muss die Gesellschaft in eine bestimmte Richtung gesteuert werden. Es wird aufgezeigt, inwieweit sich die-

se Steuerung mit dem Begriff „Governance“ weiterentwickelt hat.

Nebst Governance steht das Thema Partizipation im Fokus. Daher wird im zweiten Theoriekapitel erläutert, was unter Partizipation verstanden werden kann. Darauf folgt ein Kapitel zu Deliberativer Demokratie. Es wird gezeigt, wie sich seit 1990 ein „deliberative turn“ vollzogen hat. Das bedeutet, dass sich Theorie und Praxis vermehrt mit Partizipation auseinandersetzen. Die Überlegungen zur deliberativen Demokratie haben die Literatur zu sustainability und environmental governance wesentlich beeinflusst. Darin wird das Thema Steuerung in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung behandelt. Deshalb wird in dieser Arbeit, die denselben thematischen Rahmen verfolgt, auf diese Literatur eingegangen.

Die Literatur zu sustainability und environmental governance behandelt insbesondere auch die Frage nach der Legitimität und Legitimation von Partizipationsprozessen. Die Partizipationsprozesse werden darin nach bestimmten Kriterien bewertet, welche in den Rahmen der demokratietheoretischen Unterscheidung von Input-, Throughput- und Output-Legitimität eingeordnet werden. Dabei geht es um Kriterien, welche einem Prozess Legitimität verschaffen, wenn sie gemäss den Überlegungen aus der Theorie erfüllt werden. Im Detail wird darauf weiter unten im Abschnitt zu Legitimität und Legitimation eingegangen. Zusammengefasst, beinhaltet der Input Aspekte, die dem Prozess vorgelagert sind beziehungsweise in den Prozess hineinkommen. Throughput ist dasjenige, was während des Prozesses, also in ihm selbst, geschieht. Und Output bezeichnet die Resultate, die aus dem Prozess hervorgehen. Vier wissenschaftliche Werke dienen hier als Grundlage, um die Kriterien zur Bewertung von Partizipationsprozessen im Kontext von nachhaltiger Entwicklung anzuwenden. Diese vier Werke umfassen die in der Diskussion verbreitetsten Kriterien aus der Theorie. Sie stehen exemplarisch für den gesamten Diskurs. In einer Tabelle (Tabelle 1) werden die Kriterien zusammengefasst und den Legitimitätskategorien zugeordnet. Die so erstellte Tabelle dient als Grundlage für die darauffolgende empirische Arbeit am Beispiel der UNESCO Biosphäre Entlebuch (im Folgenden als UBE abgekürzt).

In einem nächsten Schritt wird das Fallbeispiel vorgestellt, welches in das Konzept der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation) Biosphärenreservate eingebettet ist. Daher wird zuerst die geschichtliche Entwicklung der Biosphärenreservate aufgezeigt. Die Idee der Biosphärenreservate entstand aus dem UNESCO Programm zu „Der Mensch und die Biosphäre“, welches das Ziel der Generierung von Wissen zur nachhaltigen Nutzung von Biosphären hatte.

Nach der Rothenthurm-Initiative zum Schutz von Moorlandschaften in der Schweiz im Jahre 1987 wurde im Entlebuch ein Weg gesucht, um trotz den nun grossen Schutzflächen eine regionale wirtschaftliche und touristische Entwicklung zu ermöglichen. Endprodukt dieses

Prozesses war die Entstehung der UNESCO Biosphäre Entlebuch im Jahre 2001. Teil dessen ist ein Partizipationsmodell, bei dem sich die interessierte Bevölkerung in selbstorganisierten Foren zu verschiedenen Schwerpunktthemen dafür engagieren kann, die Entwicklung der UBE mitzubestimmen.

In Kapitel 4 wird das Vorgehen in der Arbeit dargestellt. Es wurden semi-standardisierte Interviews mit Vertretern der Foren und dem Management der UBE durchgeführt mit dem Ziel, die subjektive Wahrnehmung und Bewertung des Prozesses durch die Partizipierenden im Kontext der UBE zu erfahren. Es sollten die „internen“ Bewertungskriterien herausgefunden werden, um sie mit den „externen“, aus der Literatur gewonnenen, Kriterien abzugleichen. Die Analyse der erhaltenen Daten folgte den von Green et al. (2007: 547) vorgeschlagenen Schritten von Immersion, Kodierung, Kategorienbildung und Themenfindung.

Das 5. Kapitel umfasst die Wiedergabe der Resultate und die Diskussion der Interviewdaten. Unterteilt nach den in Kapitel 4 erstellten Kategorien, werden Interviewausschnitte wiedergegeben, welche die Meinung der interviewten Personen zu den relevanten Themen veranschaulichen. Diese sind die Themen Kommunikation, Repräsentation, Deliberation, Rechenschaftspflicht, Zielerreichung, Einbezug in den Politikzyklus und Partizipation. Nach jedem einzelnen Themenabschnitt werden die Resultate diskutiert. Abschliessend findet eine Gesamtdiskussion statt, in der die relevanten Aspekte zusammengefasst und gewonnene Erkenntnisse zur Diskussion gestellt werden.

Danach wird eine methodische Reflexion vorgenommen und ein Ausblick gegeben. Darin werden die Interviewgestaltung und –führung kritisch reflektiert. Die Erkenntnisse aus der empirischen Arbeit sollen eine Grundlage bieten, um über Nachfolgestudien und mögliche Erweiterungen der vorliegenden Arbeit zu diskutieren. Es wird im Ausblick dargelegt, dass es wünschenswert ist, in diesem Bereich mehr Forschung zu betreiben, da die Literatur über den Unterschied von „internen“ und „externen“ Bewertungskriterien von Partizipation im Kontext nachhaltiger Entwicklung noch spärlich ist. Zum Schluss wird rekapituliert, was in dieser Arbeit gemacht wurde.

2. Theoretische Grundlagen

2.1 Governance

Wie Jordan (2008: 17) bemerkt, hat sich seit der Rio Konferenz 1992 die Anzahl publizierter Artikel und Bücher zu den Themen „nachhaltig“, „Entwicklung“ und „Governance“ enorm vergrößert. Begriffliche Klarheit ist damit aber nicht eingekehrt, sondern es hat eher dazu geführt, dass eine Vielzahl an Interpretationen zu den Begriffen Nachhaltige Entwicklung und Governance entstanden ist. Da die Literatur zu Governance den theoretischen Rahmen für diese Arbeit vorgibt, sollen in diesem ersten Teil der Begriff Governance und seine möglichen Definitionen näher beschrieben werden.

Bekkers et al. (2007: 3) sagen der öffentliche Sektor habe in den 1990er-Jahren eine Änderung des vorherrschenden Steuerungsparadigmas durchmachen müssen. Es wurde erkannt, dass die hierarchische, zentralisierte Steuerung sozialer Entwicklungen durch die staatliche Regierung für die Lösung gesellschaftlicher Probleme zunehmend kritisiert wurde. Von diesem Regierungs-Paradigma ist man zu einem Governance-Paradigma übergegangen, was eine Veränderung von der Regierung als Steuerungszentrum hin zu einem Netzwerk von involvierten Akteuren implizierte. Diese Entwicklung ist sowohl in der Praxis als auch in der Theorie vonstatten gegangen. Im Rahmen der Diskussion um deliberative Demokratie wird diese Idee in Kapitel 2.3 nochmals aufgenommen. Für Bekkers et al. (2007: 3) widerspiegelt Governance die Aufmerksamkeit, welche für die Prozesse selbst aufgebracht werden muss, in denen Akteure mit verschiedenen Interessen, Ressourcen und Überzeugungen gemeinsam politische Programme ausarbeiten. Wie Governance definiert werden kann, soll nachfolgend näher erläutert werden.

Betrachtet man die Literatur zu Governance, stellt man fest, dass es eine Reihe verschiedener Verwendungen für den Begriff gibt. Stoker (1998: 17) kommt zu der Grundannahme, Governance bezeichne die Entwicklung von Regierungsstilen, bei denen die Grenze zwischen öffentlichen und privaten Sektoren verschwimmt. Man benennt mit Governance die Theorien oder Probleme, die von sozialer Koordination und Herrschaftsmodellen handeln. Genauer gesagt, geht es um Theorien und Praktiken der Regierungsführung, welche einen geringeren Fokus auf Hierarchie und Staat legen und vermehrt von Märkten und Netzwerken handeln. (Stoker 1998: 17; Bevir 2011: 1) Dies bedeutet nicht, dass der Staat als Akteur der Regierungsführung und –koordination verschwunden ist. (vgl. Considine & Afzal 2011: 369) In der wissenschaftlichen Betrachtung und der vorgefundenen Praxis ist er nur nicht mehr der einzige anzutreffende und untersuchte Gegenstand. Lafferty (2004: 4) fügt an, dass es aufgrund der lateinischen und griechischen Wortherkunft von “democratic gover-

nance“ darum geht, eine Gemeinschaft auf rationale Weise in eine bestimmte Richtung zu steuern, welche die Macht und Autorität der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft widerspiegelt. Er postuliert, mit Governance sei ursprünglich der Akt oder der Prozess der Steuerung gemeint, wobei Steuerung sich auf staatliche Aktivitäten bezog. In neuerer Zeit wurde dieser Diskurs erweitert, um eine grössere Zahl von Steuerungsformen zu umfassen, weshalb Governance alle Mechanismen und Instrumente zur Förderung von Wandel in vorherbestimmte Bahnen bezeichnet. Eine Folge davon war, dass Regulierung nicht länger als effektives Mittel gesehen wurde, um Veränderungen herbeizuführen. Einerseits verwendeten Regierungen vermehrt andere Steuerungsmechanismen (zum Beispiel wirtschaftliche Anreize) und andererseits kam es zu einer stärkeren Dezentralisierung und einer Mobilisierung der Zivilgesellschaft. (ebd.: 5)

Governance umfasst, wie schon angedeutet, alle Arten der Koordination kollektiven Handelns, sei dies zwischen einzelnen Personen, verschiedenen Organisationen, Systemen oder Staaten. Es sind alle „[...] Formen und Mechanismen der Koordination“ gemeint (Benz et al. 2007: 14). Somit sind, nebst dem koordinierten Handeln, sowohl die Strukturen gemeint, in welche diese Handlungen eingebettet sind, als auch die Abläufe, welche sich daraus ergeben und wiederum Handlungen hervorrufen. (ebd.: 14) Für Stoker (1998: 18) ist die Theorie von Governance eine deskriptive und dient als Rahmen, um Abläufe von Steuerungsprozessen zu verstehen. Die Theorie bietet die Begrifflichkeiten, um die richtigen Fragen zu stellen und so zu gewissen Antworten zu gelangen. Er macht fünf Aussagen zur Beschreibung von Governance:

1. Governance refers to a set of institutions and actors that are drawn from but also beyond government.
2. Governance identifies the blurring of boundaries and responsibilities for tackling social and economic issues.
3. Governance identifies the power dependence involved in the relationships between institutions involved in collective action.
4. Governance is about autonomous self-governing networks of actors.
5. Governance recognizes the capacity to get things done which does not rest on the power of government to command or use its authority. It sees government as able to use new tools and techniques to steer and guide (Stoker 1998: 18).

Wie oben schon erwähnt, sieht man in diesen Aussagen die Tendenz von Governance hin zu einer Steuerung, die über den Staat hinausgeht und Akteure aus anderen Sektoren einbezieht. Die Grenzen der Zuständigkeit für soziale und ökonomische Angelegenheiten verschwinden. Der Begriff des Netzwerkes kommt vor wie auch die Möglichkeit neuer Steuerungstechniken. Solchen bemächtigt sich der Staat, der weiterhin eine Rolle spielt, aber nicht mehr den einzigen handlungsfähigen Akteur darstellt.

Auch Bevir (2011: 2) beleuchtet vier Aspekte der Phänomene von Governance. Sie sind hybrid (1) und unterstehen mehreren Zuständigkeitsbereichen (2), wobei verschiedene Interessensgruppen (3) in Netzwerken (4) zusammenkommen. Hybrid bedeutet, dass innerhalb eines Governance Arrangements eine administrative Logik mit marktbasierter Mechanismen ergänzt wird. Dabei kommen Akteure aus unterschiedlichen Politikfeldern, Regierungsebenen oder auch Nationen zusammen. Hinzu gesellen sich schliesslich auch noch Akteure von diversen Interessensgruppen, welche an Prozessen von Governance partizipieren wollen. Dies führt zur Bildung von Netzwerken, um mit den Anforderungen der Handlungskoordination umzugehen. (ebd.: 2-3) Es hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts gezeigt, dass Probleme wie Umweltzerstörung, öffentliche Gesundheit oder urbane wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr top-down von einer alleinigen Regierungsstelle gelöst werden können. Governance versteht sich als Steuerung und nicht als ein top-down Diktieren. Es setzt Koordination und Kollaboration zwischen verschiedenen Stakeholdern voraus. (Bingham 2011: 386)

Wie viele andere theoretische Begriffe hat sich auch Governance über die Zeit weiterentwickelt. Hiervon zeugen die folgenden Ausführungen, bei denen sich Governance stärker unterteilen lässt. Damit soll gezeigt werden, wie sich Governance weiterentwickelt hat. Des Weiteren gibt es einen vertieften Überblick über die vorhandene Literatur. Gemäss Bäckstrand et al. (2010: 9) gibt es drei Ansätze von Governance in der Literatur: „Empirical Governance“, „Normative Governance“ und „Critical Governance“. Dies unterscheidet sich von der Beschreibung von Governance bei Stoker. Das ist nicht verwunderlich, stehen doch zwischen beiden Texten zwölf Jahre. „Empirical Governance“ Ansätze sehen Governance als Phänomen, das auf die Globalisierung zurückzuführen ist. Eine Vielzahl von Akteuren auf verschiedenen Ebenen führt zur Auflösung hierarchischer Kontrolle durch Staaten. Globalisierung und Transnationalisierung bewirken die Verflechtung politischer, administrativer und juristischer Ebenen miteinander, wie zum Beispiel in der EU. „Normative Governance“ dagegen hat einen verordnenden Charakter. Es wird gesagt, wie gute und legitime Governance aussehen soll. Es geht in die Richtung von „good governance“ und das Streben nach verbesserter Rechenschaft, Legitimität und Leistung. In diese Kategorie lässt sich die vorliegende Arbeit am ehesten einordnen. „Critical Governance“ umfasst dagegen verschiedene theoretische Ansätze, welche sich mit der Fähigkeit von Governanceformen zur Disziplinierung oder zur Herstellung von Ordnung befassen. (ebd.: 9-11)

Demgegenüber zählen Fenger und Bekkers (2007: 21-28) fünf Governance Modi auf: *Governance mit Distanz*, *Multi-Level Governance*, *Markt-Governance*, *Netzwerk Governance* und *gesellschaftliche Selbst-Governance*. Im Folgenden werden die einzelnen Modi kurz erläutert.

Governance mit Distanz umfasst eine hierarchische Steuerungsstruktur zwischen der Organisation, die steuert, und jener, die gesteuert wird. Dabei erhält die Organisation, welche gesteuert wird, viel Spielraum, um die eigenen politischen Programme umzusetzen. Selbstregulierung wird erwartet. Die Steuerung durch den Staat geschieht im Hinblick auf die Resultate (Output und Outcome) der Organisation und nicht mehr auf die internen Mechanismen (Throughput) selbst. Das zeugt von einem Rückzug des Staates, der nur noch aus der Distanz steuert. Die Steuerungsaktivitäten in diesem Modus belaufen sich auf der Definition von bestimmten Input-, Output- und Outcome-Parametern, welche die Organisationen erfüllen müssen. (ebd.: 21-22)

Multi-Level Governance fokussiert auf die Kooperation verschiedener Ebenen des Staatsapparates. Es geht um die Verschiebung der Problemlösungskompetenzen auf höhere oder tiefere Stufen des Nationalstaates. Höhere Stufen sind supranationale oder zwischenstaatliche Autoritäten wie die Europäische Union oder die Weltbank. Tiefere Ebenen umfassen die regionalen und lokalen Regierungsebenen. Mit Multi-Level Governance wird versucht, den Strukturen Rechnung zu tragen, welche den globalisierten Problemen des 21. Jahrhunderts zu begegnen haben. (ebd.: 22-23)

Markt-Governance bezieht sich auf den Gebrauch von Marktmechanismen wie Angebot und Nachfrage innerhalb von Governanceprozessen. Der Staat interveniert, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Daraus ergibt sich eine Arena, in der sich verschiedene Akteure treffen und miteinander verhandeln, um eine Kooperation und kollektives Handeln zu ermöglichen. Der Staat versucht nicht die Resultate vorzugeben, welche erreicht werden sollen, sondern stellt einen einheitlichen Rahmen zur Verfügung, welchem alle Akteure zu folgen haben. (ebd.: 23-24)

Der vierte Modus ist die *Netzwerk Governance*. Hierbei geht es darum, ein gemeinsames Verständnis zwischen Organisationen und Stakeholdern im Netzwerk zu fördern. Damit soll eine gemeinsame, vertrauenswürdige politische Praxis durch Interaktion, Kommunikation, Verhandlung und Austausch erzeugt werden. Es kommt zu aktiver Partizipation verschiedener Interessen, die ein eher komplexes Problem bearbeiten. Die Stakeholder in so einem Prozess zusammenzubringen schafft einerseits Akzeptanz für ein politisches Programm, andererseits wird die Qualität der kollektiven Problemlösungen erhöht, da unterschiedliches Wissen, Information und Erfahrung eingebracht werden. Ein wesentliches Konzept hinter dieser Form von Governance kommt bei der deliberativen Demokratie vor, wie sie Dryzek ausführt. Governance im Netzwerk umfasst den Prozess der Kooperation, damit kollektive Handlungen erzielt werden können. Konflikt, Verhandeln und Kooperation sind wesentliche Bestandteile. (ebd.: 24-25) Dieser Modus entspricht am stärksten dem, was in dieser Arbeit als Rahmung bezeichnet wird. Damit diese Einordnung besser verstanden wird, wird in

den folgenden Kapiteln die Theorie zu Partizipation und zu deliberativer Demokratie im Kontext von sustainability und environmental governance ausgeführt.

Der fünfte und letzte Modus ist die *gesellschaftliche Selbst-Governance*. Hier haben der Kommunitarismus und das Sozialkapital die wichtigste Bedeutung. Kommunitarismus bezieht sich unter anderem darauf, dass sozio-ökonomische Probleme auf lokaler Ebene gelöst werden können. Innerhalb des Kommunitarismus geht es bei Governance darum, Bedingungen herzustellen, damit Gemeinschaften sich selbst regieren können. Um effektivere, effizientere und legitimere Strukturen zu schaffen, wird Vertrauen benötigt. Vertrauen ist mit dem Konzept von Sozialkapital verbunden, welches ein soziales Netzwerk darstellt. Aus diesem Netzwerk resultieren Normen von Reziprozität und Vertrauenswürdigkeit, die zum Sozialkapital gezählt werden. Bei der gesellschaftlichen Selbst-Governance wird die Fähigkeit lokaler Gemeinschaften gefördert, ihre eigenen politischen Programme zu gestalten, die dazu dienen, mit Problemen umgehen zu können. (ebd.: 26)

2.2 Partizipation

Nebst Governance ist das Thema Partizipation für die gesamte Arbeit wichtig. Partizipation kann, je nach Blickwinkel, Verschiedenes bedeuten. Dies hat auch Arnstein (1969: 217) in ihrem Artikel festgehalten, in dem sie das Bestehen verschiedener Stufen von Bürgerbeteiligung aufzeigt. Partizipation ist nicht gleich Partizipation. Unterscheidungskriterium ist die Entscheidungsmacht, welche die Beteiligten im Prozess besitzen. Erst wenn die Partizipierenden die Macht besitzen, dass ihre Entschlüsse für die Politik bindend gelten, sieht Arnstein die Idee von wirklicher Partizipation erfüllt. (ebd.: 216-217)

Damit klar wird, was in dieser Arbeit unter Partizipation verstanden wird, soll hier eine Definition von Partizipation aufgezeigt werden. Laut Newig (2011: 487-488) gibt es fünf Elemente, die bei einer Definition von Partizipation eine zentrale Rolle spielen. Zuerst einmal geht es um *Kooperation/Kommunikation*. Der Fokus liegt nicht auf einseitigem, staatlichem Handeln, sondern Partizipation bedeutet das Einbeziehen verschiedener Gruppen in einen deliberativen Prozess gemeinsamer Problemlösungs- und Entscheidungsfindung. Zweitens spielt der *öffentliche Raum* als Ort der Entscheidungsfindung eine Rolle. Die hier getroffenen Entscheidungen geben einer grösseren Gruppe von Personen vor, wie man künftig zu handeln hat. *Mitbestimmung* als dritter Punkt soll Individuen und Gruppen umfassen, welche normalerweise nicht diejenigen sind, welche Entscheidungen treffen. Letztere, das heisst die staatlichen Organe, werden zwar auch miteinbezogen, sie alleine genügen dem Anspruch aber nicht. Viertens soll eine *Machtübergabe* stattfinden. Die Entscheidungen der einbezogenen Personen müssen Geltung haben und nicht nur zu kommunikativen und konsultativen

Zwecken generiert werden. Dieser Punkt stimmt mit den Überlegungen von Arnstein überein. Die *Repräsentation* ist das letzte Anliegen. Partizipation bedeutet, alle Personen mit legitimen Interessen in den Prozess einzubeziehen. Wie man in Kapitel 2.4 sehen wird, ist dieses Anliegen in der Literatur zu sustainability und environmental governance auch vorhanden. Repräsentation gilt dort als Legitimitätskriterium. Von diesen fünf Kriterien müssen das zweite und dritte (öffentlicher Raum und Mitbestimmung) erfüllt sein, die anderen drei Kriterien können in unterschiedlichem Ausmass bestehen, womit man ein mehrdimensionales Konzept hat.

2.3 Deliberative Demokratie

Im Zuge der Diskussionen um Governance und um eine nachhaltige Entwicklung ist eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen erfolgt. Unter dem Begriff der „deliberative democracy“ wurde auch in der Demokratietheorie eine Verschiebung des Fokus bei politischen Prozessen festgestellt. Worauf folgend eingegangen wird. Ziel ist es, die demokratietheoretischen Entwicklungen nachzuzeichnen, welche dazu geführt haben, dass man im Rahmen von sustainability und environmental governance eine Diskussion über Partizipation führt.

Im Jahr 1990 hat Dryzek in seinen Ausführungen in seinem Werk zu „Discursive Democracy“ konstatiert, eine diskursive Demokratie beinhalte eine klassische, aristotelische Auffassung von Politik, partizipativer Demokratie, kommunikativem Handeln, praktischer Rationalität und kritischer Theorie. Das Resultat dabei sei ein kohärentes, integratives und attraktives Programm für Politik, Staatstätigkeit (public policy) und die Politikwissenschaften. Es solle eine Lösung für gewisse Probleme politischer Arrangements darstellen. Seiner Meinung nach waren damals die Politik und die Wissenschaft einer instrumentellen und objektiven Auslegung von Rationalität verpflichtet. Er kritisiert mit seinem Ansatz diese instrumentelle Rationalität und den Objektivismus. (Dryzek 1990: ix) Instrumentelle Rationalität bedeutet gemäss Dryzek die Möglichkeit, effektive Mittel auszuarbeiten und auszuwählen, um klare Ziele zu erreichen. Objektivismus heisst, dass die Entscheidungen über Theorien nach gewissen objektiven Standards getroffen werden sollen, welche auch für Andere nachvollziehbar und zugänglich sind. (ebd.: 3-4)

Gegenüber solcher Rationalität und solchem Objektivismus führt er verschiedene Argumente ins Feld. Davon betreffen sechs die instrumentelle Rationalität und drei den Objektivismus. *Erstens* zerstört instrumentelle Rationalität spontanere, egalitärere und intrinsisch bedeutendere Aspekte menschlicher Assoziation. Es kommt zu einer Bürokratisierung. Kulturelle und soziale Interaktionen werden durch die Administration und den Einfluss von technischer Expertise mit dem Ziel des privaten Profits und politischer Macht vereinnahmt. *Zwei-*

tens ist instrumentelle Rationalität antidemokratisch. In repräsentativen Demokratien können gewählte Vertreter über Andere regieren. Die Vertreter sind zwar gewählt, üben aber diese Macht aus. Es kommt zu einer Spannung zwischen der geforderten und verfolgten Rationalität des politischen Systems und gesellschaftlicher Prinzipien der Egalität. *Drittens* werden Individuen durch die instrumentelle Rationalität unterdrückt. Einerseits gibt die instrumentelle Rationalität die Macht und die Technologie, damit die materielle Grundlage für Freiheit erzeugt werden kann, andererseits werden durch diesen Fokus das Spielerische und die Kreativität unterdrückt, welche diese Freiheit ermöglichen würden. *Viertens* sind die instrumentelle Rationalität und die politischen Institutionen ineffektiv bei der Lösung komplexer gesellschaftlicher Probleme. Man geht davon aus, dass komplexe Phänomene am besten zu verstehen sind, wenn man sie in kleinere Einzelaspekte unterteilt. Die einzelnen Probleme sollen Stück für Stück gelöst werden. *Fünftens* verunmöglicht die instrumentelle Rationalität die adäquate Policy-Analyse. Und *sechstens* werden durch die instrumentelle Rationalität ungeeignete Methoden und Instrumente für die Sozialwissenschaften gefördert. (ebd.: 4-6) Nebst der instrumentellen Rationalität wird, wie bereits erwähnt, auch der Objektivismus kritisiert. Der Objektivismus ist inspiriert durch eine falsche Sichtweise über Wissenschaft. Die Wissenschaftsphilosophie hat gezeigt, dass keine universelle Logik wissenschaftlicher Forschung existiert. Objektivismus ist, wie auch die instrumentelle Rationalität, repressiv. Die Logik wird allen anderen Ansätzen aufgezwungen, ob diese es wollen oder nicht. Und zuletzt hemmt der Objektivismus die Entwicklung der Politikwissenschaften und der Politik selbst. (ebd.: 6-7) Dryzek's Lösung ist eine Demokratisierung von Expertenwissen in der Politik und der Politikwissenschaften unter der Fahne kommunikativer Rationalität. Das heisst, die Möglichkeit von Diskursen im Politikprozess zu haben. (ebd.: 218-219)

Aufbauend auf diesen Überlegungen hat Dryzek seine Theorie weiterentwickelt. Im Jahr 2000 schreibt er, die Demokratietheorie habe sich seit 1990 einem "deliberative turn" zugewandt. Demokratische Legitimität wird als Möglichkeit zur Partizipation an deliberativen Prozessen für jene gesehen, welche kollektiven Entscheidungen unterliegen. Wichtig ist hier, dass es rein um die Möglichkeit zur Partizipation geht und nicht um die Deliberation an sich. Diese kann auch verweigert werden. Getroffene Entscheidungen müssen gegenüber der Bevölkerung auf eine Weise erklärt werden, welche deren Akzeptanz ermöglicht. Essentiell für die Demokratie ist die Deliberation, die an die Stelle von Abstimmungen oder aggregierten Interessenverfolgung tritt. Die Authentizität von Demokratie steht im Fokus. Die Frage, inwieweit involvierte Bürger tatsächlich demokratische Kontrolle haben, die über symbolische Handlungsfähigkeit hinausgeht, wird untersucht. (Dryzek 2000: 1) Wie eine deliberative Demokratie aussehen kann, zeigt Cohen (1997: 72-73) und benennt fünf Eigenschaften:

1. Die deliberative Demokratie ist eine anhaltende und unabhängige Gesellschaft. Ihre Mitglieder erwarten, dass sie auf unbestimmte Zeit bestehen bleibt.

2. Die Mitglieder der Gesellschaft teilen die Ansicht, dass die Bedingungen der Gesellschaft einen Rahmen für oder das Resultat von Deliberation sind. Sie teilen das Engagement ihre Aktivitäten innerhalb der Institutionen zu koordinieren, um Deliberation zu ermöglichen. Diese verläuft gemäss Normen, welche durch Deliberation festgesetzt wurden. Freie Deliberation zwischen Gleichgestellten ist die Basis für Legitimität.

3. Die deliberative Demokratie ist eine pluralistische Gesellschaft. Die Mitglieder haben unterschiedliche Meinungen, Präferenzen und Überzeugungen von der Art und Weise der Lebensgestaltung. Man teilt das Engagement für deliberative Problemlösungen kollektiver Entscheidungen, aber behält sich vor, eigene Ziele zu verfolgen. Es ist keine Voraussetzung, bestimmte Ziele, Präferenzen oder Ideale zu haben.

4. Es ist zentral, weil deliberative Prozesse als Legitimationsgrundlage dienen, dass die Gesetze der Gesellschaft nicht nur Resultat der Deliberation sind, sondern sich auch als solche manifestieren. Es muss eine klare Verbindung von Deliberation und Outcome ersichtlich sein.

5. Man anerkennt gegenseitig die Fähigkeit zu Deliberation. Diese Fähigkeit ist Voraussetzung, um öffentlich debattieren und auf die Resultate dieser Debatten reagieren zu können.

Diese Eigenschaften geben einen formalen Rahmen für das Verständnis von deliberativer Demokratie. Zentral ist die Deliberation als Legitimationsgrundlage, welche später nochmals diskutiert wird. Zunächst wird auf sustainability und environmental governance eingegangen. Es wird gezeigt, wie partizipative Prozesse und deren Legitimität im Kontext der nachhaltigen Entwicklung verstärkt in den Fokus geraten sind.

2.4 Sustainability und Environmental Governance

Kapitel 2.1 behandelte die allgemeine Begriffsbedeutung von Governance. Es wurde gezeigt, was man unter Governance verstehen kann und wie der Begriff einzuordnen ist. In der vorliegenden Arbeit geht es um Governance im Rahmen von nachhaltiger Entwicklung. Unabhängig davon wie man nun nachhaltige Entwicklung genau definiert, um sie zu verfolgen, muss eine gewisse Steuerung stattfinden. Wie mit der Idee der nachhaltigen Entwicklung umgegangen werden kann, zeigt mitunter die Literatur zu environmental und sustainability governance. Folgend werden ihre theoretischen und empirischen Ausführungen dargelegt, welche die Grundlage für die Bearbeitung der Forschungsfrage bilden. Einige der in diesem Abschnitt genannten AutorInnen werden später für die Ausarbeitung der „externen“ Kriterien

herangezogen. Dazu gehören James Meadowcroft, Kronsell & Bäckstrand und Hogg et al., wie in Tabelle 1 im Kapitel 2.6 weiter unten ersichtlich wird.

Institutionen für *environmental governance* sind eine relativ neue Erscheinung aus den späten 1960er und frühen 1970er Jahren, als erstmals Umweltministerien und Umweltagenturen gegründet wurden. (Meadowcroft et al. 2012: 2) In der UNCED Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 wird der Beginn des "participatory" oder "deliberative turn" im weltweiten environmental governance gesehen. (Bäckstrand 2006: 470) Dryzek (2000: 1) wie im vorangehenden Kapitel zur deliberativen Demokratie gezeigt wurde, sieht diesen "deliberative turn" auch in der demokratischen Theorie ab 1990. Die demokratische Legitimität wurde verstärkt als Möglichkeit zur Partizipation in deliberativen Prozessen bei kollektiven Entscheidungsfindungen konzipiert. Dies kann man auch als empirisches Phänomen betrachten, welches in Bezug zu environmental oder sustainability governance analysiert wird und sich in Debatten, Strategien und politischen Programmen der Umweltpolitik manifestiert. Der "deliberative turn" bezeichnet die Spanne an Versuchen, environmental governance zu demokratisieren und effektiver zu machen. (Bäckstrand et al. 2010: 3-4; McLaverty 2011: 406; Küpçü 2005: 90) Es sei hier erwähnt, dass in der Literatur von environmental governance das Konzept oft gleichgesetzt wird mit sustainability governance. Wenn folglich von environmental governance die Rede ist, wird damit immer auch sustainability governance miteinbezogen. Dies geschieht deshalb, weil es von den AutorInnen selbst nicht einheitlich unterschieden wird. Wichtig ist, dass Governance und nachhaltige Entwicklung verbunden werden.

Gemäss Meadowcroft et al. (2005: 3) braucht es innerhalb existierender Governancepraktiken und – mechanismen Veränderungen, um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung erreichen zu können. Ihrer Meinung nach beinhaltet das Konzept der nachhaltigen Entwicklung die Förderung menschlichen Wohlergehens, den Schutz der Biosphäre, die Interessen zukünftiger Generationen und öffentliche Partizipation bei Umwelt- und Entwicklungsfragen. Governance für eine nachhaltige Entwicklung impliziert die bewusste Anpassung von Governancepraktiken für die Lenkung der gesellschaftlichen Entwicklung in eine nachhaltige Richtung. Es geht um das Erreichen gewisser gesellschaftlich erwünschter Ziele. Da es sich bei nachhaltiger Entwicklung um einen Prozess handelt und nicht um die Realisierung klar vorbestimmter Ziele, geht es bei Governance von nachhaltiger Entwicklung um die Anpassung der Strukturen und Institutionen, welche die gesellschaftlichen Interaktionen regulieren, um positive Anpassungen zu erreichen. (ebd.: 4-5) Damit gesellschaftliche Entwicklung innerhalb der Grenzen der Biosphäre möglich ist, muss Governance für nachhaltige Entwicklung laut Meadowcroft et al. (2005: 7-8) gewisse Kriterien erfüllen:

- *developing appropriate political frameworks* for iterative rounds of 'future-visioning', goal identification, policy design and implementation, performance monitoring and policy adjustment
- *adopting a long term focus*, engaging with changes that will take several generations to see through – for example, the transition to the carbon-neutral energy system that ultimately will be required to address climate change
- *developing a better understanding of ecological processes and of social/ecological interactions*, as well as of the possibilities of (but also the limits to) their conscious adjustment
- *integrating different kinds of knowledge* into decision processes, particularly understandings drawn from natural and social sciences, as well as establishing an appropriate balance between lay and expert knowledge
- *structuring engagement as a learning process*, so that governments and other social actors can acquire experience, experiment with options, draw lessons from failure, and learn how more sustainable social practices can be generalised
- *strengthening the resilience of social institutions* – their capacity to adapt successfully in response to pressures and unexpected shocks (for example, by encouraging diversity and experimentation in the socio-technological sphere, or by extending deliberative and collaborative interactions among societal organisations)
- *integrating the economic, social and environmental dimensions of decision-making* across society
- *evolving complex systems of multilevel governance* (with cross connections among institutions at local, regional, national, international and global scales), *where decision-makers remain responsible to citizens, communities and stakeholders*
- *transforming unsustainable practices embedded in core economic sectors*, such as energy, transportation, resource extraction, construction, manufacturing, and agriculture
- *maintaining political support for long term adjustment* despite the fluctuating short-term preoccupations of politicians and electorates
- *incorporating sustainable development into educational and cultural practice, individual codes of conduct and popular morality.*

Einige der angesprochenen Kriterien sind auch bei Kemp et al. (2005: 19-23) zu finden. Es zeigt sich, dass vor allem die Punkte langfristiges Denken, angepasste Politikzyklen, fundiertes Wissen zu Mensch-Umwelt-Beziehungen und –Systemen, Integration unterschiedlichen Wissens, Resilienz sozialer Institutionen und Politikintegration über verschiedene Ebenen hinweg zentral sind. Dabei muss immer die politische Unterstützung vorhanden sein.

In der Literatur zu environmental governance wird die Annahme gemacht, Partizipation durch die Öffentlichkeit oder private Institutionen innerhalb kollektiver Entscheidungsfindungen bringe bessere und legitimere politische Programme (policies) hervor. Dies dank offenem Argumentieren, welches frei von Manipulation und Machtaspekten geschieht. (Bäck-

strand et al. 2010: 4-5; Hogl et al. 2012: 5) Der utopische Charakter dieser Vorstellung soll hier angemerkt sein, aber nicht weiter behandelt werden. Zur Diskussion von Manipulation und Machtfragen bei partizipativen Prozessen sei hier auf weitergehende Literatur verwiesen. (vgl. Pellizzoni 2001: 60-62; Reed 2008: 2420-2421; Newig et al. 2011: 32) Auch wenn Fragen von Macht und Manipulation ausgeklammert werden, können die Fragen nach Legitimität und Zielerreichung gestellt werden. Es geht in dieser Diskussion darum, was als legitim betrachtet wird. Dies schliesst immer auch Machtasymmetrien mit ein. Für Costanza et al. (1998: 198) ist ein ganzheitlicher Ansatz für sustainable governance zentral. Dabei sei „policy-making“ – also das Entwerfen politischer Strategien und Programme – ein iterativer Prozess, der Unsicherheit miteinbezieht, anstatt statische Antworten zu geben. Sie formulieren sechs Prinzipien für sustainable governance: Verantwortung, Skalenanpassung, Vorsicht, *adaptive management*, Kostenallokation und Partizipation. Es benötigt einen partizipativen und offenen Prozess mit allen stakeholdern um sustainable governance zu erreichen. (ebd.: 198-199)

Die Verschiedenen Aspekte des Begriffs Governance Verschiedenes wurden am Anfang des theoretischen Inputs erläutert. Befasst man sich näher mit environmental governance, zeigt sich welche besondere Herausforderung die Umwelt für Governance darstellt. Die sich daraus ergebenden Probleme für Governancepraktiken können als Grund gesehen werden, weshalb Meadowcroft et al. die oben erwähnten Kriterien für Governancearrangements als wichtig erachten. Denn environmental governance behandelt oftmals Probleme von öffentlichen Gütern. Die zeitlichen und räumlichen Effekte sind sehr unterschiedlich und man findet sich in grenzüberschreitenden, sehr komplexen Situationen wieder. All das führt zu wissenschaftlicher Unsicherheit und unklarem Risiko. Deshalb sind in environmental governance transnational verschiedene Sektoren, öffentliche und private Akteure eingebunden und es wird eine zukunfts-orientierte, globale und vorbeugende Perspektive verlangt. (Bäckstrand et al. 2010: 8; Hogl et al. 2012: 2-3) Diese Punkte zeigen, weshalb environmental governance Defizite bei der Legitimität und der Implementierung verursacht. Es lassen sich drei Defizite bestimmen, welchen durch den „deliberative turn“ und die sich daraus ergebenden Governancemechanismen entgegengewirkt wird. Zunächst gibt es ein Governance Defizit als Resultat der fragmentierten und transnationalen Art der Umweltprobleme. Weil viele Institutionen immer nur einzelne Teile des Problems angehen, fehlt der Blick für das Ganze in der nationalen und internationalen Politik. Zweitens gibt es ein Defizit bei der Implementierung. Obwohl häufig von Umwelt- und Nachhaltigkeitszielen gesprochen wird, mangelt es an der Umsetzung mittels Regulierungen, politischen Programmen oder organisationaler Praxis. Zuletzt spielt auch das verlorengegangene Vertrauen der Bevölkerung und anderer Stakeholder in den Staat und in die politischen Akteure eine Rolle. Dieses Legitimitätsdefizit hängt

mit dem Glauben zusammen, Umweltprobleme könnten nicht mehr alleine durch diese Akteure gelöst werden. (Bäckstrand et al. 2010: 15) Darin sieht Blatter (2007: 274), weshalb Bürger andere Formen von Partizipation als Parteien, Wahlen oder sonstige politische Institutionen suchen. Er widerspricht der Aussage, die Demokratien seien in einer grundlegenden Legitimationskrise, als Bürger habe man einfach andere Erwartungen entwickelt. Governanceformen, welche sich solchen Veränderungen anpassen wollen, tragen laut Hogg et al. (2012: 5) drei Charakteristika, wie sie oben schon Erwähnung fanden:

1. Die Bemühung, die Partizipation von nicht-staatlichen, zivilgesellschaftlichen Akteuren bei Umweltfragen zu fördern.
2. Der Versuch, die Koordination zwischen unterschiedlichen Sektoren und verschiedenen räumlichen Gebieten zu verbessern.
3. Die Anstrengung, mannigfache Arten von wissenschaftlichem und zivilem Wissen in die Umweltpolitik, in einer transparenten und demokratischen Weise, miteinzubeziehen.

Der Fokus liegt somit auf Partizipation, Koordination und Expertise.

2.5 Legitimität und Legitimation

Ein relevanter Punkt innerhalb der Governance Literatur betrifft die Frage von Legitimität und Legitimation. Davon sind auch Bekkers und Edwards (2007: 35) überzeugt. Sie argumentieren, dass durch die Entwicklung von Governance Mechanismen neue politische Rahmenbedingungen geschaffen wurden, innerhalb welcher bindende Entscheidungen gefällt werden. Dadurch stellt sich die Frage nach der Legitimität dieser Ordnung, da die Steuerung traditionelle Institutionen demokratischer Systeme scheinbar umgeht. Solche Überlegungen finden sich auch im Kontext der Literatur zu environmental governance wieder. In diesem Abschnitt soll deshalb auf die Themen Legitimität und Legitimation eingegangen.

Nach Schliesky (2004: 150) müssen die Begriffe Legitimität und Legitimation unterschieden werden. Er tut dies wie folgt:

[...] „Legitimität“ [bezeichnet] eine Eigenschaft der Herrschaftsgewalt, und zwar den Zustand, in dem Herrschaftsgewalt gerechtfertigt ist, als Ergebnis eines Legitimationsprozesses. „Legitimation“ hingegen bezeichnet einen prozeßhaften Vorgang, ein Verfahren, an dessen Ende Legitimität bewirkt wird. Legitimität wird also durch Legitimation vermittelt und ist das Ergebnis eines erfolgreich verlaufenen Legitimationsprozesses (ebd.: 150).

Gemäss Adger et al. (2003: 1099) bezieht sich Legitimität auf prozedurale Gerechtigkeit und auf das Ausmass der Akzeptanz von Partizipierenden auf Basis dessen, wer Entscheidungen trifft und implementiert. Legitimation und Legitimität müssen kontextabhängig betrachtet werden. Die Unterscheidung von Legitimation und Legitimität und deren Kontextabhängig-

keit sind insofern wichtig für diese Arbeit, als Partizipation innerhalb von Governanceprozessen als Legitimationsprozess für die Politik gesehen werden kann, um dem oben erwähnten Legitimitätsdefizit entgegenzuwirken. Der Legitimationsprozess (hier Partizipation) muss seinerseits wieder gewissen Legitimitätsansprüchen genügen. Unten werden die Legitimationskriterien aufgezeigt, mit welchen man diese Prozesse bewerten kann, das heißt die Kriterien, welche der Ordnung ihre Legitimität verleihen. Zuerst soll aber die Begriffsgeschichte betrachtet werden, um einen besseren Einblick in das Konzept von Legitimität und Legitimation zu erhalten und die Bedeutung von Partizipation als Legitimationsprozess zu verdeutlichen.

Nach Hogg et al. (2012: 9) wird in der Literatur oftmals über Legitimität gesprochen, die Idee dahinter aber nicht klar aufgezeigt. Ihrer Meinung nach benötigt die Debatte mehr Klarheit. Um diese zu schaffen, führen sie vier Ansätze von Legitimität ein: normative, deskriptive, evaluative und strategische. *Normative* Ansätze fragen danach, ob und unter welchen Umständen Autorität in einem „objektiven“ Sinne begründet sei. Legitimität stellt hier eine Qualität von Annehmbarkeit eines politischen Systems oder Regimes dar. *Deskriptive* Legitimität fokussiert darauf, ob und warum Subjekte die Autorität befolgen und diese als begründet ansehen. Der Ansatz ist auf empirische Untersuchungen hin orientiert. Es wird untersucht, wie das normative Umfeld und die Interaktionen zwischen Akteuren die Legitimierungsprozesse gestalten. Bei *evaluativen* Ansätzen wird versucht, existierende Governancepraktiken nach ihrer normativen Akzeptanz zu bewerten. Demokratietheoretische Überlegungen dienen als Basis zur Festlegung normativer Standards, an welchen man die vorgefundenen politischen Strukturen und Prozesse messen kann. Bei Diskrepanzen zwischen den festgelegten Standards und den vorgefundenen Strukturen und Prozessen werden Veränderungsvorschläge gemacht, wie man die Standards erreichen könnte. Zuletzt geht es bei den *strategischen* Theorien um instrumentelle Überlegungen. Legitimität dient als Ressource, welche politische, ökonomische oder zivilgesellschaftliche Akteure aus ihrem kulturellen Umfeld erhalten und verwenden, um ihre Ziele zu verfolgen. (ebd.: 10) Für einen weiterführenden Einblick über die Diskussion von Legitimität sei hier auf zusätzliche Literatur verwiesen. (vgl. Bodansky 1999: 600-603; Bernstein & Cashore 2007: 351; Black 2008: 144-146; Steffek 2009: 314-315)

Laut Blatter (2007: 271) hat sich die Art und Weise, wie Politik in westlichen demokratischen Staaten in den letzten 200 Jahren legitimiert wurde, stark verändert. Die entwickelten Prozesse seien nicht mehr in der Lage, bei der Bevölkerung Akzeptanz und Mitwirkung zu generieren. Denn was man unter Governance subsumiert (siehe oben), habe die politische und gesellschaftliche Landschaft zu stark verändert. Es werden daher neue Formen der Legitimierung benötigt. Die Legitimität kann dabei auf zwei verschiedene Arten verstanden wer-

den: Einerseits normativ, als die Anerkennungswürdigkeit eines politischen Regimes, und andererseits positiv, als empirisch nachweisbare Akzeptanz der Herrschaftsordnung durch deren Mitglieder. (ebd.: 271) Dies deutet bereits an, dass Legitimität eine Voraussetzung für Organisationen des öffentlichen Sektors ist, da die Legitimität mit Akzeptanz, Zustimmung, Glaubwürdigkeit und Unterstützung seitens der Bürger und anderer Stakeholdern verbunden ist. Es geht um die Rechtfertigung von Handlungen, Prozessen, Entscheidungen, Institutionen oder politischen Ordnungen. Die Idee dahinter: „Je besser die Ergebnisse des politischen Systems den Erwartungen der Gesellschaft entsprechen, desto besser ist dessen Fortbestand gesichert“ (ebd.: 273). Wie Legitimität beurteilt wird, hängt vom Verständnis ab, wie eine bestimmte Gesellschaft Legitimität rahmt, denn die Legitimität von Strukturen wird in ihrem sozialen Umfeld konstruiert. Im Fall des öffentlichen Sektors betrifft dieses Umfeld die Staatsbürger. (Considine & Afzal 2011: 370-371; McLaverty 2011: 411-412)

Gemäss Zürn (2004: 260) kann Legitimität als soziale Akzeptanz politischer Entscheidungen und politischer Ordnung, wie auch als der Glaube von Staatsangehörigen in Legitimität, verstanden werden. Suchman (1995: 574) hingegen hat eine breitere Definition vorgeschlagen und Legitimität definiert als die generalisierte Wahrnehmung oder Annahme, dass Handlungen einer Institution oder Organisation innerhalb eines sozial konstruierten Systems von Normen, Werten, Überzeugungen und Definitionen wünschenswert, richtig oder angemessen sind. Es geht um die Erwartungen der Bürger an das Verhalten der (staatlichen) Institutionen. Diese erhalten innerhalb demokratischer Systeme ihre Legitimität von verschiedenen Seiten – unter anderem durch demokratische Rechenschaftspflicht des Parlaments oder anderer Einrichtungen, durch die Verfolgung und Vertretung öffentlicher Interessen, sowie die Einhaltung bestimmter formaler Regeln und Prozessabläufe. (Considine & Afzal 2011: 371)

Laut Blatter (2007: 274) gibt es in westlichen Demokratien in neuerer Zeit ein Demokratie- und Legitimitätsdefizit. Das Defizit wird am schwindenden Vertrauen in Parteien und Politiker und der sinkenden Wahlbeteiligung festgemacht. Zudem haben auch Institutionen wie das Parlament, die staatliche Bürokratie, Verbände und Medien an Ansehen verloren. Die Bürger würden ihre Meinung aber trotzdem kundtun. Dies geschehe jedoch auf eine andere Weise mit anderen Erwartungen. Durch diese Entwicklung ergibt sich eine Diskrepanz zwischen theoretischen Überlegungen und dem Empfinden der Bevölkerung. Die Entwicklung hin zu neuen Formen von Governance hat die theoretische Diskussion zusätzlich befeuert, da alte Formen der Legitimierung nicht für neue Formen von Governance nutzbar sind. (ebd.: 274-275) Eine Veränderung der Steuerungsformen bot Anlass zur Einführung anderer Formen demokratischer Legitimierung. Diese Transformationen haben in drei Dimensionen stattgefunden. So Blatter:

[Es Haben] diese Transformationen [...] dazu geführt, dass die klassische Vorstellung eines einzigen Zentrums politischer Entscheidung und Verantwortlichkeit zugunsten von Konzeptionen polyzentraler politischer Systeme aufgegeben werden muss. Sie haben weiterhin dazu geführt, dass die Grenzen der politischen Gemeinschaften offener, fragwürdiger und damit selbst zum Thema demokratischer Selbstbestimmung geworden sind. Schließlich wird immer deutlicher, dass die klassischlineare Vorstellung eines eindeutigen Pfades der politischen Meinungsbildung und Verantwortung, der von der Bevölkerung über Wahlen und Parteien zum Parlament und von dort zu Regierung und Verwaltung führt, den realen Prozessen der Interessenformierung und –aggregation sowie den realen Strukturen der Delegation, Entscheidungsfindung und Kontrolle nur noch sehr eingeschränkt entspricht (Blatter 2007: 275).

Die Transformationen umfassen eine „Verschiebung und Verwischung der Grenzen zwischen Politik und Gesellschaft, der Grenzen zwischen politischer Repräsentation und politischer Präsentation gesellschaftlicher Interessen und Ideen und der territorialen Grenzen“ (ebd.: 275-279).

2.6 Kriterien für Legitimität

In diesem Kapitel wird aufgezeigt, welche Kriterien für die Bewertung der Legitimität eines Partizipationsprozesses verwendet werden können. Diese Kriterien werden im empirischen Teil der Arbeit als Grundlage dienen. Das Ziel dieser Arbeit, um es nochmals in Erinnerung zu rufen, ist es, einen Beitrag zur Diskussion über die Bewertungskriterien für Partizipation zu leisten. Es sollen Kriterien aus der Theorie (externe Perspektive) mit solchen von TeilnehmerInnen selbst (interne Perspektive) abgeglichen werden. Dazu müssen in einem ersten Schritt die Kriterien aus der Theorie hergeleitet werden. Dies geschieht mit Hilfe der oben genannten Literatur environmental governance. Wie schon erwähnt verwenden einige Wissenschaftler in ihren Ausführungen „environmental governance“ synonym mit „sustainability governance“. Der Bezug zu nachhaltiger Entwicklung wird von den AutorInnen selbst hergestellt. Ihre Argumentation basiert auf der Überlegung, dass es sich um Governancemechanismen handelt, welche zum Ziel haben, eine nachhaltige Entwicklung zu verfolgen. Es erscheint im Kontext dieser Arbeit also sinnvoll auf die Kriterien aus ebendieser Literatur zurückzugreifen.

Der Fokus liegt bei der Frage nach Legitimität: was verleiht einem partizipativen Prozess Legitimität? Im Abschnitt zu Legitimität und Legitimation wurde gezeigt, dass Partizipation als Legitimationsprozess für Governancepraktiken gesehen werden kann. Und dieser Prozess selbst unterliegt wiederum Legitimitätsanforderungen. In der Arbeit geht es darum herauszufinden, welche Kriterien für die Partizipation legitimierend sind. In der Literatur zu environmental governance wird zur Untersuchung dieser Frage auf das Konzept von Input- und Output-Legitimität zurückgegriffen. Dies geht auf die demokratietheoretischen Ausführungen

rungen von Fritz Scharpf zurück. Die demokratische Legitimität steht in Verbindung mit staatlichen, hierarchischen Steuerungsformen. Demokratische Wahlen bilden dabei die Basis für Legitimität. Für non-hierarchische Governancearrangements, welche ohne Wahlen auskommen, fehlt diese Legitimitätsform. (Kronsell und Bäckstrand 2010: 38) Wie in der Diskussion um Legitimität bereits erwähnt, sind Fragen nach Prozessabläufen, Problemlösungsfähigkeit und Zielerreichung von Bedeutung. Hier argumentiert Scharpf, dass es die erwähnte Input- und Output-Legitimität gibt. Er erklärt diese wie folgt:

Die input-orientierte Perspektive betont die »Herrschaft *durch das Volk*«. Politische Entscheidungen sind legitim, wenn und weil sie den »Willen des Volkes« widerspiegeln – das heißt, wenn sie von den authentischen Präferenzen der Mitglieder einer Gemeinschaft abgeleitet werden können. Im Unterschied dazu stellt die output-orientierte Perspektive den Aspekt der »Herrschaft *für das Volk*« in den Vordergrund. Danach sind politische Entscheidungen legitim, wenn und weil sie auf wirksame Weise das allgemeine Wohl im jeweiligen Gemeinwesen fördern (Scharpf 1999: 16).

Kronsell und Bäckstrand (2010: 39) verstehen Input-Legitimität als Frage nach der prozeduralen Qualität. Wurden die politischen Programme und Normen transparent, fair, inklusiv und rechenschaftspflichtig entwickelt? Dieselbe Unterscheidung nehmen Bekkers und Edwards (2007: 43) vor. Der Input befasst sich mit den Möglichkeiten der Bevölkerung, sich in den Politikprozess einzubringen oder zumindest durch jemanden repräsentiert zu werden. Dabei ist es wichtig, dass die Bevölkerung ihre Anliegen zusätzlich zu Beginn des Prozesses, wenn es um das Festlegen der Inhalte geht, einbringen kann. Die Output-Legitimität dagegen hat einen konsequentialistischen Charakter und fragt, ob kollektive Problemlösungen vorliegen. Es geht nicht darum, die Leistungsfähigkeit der Institution, sondern die beabsichtigten und unbeabsichtigten Effekte zu beurteilen, die erzielt wurden. Effizienz und Effektivität sind Bewertungsmaßstäbe dafür. (Kronsell & Bäckstrand 2010: 39; Bekkers & Edwards 2007: 45) Die Unterscheidung von Input- und Output-Legitimität nach Scharpf kann durch eine zusätzliche Kategorie ergänzt werden. So argumentiert Schmidt (2013: 2), diesen zwei Evaluationskategorien müsse eine Dritte hinzugefügt werden. Sie nennt diese Throughput-Legitimität. Sie formuliert dies ähnlich wie Scharpf: Output *für* die Bürger, Input *von/durch* die Bürger und Throughput *mit* den Bürgern (ebd.: 3). Wie auch die Unterscheidung von Input- und Output-Legitimität, kommt Throughput-Legitimität aus einer demokratietheoretischen Diskussion in Bezug auf die Europäischen Union. Die Ergänzung soll eine klarere Unterscheidung zwischen dem, was vor dem Prozess abläuft und in ihn hineinkommt, und dem Prozess selbst, ermöglichen. Throughput ist folglich prozessorientiert, wobei es um Interaktionen zwischen den einzelnen Akteuren im Prozess selbst geht. (ebd.: 4-5) Es stellt sich die Frage, wie kollektive Entscheidungen getroffen werden und welche Qualität hierbei die Partizipation selbst hat. (Bekkers & Edwards 2007: 44) Die Kriterien von

Schmidt werden in dieser Arbeit als Teil des theoretischen Frameworks verwendet. Sie ist die einzige Autorin in der Tabelle weiter unten, welche keinen direkten Bezug zu nachhaltiger Entwicklung hat. Es erscheint sinnvoll als Ergänzung zur Nachhaltigkeitsliteratur, weitere Kriterien für Partizipation im Rahmen der drei Legitimitätskategorien heranzuziehen. Wie sich zeigen wird, unterscheiden sich die Kriterien dabei kaum.

Alle Kriterien, welche in der Literatur zu environmental und sustainability governance vorkommen, als Grundlage für die empirische Arbeit zu verwenden, wäre zu viel für die Überprüfung der Forschungsfrage gewesen. Deshalb wurde nach dem Zusammentragen aller Kriterien eine Tabelle erstellt, in die Überbegriffe eingetragen wurden (siehe Tabelle 1). Beim Zusammenfassen der Kriterien wurde darauf geachtet, dass die Beschreibungen der Kriterien durch die AutorInnen auf das gleiche Phänomen schliessen lassen. Dieser Vorgang soll kurz beschrieben werden.

Zuerst wurden alle vorgefundenen Bewertungskriterien den drei Legitimitätskategorien zugeordnet. Dabei wurde die Einteilung in die Legitimitätskategorien durch die AutorInnen selbst möglichst beibehalten. Dort, wo es nur eine Unterscheidung zwischen Input- und Output-Legitimität gab, wurden die Input-Kriterien in Input- und Throughput-Kriterien unterteilt, je nach dem ob es sich um Zugangskriterien oder Prozesskriterien handelt. Danach wurden die Punkte zusammengefasst. Kriterien, welche ähnliche Aspekte bewerten, wurden unter neuen Überbegriffen zusammengenommen. Die Überbegriffe umfassen die am meisten genannten Kriterien in der Literatur. Sie stimmen teilweise mit den genannten Kriterien von den AutorInnen in der Liste überein. In Tabelle 1 sieht man die Kriterien zusammengefasst und den jeweiligen Legitimitätskategorien zugeordnet. Um zu zeigen, wie sich die Kriterien der Literatur ähneln, wurden diese gemäss den AutorInnen in die Tabelle eingetragen. Einerseits lassen sich damit die Kriterien den einzelnen Werken zuordnen, andererseits zeigt dies auf, welche Kriterien bei allen Werken vorkommen und welche nur bei gewissen Quellen zu finden sind.

Tabelle 1: Legitimitätskriterien für Partizipation

AutorInnen	Input-Legitimität	Throughput-Legitimität	Output-Legitimität
Meadowcroft 2004: 166-167	Repräsentation	Deliberation Wissensintegration Soziales Lernen	(soziales Lernen)
Kronsell & Bäckstrand 2010: 40-42	Zugang zu Information Repräsentation Zeitpunkt der Partizipation im Politikzyklus	Transparenz Rechenschaftspflicht Deliberation	Policy-Zielerreichung institutionelle Zielerreichung Einhaltung der policy Umwelt-Zielerreichung
Hogl et al. 2012: 16	Zugang zu Information Repräsentation	Transparenz Rechenschaftspflicht Deliberation Kooperation	Akzeptanz Umwelt Zielerreichung Policy-Konsistenz
Schmidt 2013: 7-8	Zugang zum Prozess	Transparenz Rechenschaftspflicht Deliberation Wirksamkeit der Prozesse	Zielerreichung

Quelle: Eigene Zusammenstellung basierend auf genannter Literatur.

Im Folgenden sollen die einzelnen Kriterien der Tabelle, welche die Grundlage für den empirischen Teil der Arbeit bilden, genauer erläutert werden.

Unter **Input-Legitimität** finden sich vier Kriterien: **Zugang zum Prozess, Zugang zu Information, Zeitpunkt der Partizipation im Politikzyklus und Repräsentation**. Zugang zum Prozess meint die Möglichkeit, überhaupt an einem partizipativen Prozess teilzunehmen. Beim Zugang zu Information geht es darum, dass den Partizipierenden ausreichende Informationen zur Problemlage, dem Kontext und verschiedenen Lösungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Nebst dem Zugang zum Prozess und zu Information ist es wichtig, Partizipierende früh genug in den Prozess einzubeziehen. Innerhalb des Politikzyklus sind die Phasen des Agenda-Settings und der Vorentscheidungen besser geeignet, um Deliberation zu ermöglichen, als die Implementierungsphase. Zuletzt geht es bei den AutorInnen zu environmental governance immer auch um angemessene Repräsentation aller Interessen. Es ist wichtig, all jene zu involvieren, die von einer Entscheidung betroffen sind oder sonst ein relevantes Interesse besitzen.

Throughput-Legitimität befasst sich mit prozeduralen Aspekten wie **Deliberation, Transparenz, Rechenschaftspflicht, Kooperation, Wissensintegration, sozialem Lernen und Wirksamkeit der Prozesse**. Deliberation heisst, dass die involvierten Akteure im Prozess ihre Sicht der Dinge einbringen können. Es sollen verschiedene Sichtweisen angehört und in Betracht gezogen werden. Eine offene Diskussion, der Austausch von Meinungen und Ideen, sowie eine Aushandlung der Letzteren muss ermöglicht werden. Transparenz und

Rechenschaftspflicht hängen zusammen, da ohne Transparenz Rechenschaftspflicht nicht erfüllt werden kann. Der Prozess muss so gestaltet sein, dass sowohl externe Akteure als auch die Beteiligten wissen, was, wann, wie und wieso passiert. Es soll klar sein, wer für einzelne Schritte oder Entscheidungen wie verantwortlich ist. Falls Pflichten oder Erwartungen nicht erfüllt werden, muss ein Mechanismus bestehen, um den fehlbaren Akteur zur Rechenschaft ziehen zu können. Auch dieses Wissen des Mechanismus muss zugänglich sein. Ein Prozess funktioniert besser, wenn die Beteiligten kooperieren. Kooperation schafft Vertrauen, dieses ist wiederum Basis für Deliberation. Kompromisse zu finden, ist einfacher, wenn man die Bereitschaft anderer sieht, ihre Positionen zu verlassen und sich auf Neues einzulassen. Hierbei spielt auch die Wissensintegration eine Rolle. Nicht nur wissenschaftlich-technisches Wissen ist fundamental für das Generieren von Lösungen, sondern auch der Einbezug anderer Wissensquellen und -formen. Das Eingehen auf Laienwissen durch staatlich-administrative Akteure oder durch Experten kann das Vertrauen und die Kooperation von Laien stärken. Der Einbezug unterschiedlicher Perspektiven, die Teilhabe an der Implementierung beschlossener Massnahmen und zyklisches Vorgehen über einen längeren Zeitraum hinweg, um experimentieren zu können, ermöglichen soziales Lernen. Dieses ist wichtig, um dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung näher zu kommen. Letztlich geht es um die Wirksamkeit der Prozesse, darum, dass die Prozesse auch tatsächlich zu einer Problemlösungs- und Entscheidungsfindung beitragen. Dies ist verbunden mit Output-Legitimität.

Mit **Output-Legitimität** begibt man sich zu den Resultaten eines Prozesses. Es geht um die **Zielerreichung** sowohl allgemein als auch bei politischen Programmen, Institutionen oder Umweltfragen. Daneben spielt die **Policy-Konsistenz und die Einhaltung der Policy eine Rolle**, wie auch die Frage nach der **Akzeptanz**. Zielerreichung heisst hier, die Umsetzung festgesetzter Ziele beziehungsweise im Bezug auf Umweltaspekten eine Verbesserung der Umweltsituation. Es geht um Fragen wie: Wurden die richtigen politischen Programme entwickelt, um die Umweltprobleme anzugehen? Sind die richtigen Institutionen und Ressourcen vorhanden, um Probleme zu reduzieren? Werden die entwickelten Programme eingehalten? Die eingeschlagene Strategie sollte zudem in sich konsistent sein. Durch Zielerreichung und Konsistenz wird auch die Akzeptanz erhöht, was als Teilbedingung von Legitimität gilt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Literatur zum Thema Governance die passende Rahmung für die vorliegende Arbeit bildet. Insbesondere die Begrifflichkeiten, die mit dem Theorieansatz verknüpft sind, bieten einen Analyserahmen für das bearbeitete Thema. Innerhalb der Literatur zu sustainability und environmental governance wird dem Thema der nachhaltigen Entwicklung der entsprechende Platz eingeräumt. Ein Fokus liegt

darauf, die Legitimität von Partizipationsprozessen im Kontext der nachhaltigen Entwicklung zu bewerten. Es zeigt sich, dass es eine Vielzahl an Kriterien gibt, um diese Legitimität zu bewerten. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die häufigsten Kriterien, die sich in der Nachhaltigkeitsliteratur dazu finden. Darauf aufbauend werden im Folgenden das Fallbeispiel und die Methode erläutert, um danach die Resultate darzulegen und zu diskutieren.

3. Fallbeispiel: UNESCO Biosphärenreservat Entlebuch

Die theoretisch erarbeiteten Legitimitätskriterien dienen der empirischen Arbeit als Grundlage. Mithilfe eines Fallbeispiels sollen die Kriterien abgeglichen werden. Dazu wurde die UNESCO Biosphäre Entlebuch (UBE) ausgewählt. Inwiefern die UBE ein geeignetes Fallbeispiel darstellt, soll in den nächsten Kapiteln ausgeführt werden.

3.1 UNESCO Biosphärenreservate

Das Konzept der Biosphärenreservate geht auf das UNESCO Programm „Der Mensch und die Biosphäre“ (MAB) von 1970 zurück. Ein wichtiger Aspekt ist der Aufbau eines Netzwerkes von verschiedenen Ökosystemen, welche in „Biosphärenreservaten“ abgebildet sind. Mitunter geht beziehungsweise ging es beim MAB um das Erarbeiten von wissenschaftlichen Grundlagen in den Natur- und Sozialwissenschaften für eine nachhaltige Nutzung und Konservierung der Ressourcen der Biosphäre. Der Mensch wird dabei als zentraler Akteur verstanden. Es soll auch ein Beitrag zur Verbesserung der Mensch-Umwelt-Beziehung geleistet werden. (Erdmann 1996: 10-11) Das 1976 gegründete Weltnetzwerk der Biosphärenreservate ist Ausdruck dieser Idee. In den „Reservaten“ sollen die Ziele des Programms umgesetzt werden. Sie sollen somit als Beispiele dienen, wie man eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben kann. Zur Zeit gibt es 621 Biosphärenreservate in 117 Ländern. (UNESCO 2014a)

3.2 Entwicklung des Konzepts

Das Konzept der Biosphärenreservate wurde nach 1976 kontinuierlich weiterentwickelt. Im Oktober 1983 fand in Minsk der 1. Internationale Biosphärenreservatkongress statt. Aus der Konferenz resultierte der 1984 verabschiedete „Action Plan for Biosphere Reserves“. Wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen führten zu einem Strategiewechsel. Zu diesen Entwicklungen gehörten der Brundtland-Bericht 1987, die darauf folgende UNO Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio im Jahre 1992 und die daraus resultierende Konzeptualisierung der Idee einer nachhaltigen Entwicklung, welche 1995 an der 28. UNESCO-Generalkonferenz in Sevilla zur Ausarbeitung einer neuen Strategie und neuer Leitlinien für Biosphärenreservate führten. (UNESCO 2014b) Es ergaben sich zwei Dokumente: Einerseits sind dies die Rahmenleitlinien des Weltnetzwerks von Biosphärenreservaten und andererseits die Sevilla Strategie für Biosphärenreservate. Erstere stellt Kriterien zur Anerkennung und Überprüfung der Biosphärenreservate auf, während die Sevilla Strategie aufzuzeigen versucht, wie das Konzept der Biosphärenreservate umgesetzt werden kann. (Erdmann 1996: 13-15) In dem Sinne ist die Sevilla Strategie interessanter zu betrachten, da damit

eine Handlungsanleitung vorgelegt wird. Die Sevilla Strategie umfasst folgende zehn Handlungsschwerpunkte:

1. Stärkung des Beitrags der Biosphärenreservate zur Umsetzung internationaler Vereinbarungen zur Förderung von Schutz und nachhaltiger Entwicklung; dieses betrifft insbesondere die Übereinkommen über Biologische Vielfalt und anderer Abkommen in den Bereichen Klimawandel, Wüstenbildung und Schutz der Wälder.
2. Entwicklung von Biosphärenreservaten in den unterschiedlichsten ökologischen, biologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umfeldern, von weitgehend ungestörten Regionen bis hin zu Städten; es besteht ein besonderes Potential und auch eine besondere Notwendigkeit, das Konzept des Biosphärenreservats auch in der Küsten- und Meeresumwelt anzuwenden.
3. Stärkung der entstehenden regionalen, überregionalen und thematischen Netze von Biosphärenreservaten als Bestandteile des Weltnetzes der Biosphärenreservate.
4. Verstärkung der wissenschaftlichen Forschung, Umweltbeobachtung und Ausbildung und formellen Bildung in Biosphärenreservaten, da der Schutz und die nachhaltige Nutzung in diesen Gebieten einer gesicherten natur-, gesellschafts- und humanwissenschaftlichen Grundlage bedürfen. Diese Notwendigkeit ist insbesondere in Ländern akut, in denen die Biosphärenreservate nicht über die erforderlichen Humanressourcen und finanziellen Mittel verfügen.
5. Sicherstellen, dass alle Zonen der Biosphärenreservate einen angemessenen Beitrag zu Erhaltung, nachhaltiger Entwicklung und Forschung leisten.
6. Ausweitung der Übergangszone auf große, zur regionalisierten Ökosystembewirtschaftung geeignete Gebiete und Nutzung der Biosphärenreservate zur Erforschung und Demonstration von Ansätzen nachhaltiger Entwicklung auf regionaler Ebene; hierbei muss künftig der Übergangszone mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden.
7. Umfassendere Herausstellung der menschlichen Dimension von Biosphärenreservaten. Beziehungen zwischen der kulturellen und biologischen Vielfalt sollten hergestellt werden. Traditionelle Kenntnisse und Genressourcen sollten erhalten werden, und ihr Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sollte anerkannt und gefördert werden.
8. Förderung der Bewirtschaftung jedes Biosphärenreservats im wesentlichen als "Pakt" zwischen der lokalen Gemeinschaft und der Gesellschaft insgesamt. Die Bewirtschaftung sollte offen, entwicklungs- und anpassungsfähig sein. Ein solcher Ansatz trägt dazu bei sicherzustellen, dass das Biosphärenreservat seine lokalen Gemeinschaften besser auf politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Druck von außen reagieren können.
9. Zusammenführung sämtlicher Interessengruppen und betroffener Sektoren in einem partnerschaftlichen Ansatz in Biosphärenreservaten sowohl auf örtlicher Ebene als auch auf Ebene des Netzes; zwischen allen Betroffenen sollte ein freier Informationsfluss bestehen.
10. Investition in die Zukunft; mit Hilfe der Biosphärenreservate sollte unser Verständnis der Beziehung des Menschen zur Natur durch Programme zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit, Information sowie zur formalen und informalen Bildung auf der Grundlage einer langfristigen generationsübergreifenden Perspektive erweitert werden (UNESCO 2014c: 3-4).

Das Thema nachhaltige Entwicklung steht hier im Mittelpunkt. Es geht um eine nachhaltige Entwicklung der Biosphäre. Dies umfasst in Anlehnung an Brundtland und die Dokumente der Rio Konferenz die Bereiche Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft. Punkt 8 weist dabei auf Partizipation der lokalen Bevölkerung hin. In den Zielen, die in der Strategie festgehalten wurden, wird das Thema Partizipation weiter ausgeführt:

ZIEL II: NUTZUNG DER BIOSPHÄRENRESERVATE ALS MODELLE FÜR DIE LANDBEWIRTSCHAFTUNG UND FÜR ANSÄTZE ZUR NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

Teilziel II.1: Sicherung der Unterstützung und der Beteiligung der örtlichen Bevölkerung

Empfehlungen für die internationale Ebene:

1. Erstellung von Richtlinien für Schlüsselaspekte der Biosphärenreservatbewirtschaftung wie Konfliktlösung, Sicherung des Nutzens für die örtliche Gemeinschaft und Beteiligung von Interessengruppen an der Entscheidungsfindung und der Verantwortung für die Bewirtschaftung.

Empfehlungen für die nationale Ebene:

2. Einbeziehung der Biosphärenreservate in Pläne zur Umsetzung der in der Agenda 21 und in dem Übereinkommen über Biologische Vielfalt enthaltenen Ziele der nachhaltigen Nutzung.

3. Errichtung, Stärkung oder Ausweitung von Biosphärenreservaten, unter Einbeziehung von Gebieten mit traditionellen Lebensformen und indigenen Nutzungsformen der Biodiversität (einschließlich heiliger Orte) sowie von Gebieten, in denen kritische Beziehungen zwischen Menschen und ihrer Umwelt auftreten (z.B. städtische Randzonen, degradierte ländliche Gebiete, Küstenzonen, Süßwasserbereiche und Feuchtgebiete).

4. Auswahl und Förderung von Aktivitäten, die mit den Schutzziele vereinbar sind, durch den Transfer von angepassten Technologien, die traditionelles Wissen einbeziehen und die eine nachhaltige Entwicklung in der Puffer- und Übergangzone unterstützen.

Empfehlungen auf der Ebene des einzelnen Biosphärenreservates:

5. Ermittlung der Ansprüche der verschiedenen Interessengruppen und volle Beteiligung dieser Gruppen an Planungs- und Entscheidungsprozessen hinsichtlich der Bewirtschaftung des Biosphärenreservates.

6. Identifizierung und Erörterung von Faktoren, die zu Umweltschädigungen und zu einer nicht-nachhaltigen Nutzung biologischer Ressourcen führen.

7. Bewertung der Naturprodukte und Wohlfahrtsfunktionen des Biosphärenreservates und Nutzung der Informationen zur Schaffung von umweltfreundlichen und wirtschaftlich nachhaltigen Einkommensmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung.

8. Schaffung von Anreizen zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie Entwicklung von alternativen Einkommensquellen als Ersatz für eingeschränkte oder untersagte Aktivitäten.

9. Absicherung, dass die Vorteile aus der Nutzung natürlicher Ressourcen unter den Interessengruppen gerecht verteilt werden, z.B. durch Aufteilung von Eintrittsgeldern, durch den Verkauf von Naturprodukten oder Kunsthandwerk sowie durch Nutzung lokaler Konstruktions-techniken und Arbeitskräfte und Entwicklung nachhaltiger Aktivitäten (z.B. Landwirtschaft, Forstwirtschaft) (UNESCO 2014c: 5-6).

Es zeigt sich also, dass Partizipation durch die Bevölkerung ein zentrales Element der Biosphärenreservate darstellt. Dies wurde im Falle des Entlebuch berücksichtigt und aufgenommen, was im nachfolgenden Abschnitt ausgeführt wird.

3.3 Das UNESCO Biosphärenreservat Entlebuch (UBE)

Die Region Entlebuch liegt im Südwesten des Kantons Luzern, zwischen den Städten Luzern und Bern. 2012 lebten dort knapp 17'000 Personen in sieben Gemeinden (Doppleschwand, Entlebuch, Escholzmatt-Marbach, Flühli-Sörenberg, Hasle-Heiligkreuz, Romoos und Schüpheim) auf einer Fläche von 395 km². (LUSTAT 2014) 1987 wurde auf nationaler Ebene die Rothenthurm-Initiative zum Schutz der Moore angenommen. Damit wurde im Entlebuch auf einmal eine grosse Fläche unter Schutz gestellt. Es stellte sich die Frage, wie man weiterhin eine touristische und wirtschaftliche Entwicklung fördern könne. Nach verschiedenen Anläufen hat man sich auf das Konzept der Biosphärenreservate geeinigt. Im September 2001 wurde die UNESCO Biosphäre Entlebuch als erstes Biosphärenreservat der Schweiz gemäss Sevilla Strategie durch die UNESCO anerkannt. (Schmid 2004: 1) Teil der Sevilla Strategie ist die Unterteilung der Biosphärenreservate in drei Zonen: In die Kern-, Pflege- und Entwicklungszone. Dies geschieht, um „[...] den unterschiedlichen Zielsetzungen eines Biosphärenreservates auch raumplanerisch Ausdruck [zu verleihen]“ (Coch 2008: 192). Die Aufteilung für das Entlebuch ist in Abbildung 1 ersichtlich:

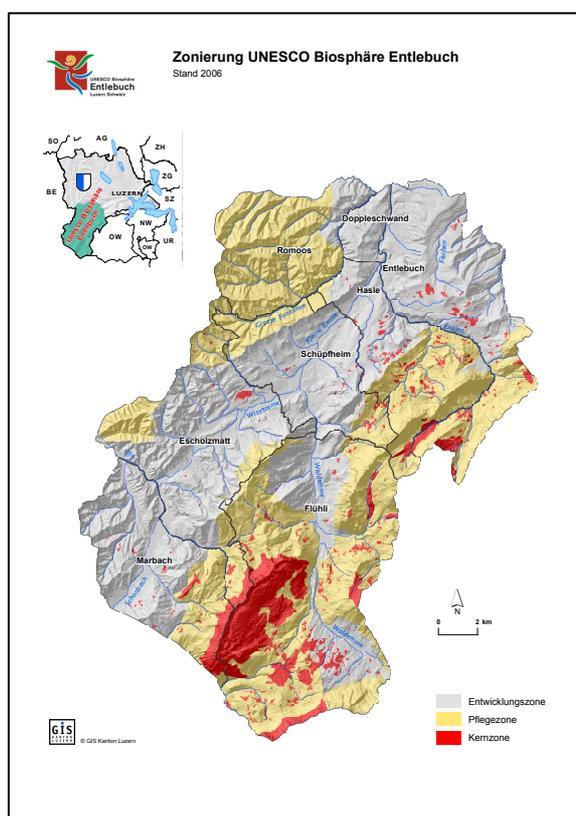


Abbildung 1: Zonierung UNESCO Biosphäre Entlebuch (UNESCO Biosphäre Entlebuch 2014a)

Die Kernzone (rot) dient dabei der Entwicklung der natürlichen und naturnahen Ökosysteme. Die Pflegezone (gelbt) ist um die Kernzone herum situiert und soll traditionelle Kulturlandschaften erhalten und fördern. Zuletzt bleibt die Entwicklungszone (grau), welche Lebens- Wirtschafts- und Erholungszone für die Menschen ist. (Schmid 2004: 8-9; Coch 2008: 192)

Dabei entspricht die Kernzone etwa 8% der Fläche und umfasst sämtliche Hochmoore, einige Übergangsmoore und die Schrattenfluh als eine Landschaft von nationaler Bedeutung. Zur Pflegezone gehören die Flachmoore, viele Feuchtwiesen und Waldstandorte. Das macht 42% der Fläche aus. Die Entwicklungszone ist auf 50% der Fläche angesiedelt und erstreckt sich hauptsächlich über die Siedlungsflächen im Talgebiet des Entlebuch. (Coch 2008: 193)

Um die Ziele der UBE zu erreichen, hat man im Entlebuch von Anfang an auf die Unterstützung der Bevölkerung gesetzt. Die UBE war das erste Biosphärenreservat, welches durch einen Volksentscheid abgestützt wurde. (ebd.: 194) Die Idee dahinter war, dass es ohne die Bevölkerung nicht gelingen würde, eine nachhaltige Entwicklung zu bewirken. Im Zuge dessen hat man in der UBE eine Struktur geschaffen, die solchen Ansprüchen genügen soll. Hinter dem Namen „Entlebucher Kooperationsmodell“ (siehe Abbildung 2) steckt ein Organigramm, das verschiedene operative und strategische Tätigkeitsebenen einschliesst.

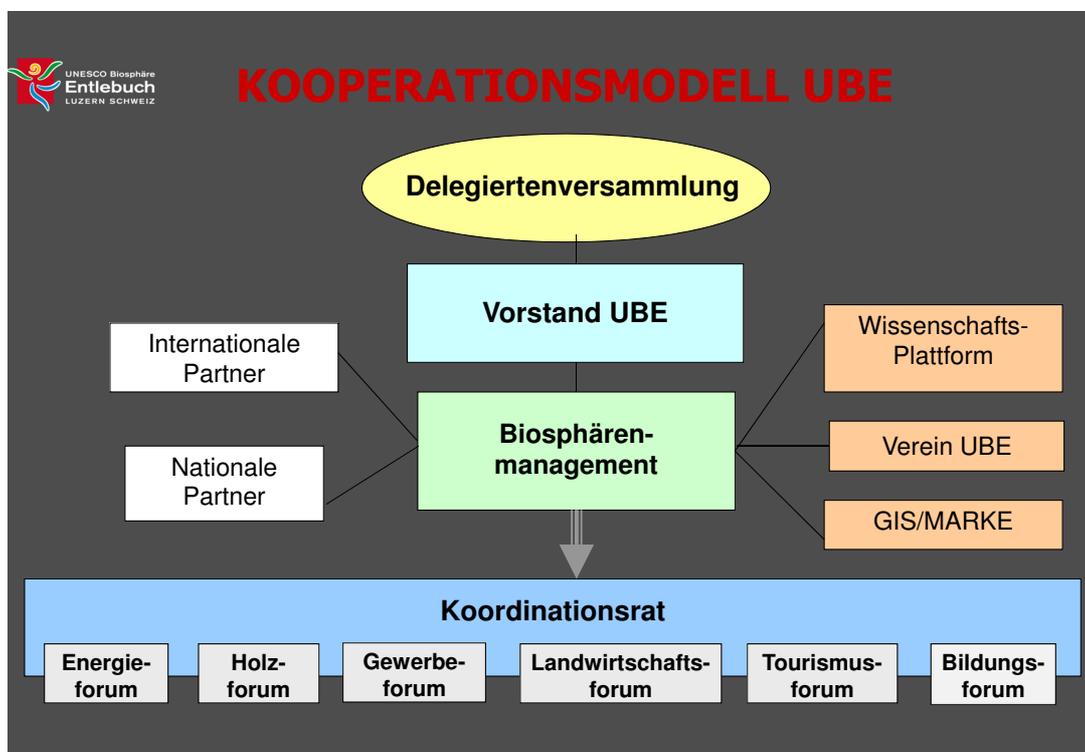


Abbildung 2: Kooperationsmodell UBE (UNESCO Biosphäre Entlebuch 2014b)

Auf der obersten Ebene steht die Delegiertenversammlung des Gemeindeverbandes, in welcher alle Gemeinden vertreten sind. Die Delegiertenversammlung wählt einen Vorstand, der die strategische Leitung der UBE innehat. Für die operativen Tätigkeiten ist das Biosphärenmanagement zuständig. Auf der untersten Ebene finden sich die sogenannten Foren wieder. Dort können sich interessierte Personen aus der UBE zu verschiedenen Themen und Bereichen (Holz, Bildung, Landwirtschaft, Energie, Tourismus etc.) organisieren und engagieren. Unterstützung, falls erforderlich, erhalten sie jeweils vom Biosphärenmanagement.

Auf der Ebene der Foren setzt die vorliegende Arbeit an. Es erschien sinnvoll, mit Personen zu sprechen, welche in den Foren aktiv sind. Dort kommt die Ebene der Partizipation am ehesten zu tragen, da die Arbeit in den Foren für alle offen ist. Das heisst Akteure, welche nicht auf politischer Ebene in die Tätigkeiten der UBE eingebunden sind, finden dort die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Zur Zeit sind vor allem vier Foren aktiv: das Holzforum, das Energieforum, das Bildungsforum und das Landwirtschaftsforum. Deshalb wurden Personen gesucht, welche sich in diesen vier Foren engagieren. Jeweils eine Person aus jedem dieser vier Foren hat für ein Interview zugesagt. Zudem wurde mit einer Vertretung auf Ebene des Managements gesprochen. Einerseits konnte damit eine andere Sichtweise auf die Partizipation in der UBE generiert werden, andererseits wurde dies auch durch Akteure der UBE selbst angeraten.

In Kapitel 3 konnte gezeigt werden, weshalb die UBE ein geeignetes Fallbeispiel für diese Arbeit darstellt. Das Ziel der Biosphärenreservate ist, wie die UNESCO selbst sagt, eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Wie diese genau aussehen soll, wird nicht ausgeführt. Für die vorliegende Arbeit ist es einzig relevant, dass von nachhaltiger Entwicklung gesprochen wird. Zudem spielt seit der Sevilla Strategie die Partizipation eine wesentliche Rolle. Beide Punkte werden bei der UBE erfüllt und folglich kann man von einem guten Beispiel von Partizipation im Kontext nachhaltiger Entwicklung sprechen.

4. Methode

Der Forschungsfrage soll anhand eines Fallbeispiels diskutiert werden. Um die Frage beantworten zu können, wird ein partizipativer Prozess benötigt. Damit der Kontext stimmt, muss es bei diesem Prozess darum gehen, das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu verfolgen. Da mit einem spezifischen Partizipationsverständnis gearbeitet wird, soll der Prozess auch die Ansprüche des Partizipationsverständnisses bedienen. Innerhalb des ausgewählten Prozesses werden Personen gesucht, welche interviewt werden können. Diese Personen sollen aktiv am Prozess beteiligt sein. Die Auswahl des Beispiels und der InterviewpartnerInnen, welche diesen Ansprüchen genügt, wurde im vorangehenden Kapitel beschrieben. Folgend soll auf die Methode der empirischen Arbeit eingegangen werden.

Es wurden semi-standardisierte Leitfadeninterviews mit fünf involvierten Personen durchgeführt. Vier Personen sind in den Foren der UBE aktiv, die fünfte Person ist auf Managementebene engagiert. Es schien sinnvoll, diese Akteure zu befragen, da es sich dabei um Personen handelt, die keine politischen Entscheidungsträger sind und somit normalerweise keine strategiepolitischen Entscheidungen treffen. Zudem sind sie direkt in der „partizipativen“ Ebene der Biosphäre Entlebuch involviert, wo jede interessierte Person sich beteiligen kann. Die vier Interviews mit den Akteuren der Foren wurden im Dezember 2013 durchgeführt. Das Interview mit dem Management wurde im Januar 2014 gemacht.

Wie Helfferich (2009: 21) festhält, geht es bei qualitativer Forschung darum, die „subjektive Sichtweise“ der Menschen zu rekonstruieren. Das Interview dient dem Forschenden herauszufinden, wie Menschen die Welt und ihr Leben sehen. Man hat dabei die Möglichkeit, Alltagswissen und eigene Interpretationen in einer offenen und interaktiven Weise abzufragen. (Hopf 2000: 350; Kvale 2007: 1) Die semi-standardisierten Interviews bauen auf einem Leitfaden auf, jedoch kann dieser flexibel gehandhabt werden, um mit möglicherweise unerwarteten Aussagen innerhalb des Themas umzugehen. (Hopf 2000: 353-354) Kvale (2007: 11-14) zählt zwölf Aspekte auf, welche semi-standardisierte Interviews umschreiben. Es geht um die alltägliche *Lebenswelt* der Menschen. Die interviewten Personen können ihre Erfahrungen in ihren *eigenen Worten* ausdrücken. Man erhebt *qualitative*, nicht quantitative Daten. Die Interviewten sollen *beschreiben*, was sie erfahren und fühlen. Beschreibungen von *spezifischen Situationen* und Handlungen sind gefragt, sowie *Offenheit* für Unerwartetes. Es gibt einen *Fokus* auf ein bestimmtes Thema. Es kann *widersprüchliche Aussagen* geben, die dann vom Interviewenden reflektiert werden müssen. Während des Interviews können sich *Aussagen verändern* beziehungsweise geändert werden. Eine vorangehende *Sensibilität* für das verfolgte Thema kann das Gespräch mitbeeinflussen. Weiss man viel über das abzufra-

gende Thema, kann eine andere Tiefe erreicht werden, als wenn man weniger Wissen darüber hat. Hier muss insbesondere bei Forschungsgruppen darauf geachtet werden, dass die Interviewer so geschult werden und der Leitfaden so gestaltet ist, dass intersubjektive Resultate erzielt werden können. Wissen wird durch die *Interaktion* im Gespräch hergestellt. Und schliesslich kann ein Interview ein sehr *positives Erlebnis* für Interviewer und interviewte Person sein.

Aufgrund dieser Überlegungen wurde entschieden, Interviews zu führen. Wichtig ist auch, dass der Kontext eines Interviews sich von jenem eines Alltagsgesprächs unterscheidet. Der Interviewer versucht, strategisch an Informationen zu gelangen, was normalerweise in einem Alltagsgespräch nicht der Fall ist. Um diese Informationen zu erhalten, lässt man die Erzählperson sprechen, ohne dass der Interviewende die eigene Sichtweise und Meinung einbringt. Der Rückgriff auf gemeinsame Erfahrungen kommt bei einem Interview, anders als bei einem Alltagsgespräch, grundsätzlich nicht vor. (Helfferich 2009: 47) Da es darum ging, die Ansichten und Kriterien der interviewten Personen herauszufinden, wurden offene Fragen gestellt. Basierend auf den erhaltenen Antworten konnten relevante Aspekte durch Nachfragen vertieft werden. In einem letzten Schritt wurden Legitimitätskriterien abgefragt, welche in der theoretisch ausgearbeiteten Tabelle standen, die aber während des Interviews von den GesprächspartnerInnen nicht zur Sprache gebracht wurden. Die Kriterien wurden für den Interviewer auf den Leitfaden gesetzt, um während des Interviews nicht vergessen zu gehen. Der Interviewleitfaden sah folgendermassen aus:

1. Was ist ihre Rolle in der UBE? Wo engagieren Sie sich, und wie?
2. Wie zufrieden sind sie mit der Partizipation? Was läuft gut? Was schlecht?
3. Abgleich mit eigenen Kriterien. Nicht angesprochene Kriterien zur Sprache bringen und Meinung dazu einholen.
4. Ergänzungen/Anmerkungen? Etwas was noch nicht erwähnt wurde?

Die Fragen wurden nicht genau so gestellt, wie sie auf dem Leitfaden standen. Sie dienten zur Anleitung der Fragen. Es wurde immer nur eine einzelne Frage gestellt, falls erforderlich mit einer erklärenden Ausführung, was genau gefragt war. Die erste Frage diente zum Einstieg ins Gespräch. Sie sollte aufgrund der klaren, gesuchten Antwort die InterviewpartnerInnen zum Sprechen animieren. Laut Froschauer und Lueger (2003: 69) ist die Einstiegsfrage in Verknüpfung mit der Gesamthematik des Interviews zu denken. Sie gibt den Rahmen für den Rest des Interviews vor. Mit der zweiten Frage sollte dann die Forschungsfrage angegangen werden. Die Frage nach der Zufriedenheit bietet die Möglichkeit, nach Bewertungskriterien zu fragen, ohne dabei solche direkt benennen zu müssen. Basierend auf den Antworten konnte das Gespräch in bestimmte Richtungen vertieft werden, zum Beispiel um Kriterien genauer definieren zu lassen oder ihre Wichtigkeit abzufragen. Der Gesprächsver-

lauf lässt sich daher in zwei Teile gliedern. Froschauer und Lueger (2003: 70-72) nennen diese explorativer und klärender Teil. Im ersten Teil des Gesprächs geht es darum, die interviewten Personen frei erzählen zu lassen. Ihre Erfahrungen und Argumente stehen zunächst für sich alleine. Erst im zweiten, klärenden Teil wird die interviewte Person hinsichtlich noch nicht genannter Aspekte oder zu gewissen Verbindungen befragt. In den Interviews für die vorliegende Arbeit ergab sich diese Situation dann, wenn kein weiterer Input seitens der Interviewten mehr kam. Dann wurden die Kriterien aus der Tabelle 1 abgefragt. Möglichst ohne die Begriffe zu verwenden, wurden diese Aspekte ins Gespräch gebracht, um die Reaktion zu sehen. Damit wurde geklärt, inwieweit die theoretischen Kriterien zur Geltung kommen. Am Schluss hatten die InterviewpartnerInnen die Möglichkeit Ergänzungen oder Anmerkungen anzubringen, falls etwas ihrer Meinung nach noch nicht angesprochen wurde.

Die Interviews wurden mit Zustimmung der InterviewpartnerInnen aufgenommen, um die darauffolgende Analyse zu vereinfachen. Die Interviews wurden auf Schweizerdeutsch geführt, da die interviewten Personen Schweizer StaatsbürgerInnen sind und ihre Lebenswelt somit auf Schweizerdeutsch zum Ausdruck bringen. Für die Analyse wurde das Gesagte auf Deutsch niedergeschrieben. Dabei wurden die Ausschnitte nicht immer dem Wortlaut, sondern dem Sinn nach wiedergegeben. Zur Beibehaltung des vollumfänglichen Inhalts blieben die schweizerdeutschen Ausdrücke in einigen Fällen stehen.

Zur Analyse der Interviews wurden ebendiese nicht detailliert transkribiert, sondern mehrfach angehört und das Gesagte grob schriftlich festgehalten. Darauf wird bei der Beschreibung der Analyse noch genauer eingegangen. Die Analyse folgte dabei den Schritten, welche Green et al. vorschlagen: Immersion, Kodierung, Kategorienbildung und Themenfindung. (vgl. Green et al. 2007: 547) Nach Mayring (2003: 12-13) sollte eine Inhaltsanalyse regelgeleitet sein. Die Analyseschritte nach Green et al. stellen so eine Regel dar. Die Kategorienbildung, welche vorgenommen wurde, entspricht einer deduktiven Vorgehensweise. Die in der Theorie ausgearbeiteten Aspekte dienen als Grundlage, um Kategorien und Themen aus den Daten zu generieren. (ebd.: 74-75) Die im Theorieteil geleistete Operationalisierung der Legitimitätskriterien ist Basis für den dritten und vierten Analyseschritt, wie ihn Green et al. vorschlagen.

Der erste Schritt betrifft die Immersion, das heisst, das sich Einlassen auf die Daten. Gemäss Green et al. (2007: 547) muss dies vor der Analyse getan werden. Teil davon ist die Interviewführung selbst. Für die vorliegende Arbeit wurden die Interviews danach mindestens zweimal in voller Länge angehört, ohne dabei Notizen zu machen. Dies wird empfohlen, um detaillierte Kenntnisse der Daten zu haben und erste Überlegungen zu den Möglichkeiten der Analyse zu machen. (ebd.: 547) Danach begann die eigentliche Inhaltsanalyse.

Die Interviews wurden in einem ersten Analyseschritt grob zusammengefasst. Auf die detaillierte Transkription wurde verzichtet, um mehr Zeit für die Auseinandersetzung mit dem Gehörten zu haben. Da es bei der Analyse rein um den Inhalt des Gesagten ging, schien solch ein Vorgehen vorteilhaft. Das Gehörte wurde folglich in kurzen Sätzen oder Stichworten festgehalten. Den zweiten Schritt bildete die Kodierung. Sie umfasste den Prozess der Auswertung und der Ordnung der in den Interviews vorgefundenen Informationen. Die einzelnen Abschnitte wurden mit Codes benannt. Codes sind hierbei deskriptive Kennzeichen. (ebd.: 548) Die groben Zusammenfassungen der Interviews wurden mit Hilfe der Aufnahmen nach diesen Vorgaben durchgegangen. Jede aufgeschriebene Passage bekam eine Überschrift, welche das dort Gesagte in einem Wort verdeutlicht. Dies ergab ungefähr 60 Codes, was für die Bearbeitung zu viele waren. Darauf folgte die Bildung von Kategorien. Es ging um die Verbindung der einzelnen Codes untereinander. (ebd.: 548) Die 60 Codes sollten Kategorien zugeordnet werden, welche den Legitimitätskriterien aus Tabelle 1 möglichst nahe kamen. Dies führte zu zehn übriggebliebenen Kategorien. Diese sind: Kommunikation, Repräsentation, Ziel, Einbezug in den Politikzyklus, Rechenschaftspflicht, Kooperation, Deliberation, Arbeitsablauf, Verbesserungen und Partizipation. Diese Kategorien wurden verwendet, um im vierten Schritt, der Themenfindung, die Analyse der Interviews in den Kontext der Theorie zu setzen. Es fanden nur diejenigen Kategorien Eingang in die Arbeit, die für die Forschungsfrage relevant waren. Sieben Kategorien blieben schliesslich übrig. Dies wird im nächsten Kapitel ersichtlich. Die Themenfindung war dann der letzte Schritt der Analyse. Die Themen gehen über die deskriptiven Kategorien hinaus. Es geht um die Erklärung oder Interpretation des untersuchten Themas. Man muss die Daten mit der Theorie in Verbindung bringen und auf die Theorie zurückgreifen. (ebd.: 549) Die Themenfindung sieht man in dieser Arbeit im Kapitel zu den Resultaten und in der Diskussion. Die Resultate werden gemäss den deskriptiven Kategorien gebündelt und dargelegt. Nach jeder Kategorie findet eine Diskussion statt, um zur Themenfindung beizutragen. Abschliessend wird das Gesagte mit der Theorie in Verbindung gebracht.

5. Ergebnisse und Diskussion

In diesem Abschnitt geht es nun darum, die Ergebnisse der Interviews aufzuzeigen. Zugleich wird am Ende der jeweiligen Kategorie direkt in die Diskussion eingestiegen, damit ein Überblick über die Zitate aus den Interviews bewahrt und eine fließende Erzählung ermöglicht wird. Am Ende wird nochmals eine übergreifende Diskussion geführt. Zur Darstellung der Resultate wurde den fünf InterviewpartnerInnen zufällig eine der Bezeichnungen B1 bis B5 zugeteilt. Mit dieser Massnahme soll die Anonymität der interviewten Personen gewahrt werden. Zudem wurden einzelne Wörter oder Sätze aus den Interviews gestrichen oder abgeändert, wenn daraus ersichtlich werden konnte, wer hinter der Aussage steckt. Es wurden die Ausschnitte ausgewählt, die für die Beantwortung der Forschungsfragen am bedeutendsten erschienen oder solche, die unerwartete Erkenntnisse lieferten.

Wie in der Einleitung erwähnt, geht es bei der Forschungsfrage darum, herauszufinden, welche Kriterien von Partizipierenden selbst verwendet werden, um einen Prozess zu bewerten. Die Ergebnisse werden nach den Kategorien geordnet, die sich bei der Bearbeitung des Materials ergeben haben. Die jeweiligen Kategorien umfassen verschiedene Aspekte, die einheitlich gebündelt dargestellt werden. Einzelne Kategorien beinhalten mehr Unterteilungen als andere. Die groben Kategorien umfassen die Kommunikation, die Repräsentation und involvierte Akteure, die Deliberation, die Rechenschaftspflicht, die Zielerreichung, den Einbezug in den Politikzyklus und Partizipation.

5.1 Kommunikation

In den Interviews hat sich die Bedeutung des Themas Kommunikation gezeigt. Punkte, welche zu diesem Thema gehören, wurden von den Befragten zum Teil angesprochen, bevor es um die Bewertung des Prozesses ging. Es zeigt sich, dass es ein vielfältiges Thema ist. Einzelne Aspekte, welche in den Interviews erwähnt wurden, sollen nun dargestellt und darauffolgend diskutiert werden.

Ein erster Punkt, der sich beim Thema Kommunikation auftut, ist die Kommunikation innerhalb und zwischen den Foren. Es geht um die Verständigung der involvierten Akteure untereinander über das, was man tut und wie man gedenkt es zu tun. So sagt zum Beispiel eine interviewte Person (B1) auf die Frage, ob sie wisse, was in einem anderen Forum läuft:

B1: Das ist jetzt genau, dass ich nicht sehr viel darüber weiss. Ich weiss, was in der Zeitung steht oder wenn ich mal was von einem Kollegen höre. [...] Das ist vielleicht ein Nachteil, dass man mehr quer miteinander kommunizieren sollte. Aber letztendlich werde ich vom täglichen Leben eingeholt und probiere mich mit meinen Dingen zu beschäftigen.

Ähnliches sagt auch Person B4 in ihrem Interview bei der Beschreibung der Vorstandssitzungen:

B4: [...] Foren untereinander haben wir jetzt noch nicht eingeladen, aber das ist sicher auch ein Thema. Weil dort haben wir nach wie vor ein Kommunikationsproblem, dass wir zu wenig miteinander sprechen. [...] Aber da haben wir im Januar bereits die erste Sitzung nach Langem wieder.

Die Kommunikation zwischen den Foren wird von B4 auch als verbesserungswürdig angesehen:

I: Gibt es Dinge die sie verbessern würden?

B4: Ja, das gibt es immer. Aber gerade was, kann ich auch nicht sagen. Man kann sicher überall ein wenig mehr machen. Also Kommunikation ist sicher das, das besser werden muss. Gegenüber der UBE, unter den Foren... ja.

Eine andere Person (B3) hat dazu eine ähnliche Meinung:

I: Wie zufrieden bist du mit der ganzen Arbeit? Was läuft gut?

B3: [...] Was ich nicht so zufrieden bin ist, ganz klar, die letzte Zeit, das korrigiert man jetzt [...] vorher hatten wir immer ein Bindeglied [...] zum Management. Und wir hatten das Gefühl, am Anfang war das so angedacht, das Management macht ihre Sache und wir an der Basis schauen was kommt von unserer Branche. Nachher versuchen wir, das einzubringen und zusammen müsste das eigentlich... oder wenn das Management etwas hatte in dieser Branche und uns das in Auftrag gegeben hat, damit wir nachher ihnen dort Ideen brachten oder eine Umsetzungsidee oder irgendetwas. Und das hat die letzten zwei, bald drei Jahre angefangen zu kränkeln. Es hat Veränderungen gegeben im Biosphärenmanagement und vielleicht hatte man nicht mehr die richtigen Leute und es hat sich dort angefangen... Es ist dann plötzlich niemand mehr an die Sitzung gekommen und das war ein Negativpunkt und man hat angefangen in die Finger zu nehmen und es angesprochen. Und man probiert das stark zu korrigieren, weil das ist etwas sehr Wichtiges. Wenn wir das nicht hinkriegen ist irgendwann mal schwierig hier Verbesserungen reinzubringen.

Auch auf Ebene des Managements (B5) kommt das Thema interne Kommunikation im Interview bei der Beschreibung der Planung der Zusammenarbeit vor:

B5: Pflege der Zusammenarbeit ist wichtig. Dass man gleichberechtigte Partner hat, dass man die Form der Zusammenarbeit miteinander gut vereinbart, wie sie aussehen soll. Ganz generell, dass man sich einig ist über das Vorgehen der Partizipation, über die Zusammenarbeit. Sonst gibt's vielleicht böse Überraschungen.

Gegenüber der internen Kommunikation in und zwischen den einzelnen Foren und zwischen den Foren und dem Management steht die Kommunikation nach aussen in die Bevölkerung. Die Frage, ob und wie die Aktivitäten der UBE überhaupt in die Region hinaus kommuniziert werden sollen, steht im Vordergrund. Teil dieser „externen“ Kommunikation sind die Themen Information und Transparenz. Eine Person (B2) meint dazu:

I: Hat das auch mit Information zu tun? Sie haben gesagt, dass die Kenntnisse bei der Bevölkerung vielleicht noch nicht ganz vorhanden sind, was man alles kann oder nicht kann?

B2: Ich habe das Gefühl mit der Information, die vorhanden ist, wenn jemand Information sucht, bekommt er sie sicherlich. Wenn man gewisse regionale Zeitungen hat, kann man auch Kontakt bekommen mit der Biosphäre und dem Angebot. Frage ist, wie stark wollen sich die Leute identifizieren mit dem vor Ort, wo sie sind. [...]

I: Aber für so einen Prozess würden Sie das als wichtig erachten, dass man genügend Information bereitstellt?

B2: Auf jeden Fall. Die Homepage ist sicherlich auch noch, mit Google findet man sie auch.

Wenn es darum geht, aufzuzeigen, was man im Forum leistet und was für einen Mehrwert man für die Region bringen kann, spielt die Kommunikation auch eine Rolle. Person B3 erläutert dies folgendermassen:

B3: Wir probieren, das zu kommunizieren, dass wir da sind. Wir haben ein Branchentreffen organisiert. Machen wir immer wieder, wo wir alle Gemeinden angeschrieben haben, wo wir aufzeigen wollten... auch hier, es war nicht jede Gemeinde vertreten, es zeigt eben schon dass hier manchmal... wo wir ihnen aufgezeigt haben, was für Möglichkeiten sie haben, wenn sie Hilfe brauchen. Also von unserer Seite her [...], wo sie die Hilfe holen können. Und das probieren wir immer wieder, dass sie wissen, dass jemand hier ist und sie das nicht einfach rausgeben an irgendeinen Planer. [...]

I: Du hast viel von Informationen gesprochen. Das scheint wichtig zu sein, dass man genug Information hat?

B3: Ja.

I: Das ist in dem Fall vorhanden?

B3: Ja, also man hat Strukturen geschaffen mit der ganzen Biosphäre, mit welcher man recht gute Grundlagen hat, sag ich jetzt, wo sie Informationen holen könnten. [...]

Der Zugang zur Information aus den Foren und von Sitzungen kommt dabei auch zur Sprache:

I: Die Sitzungen nehme ich an werden protokolliert?

B3: Ja.

I: Wie viel dieser Information ist zugänglich? [...]

B3: Grundsätzlich sind alle zugänglich, aber es wird nicht genutzt. Also wir deponieren sie nirgends öffentlich. Aber es ist eine Idee, das haben wir auch schon diskutiert. Ob man zum Beispiel, das wird im Januar auch zur Sprache kommen, ob wir nicht eine Plattform schaffen wollen. Wo man nachher, das haben wir letztes Mal in der Vorstandssitzung diskutiert, das wir einbringen werden. Ob man nicht eine Plattform schaffen will und die nachher im Prinzip jedem zugänglich ist... das heisst die Protokolle der Foren... anklicken kann und dann sieht man was da diskutiert wurde. Weil eigentlich sind das alles Dinge, die rausmüssen, das ist nichts was... nicht wie eine Firma die strategische Entscheide beginnt zu diskutieren bis der irgendwann gefällt wird und niemand darf etwas vernehmen weil der Mitbewerber das... Son-

dern hier wäre die Idee, dass wir in diesem Lebensraum alle zusammen die Nachhaltigkeit erreichen, gleich welche Branche oder welcher Zweig. Das ist sicher ein Thema, das diskutiert wird.

I: Noch mehr Transparenz herstellen.

B3: Ja, genau.

I: Dass es noch einfacher wird.

B3: Genau. Es kann natürlich auch das Vertrauen gewisser Leute fördern. Dass ihnen gezeigt wird, dass es wirklich eine Institution ist, um die Region weiterzubringen. Und nicht irgendein Gremium von ein paar Leuten, die ihre persönlichen Anliegen weiterbringen möchten. Ihre persönlichen Geschäftsinteressen weiterbringen wollen, sondern dass man zeigt, dass es für die gesamte Region sein sollte.

Eine gegenteilige Meinung dazu vertritt hingegen Person B4 in ihrem Interview:

I: Sitzungen sind eigentlich der Vorstand?

B4: Der Vorstand, ja.

I: Und dann haben sie Protokolle, die man führt?

B4: Jawohl.

I: Sind diese öffentlich zugänglich? Oder könnte man sie theoretisch...?

B4: Nein, ich denke, es wäre nicht richtig öffentlich. Es ist so, dass die Vertretung des Projektmanagements eine Mailkopie bekommt und der ganze Vorstand.

I: Aber sonst raus, in die UBE oder an die Bevölkerung geht von dem nichts?

B4: Nein, vom Protokoll nichts. Aber wir machen je nachdem Zeitungseinsendungen oder mal Berichte. [...] Je nachdem periodisch, wenn es halt interessant und wichtig ist, und die Bevölkerung das wissen muss, gibt es das schon. Zwei bis drei Mal im Jahr sind wir sicherlich in der Zeitung.

Auf Ebene des Managements wird Information als Notwendigkeit angesehen, jedoch sollte man gezielt mit Information umgehen:

B5: Es ist häufig so, dass Partizipation in sich zusammenfällt und versickert, weil nur informiert wird und keine Resultate daraus entstehen. [...]

I: Das heisst, das reine Informieren reicht dann nicht?

B5: Nein. Da müssen gemeinsame Ziele erarbeitet werden können, man will ja gemeinsam wachsen können. Gerade wenn man sieht, der Koordinationsrat den man zusammengeführt hat, der wandelt sich bei uns eher Richtung Kooperationsrat. Weil Kommunikation alleine reicht nicht. Dann haben wir heute neue Kommunikationskanäle, die viel einfachere Kommunikationszugänge haben. Wir haben eine Informationsüberflutung, man muss eher filtern, was gibt man wo ab. Es ist auch nicht der Anspruch, dass jeder alles über den anderen wissen muss. Das ist auch etwas, wo man das Gefühl hat, ja Partizipation, das ist ein offener Prozess, jeder muss wissen was der andere macht. Die Zeit haben wir nicht, die Zeit haben wir nicht. Das wird nachher zu schöngeistigen Diskussionen, die nicht zielführend sind. Ich denke man muss heute wissen, wo brauche ich welche Information und wo kann ich die In-

formation abholen wenn ich sie brauche. Also wegkommen von dieser Informationsüberflutung, mehr so im Bereich miteinander wirkliche Leistungen erzielen.

I: Also Information, so dass sie da ist, aber dass man vielleicht nachhaken muss, wenn man sie braucht.

B5: Die Information ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Es braucht bei jedem Geschäft gewisse nötige Information. Die kann grösser sein oder weniger gross. [...] Aber ich denke man muss nicht immer bei Adam und Eva anfangen. Und das ist häufig die Gefahr bei Partizipationsprozessen, dass man bei Adam und Eva wieder anfängt. Und das stinkt den Leuten und die sind dann nicht mehr dabei.

Wie sich zeigt, ist das Thema Kommunikation wichtig. Unter dem Begriff Kommunikation lassen sich dabei verschiedene Aspekte zuordnen, wie die Resultate belegen. So ist im Falle der Foren in der UBE die Kommunikation zwischen ihnen ein Thema für die Interviewten. Obwohl die Foren eigenständige Gebilde sind, ist es für die involvierten Akteure doch wichtig zu wissen, was in den anderen Foren läuft. Wie man in den Aussagen von B4 sieht, scheint diese Kommunikation zur Zeit jedoch nicht erwartungsgemäss zu funktionieren. Bei B3 zeigt sich, dass auch die Kommunikation mit dem Management nicht so funktioniert, wie das erwartet wird. Bei beiden Personen wird erwähnt, dass man diese Mängel kommuniziert hat und nun versucht, dies zu verbessern. Ohne Kommunikation kann keine Verbesserung kommen, eben auch nicht beim Thema Kommunikation selbst. Stellt man die Aussagen zur internen Kommunikation in Bezug zum theoretischen Framework in Tabelle 1, ist es schwierig, die Aussagen zuzuordnen. Hier spielt sicherlich der Zugang zu Information eine Rolle. In der Literatur geht es beim Zugang zu Information darum in einem Projekt, das man verfolgt, das Wissen über die relevanten Aspekte eines Problems oder über Lösungsvorschläge zu haben. Die Grundlage für die partizipative Arbeit bilden die Angaben, die zur Verfügung gestellt werden. Die Legitimität des Prozesses wird untergraben, wenn nur ein Teil der zur Verfügung stehenden Information bekannt gemacht wird. Die interne Kommunikation der UBE könnte man unter diesen Gesichtspunkt setzen. Den Zugang zur Information brauchen die Beteiligten der UBE, wenn sie innerhalb der Foren aktiv an einem Projekt arbeiten. Bei Hogl et al. kommt bei der Throughput-Legitimität der Punkt der Kooperation hinein. Die interne Kommunikation kann man auch unter diesem Aspekt betrachten. Es braucht die Kooperation zwischen den Foren und auch mit dem Management, damit der Prozess als legitim betrachtet wird. Wenn man den Aussagen folgt, ist die interne Kommunikation für die Arbeit im ganzen Partizipationsmodell von Belang. Das sieht auch das Management so, wenn man die Aussage von B5 betrachtet. Die interne Kommunikation zwischen den Foren und vor allem auch zwischen den Foren und dem Management sind ein wichtiges Anliegen. Es geht darum, zu vereinbaren, wie die Zusammenarbeit aussehen soll. Dies kann man unter dem Standpunkt der Input-Legitimität sehen, da hier darüber diskutiert wird, was wie in den Pro-

zess hineinkommt und wie der Prozess – oder in den Worten von B5, die Zusammenarbeit – aussehen soll. Es geht um die Gestaltung des Gesamtprozesses. Das betrifft Input, Throughput und Output. Da B5 dies als Voraussetzung sieht, könnte man es unter dem Punkt der Input-Legitimität sehen. Ohne diesen Input kann der Prozess gar keine Legitimität erhalten. Kommunikation ist essentiell.

Der zweite Aspekt von Kommunikation fällt, wie oben erläutert, unter das, was man als Kommunikation nach aussen bezeichnen kann. Es geht um die Kommunikation mit der nicht direkt involvierten Bevölkerung, welche durch die Arbeit betroffen ist, beziehungsweise sein kann. In Tabelle 1 ist dazu der Punkt Transparenz bei der Throughput-Legitimität vorhanden. Es geht um die Möglichkeit externer Personen, etwas über den Prozess in Erfahrung zu bringen. Wie viel von dem, was gemacht wird, ist der nicht direkt involvierten Öffentlichkeit zugänglich? In den Interviews wird oftmals der Begriff Information verwendet. Das heisst Information, die nach aussen kommuniziert wird. Bei B2 zeigt sich, dass es wichtig ist, die Öffentlichkeit über die Tätigkeiten der Biosphäre zu informieren. B2 setzt den Zugang zur Information jedoch in ein Verhältnis zum Interesse der Bevölkerung. Es liegt nicht nur an den Beteiligten, die Information bereitzustellen, sondern auch an der Bevölkerung selbst, diese auch zu nutzen. Deshalb wird gesagt, man finde die Informationen zur Biosphäre und deren Arbeit, wenn man danach sucht. Nicht nur die Bevölkerung des Entlebuch hat die Aufgabe, sich zu informieren, wenn sie denn interessiert ist. Auch auf Ebene der Gemeinden wird darauf verwiesen, es sei wichtig die Information für die Gemeinden bereitzustellen. Bei B3 sieht man, dass auch Erwartungen an verschiedene Partner innerhalb der UBE gestellt werden. Es sei wichtig, nach aussen zu kommunizieren, jedoch müsse diese Information auch abgeholt werden. Die Legitimität durch Transparenz beruht in diesem Sinne auf Gegenseitigkeit. Einerseits muss die Information vorhanden sein, es muss transparent gemacht werden, was man macht und welche Leistungen man erbringt. Andererseits wird erwartet, dass weitere Akteure darauf eingehen und damit arbeiten. Ist die Gegenseitigkeit nicht vorhanden, scheint der Aufwand für die Transparenz nicht gerechtfertigt. Teil der Transparenz ist die Frage nach der Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle der Foren. B3 meint, diese seien öffentlich zugänglich und sollten noch stärker zugänglich gemacht werden, damit man einfacher an diese Information komme und man nicht danach suchen beziehungsweise fragen müsse. Die Protokolle könnten dann innerhalb der UBE viel erreichen. Interessanterweise sieht dies Person B4 anders. Sie sagt, die Protokolle seien für den internen Gebrauch, sollten aber nicht an die restliche Öffentlichkeit gelangen. Transparenz, im Sinne von Informieren über das, was man macht, sei insofern wichtig, als dass die Bevölkerung etwas auch wissen müsse. So weit wie Person B3, würde sie aber nicht gehen. Wie denn nun mit den Protokollen umzugehen ist, ist natürlich eine Frage für die involvierten

Akteure selbst. Wichtig erscheint die Tatsache, dass es den interviewten Personen von Bedeutung ist, über ihre Tätigkeiten zu informieren und, was im theoretischen Framework nicht zur Geltung kommt, dass diese Information auch abgeholt wird.

Noch einen anderen Blickwinkel hat B5 vom Management. Information ist wichtig, aber heute gehe man eher in die Richtung von Informationsüberflutung. Kommunikation und Information alleine sind nicht ausreichend für den Prozess, es braucht mehr. Information ist eine Selbstverständlichkeit, aber es muss klar sein, wann und wo welche Information verbreitet wird. Im Ausschnitt bei B5 zeigt sich, dass Transparenz als Throughput-Legitimität benötigt wird, hinzu aber ein starker Fokus auf den Zielen liegt. Es soll ein Output generiert werden, was gewisse Information bedingt, aber das Ziel erscheint wichtiger als die Information. Die Information ist dazu da, beim Erreichen von gemeinsamen Zielen behilflich zu sein. Die Legitimität wird hier erzeugt, indem die richtige Information dazu zur Verfügung gestellt wird.

5.2 Repräsentation

Die zweite Kategorie wurde mit dem Begriff Repräsentation gefasst. Hier geht es um die involvierten Akteure und um die Führung der Foren und der UBE. Es wird über die Einbindung von Personen in die UBE gesprochen, wie auch über das Interesse der Personen an der Arbeit in den Foren. Zudem spielt die Idee des Netzwerks eine Rolle. Die Meinungen zu diesen Punkten werden folgend anhand der Interviewsequenzen dargelegt.

Die Frage danach, wer denn in den Foren aktiv ist, und ob diese Akteure genügen, wurde in jedem Interview gestellt. Darauf wurde unterschiedlich reagiert. Einerseits ist man der Ansicht, dass genügend und die richtigen Personen involviert sind, so wie das bei B4 vorkommt:

I: Und habt ihr das Gefühl, dass hier noch andere Akteure etwas sagen sollten?

B4: Nein, das ist nicht nötig. Weil ich denke, es sind alle sehr engagiert, die Akteure, die in der UBE sind.

Andererseits wird die Frage, ob mehr Personen in die Foren miteinbezogen werden sollten, auch mit weniger Ablehnung beantwortet, wie das Beispiel von B2 zeigt:

I: Würden Sie sich wünschen, dass sich mehr Personen engagieren? Oder denken Sie dass es reicht, dass man einen Ausschuss hat, der Projekte macht, und die Leute können dann einzeln reinkommen mit Informationen die Sie geben?

B2: Hmm es ist noch schwierig zu beurteilen. [...] Ich habe das Gefühl, es ist sehr unterschiedlich, wie die Leute, also die Bewohner des Entlebuch, Kenntnisse haben was die UBE alles macht, respektive, was es für sie als Bewohner alles bringt. [...] Fleisch und Blut sein für das Ganze ist sehr unterschiedlich, habe ich das Gefühl bei der Bevölkerung. [...] Es gibt immer Leute, die sich mehr interessieren und Leute, die sich... Und mehr noch einbinden, ich denke, es wäre möglich in dem Sinn, mit der breiten Bevölkerung, vielleicht diese noch mehr

abholen im Bereich der verschiedenen Foren. [...] Das wäre sicher möglich, oder wäre ein Punkt den man sich überlegen müsste.

Zuletzt wird auf die Grösse der Foren aufmerksam gemacht, wenn es darum geht, wie viele Akteure mitmachen können oder sollen. Das bezeugt die Antwort von B1:

I: Mitmachen kann jede Person?

B1: Ja. Also gut, es ist irgendwo zahlenmässig begrenzt. Dass man nicht plötzlich eine Schulklasse vor sich hat in einem Forum. Das muss ja handlungsfähig sein. Das sollte eine Gruppe zwischen 6 und 10 Personen sein. Und der Andrang ist nicht so gross, dass ich das Gefühl hätte, dass es zu gross würde.

Auf Ebene des Managements wird diese Frage im Verlauf des Interviews gleich selbst gestellt. Zu einem späteren Zeitpunkt wird das vom Interviewer aufgenommen, um eine Ausführung dazu zu bekommen:

I: Sie haben am Anfang mal was gesagt von Voraussetzungen: Wer, welche Form und Entscheidungsmacht. Wenn sie das jetzt noch ein wenig ausführen würden, also wenn sie das für sich beantworten müssten: Wer? Würden sie wieder sagen, es ist individuell auf die Situation bezogen oder wenn man das betrachtet in der UBE, in den Foren, stimmt denn das „Wer“ dort?

B5: Im Grundsatz stimmt das schon. Die Frage ist natürlich einfach, wie sieht es bei einzelnen Projekten aus, und dort ist es entscheidend.

Oder dann später nochmals:

I: Haben Sie das Gefühl, dass mehr Personen auf Ebene der Foren involviert sein sollten?

B5: Das ist unterschiedlich. Es kommt immer auf die Fragestellung und auf das Projekt und auf die Erwartung, die man hat in die Beteiligung. Es kann sein, dass es eine Breitenwirkung sein muss und man mehr Leute braucht. Es kann aber auch sein, dass es sehr engmaschig läuft. Im Grunde genommen kann man sagen, dass wenn man etwas erreichen will, ist es effizienter, wenn man auf Pioniere setzt, mit ihnen arbeitet im Sinne von Vorbildfunktion. Und diese nachher Ausstrahlung haben auf die Fläche. Man kommt schneller zum Ziel. Ist wirkungsvoller und man kann viel schneller den Erfolg aufzeigen. Sonst kann das relativ langatmige Prozesse geben, wo dann auf einmal niemand den Mut hat zu sagen, jetzt mach ich etwas.

Letztere Aussage leitet über zu einem anderen Aspekt, welcher in den Interviews immer wieder angesprochen wird: das Thema der Führung und der involvierten Personen selbst. Mit Führung ist gemeint, dass jemand eine Vorzeigerolle übernimmt, dem die anderen folgen können. Exemplarisch wird dies bei B1 ausgedrückt, wenn es um die „Wiederbelebung“ des Forums geht und um die Arbeit darüber hinaus. Im Interview mit B1 wird dies öfters angesprochen:

B1: Es steht und fällt vermutlich mit der richtigen Führung. Das ist für mich etwas Wesentliches, dass jemand „den Karren zieht“, sag ich mal so.

B1: Dann muss ich noch einmal sagen, auch die Leute, die im Forum dabei sind, die haben noch Anderes zu tun im Leben. Und dort ist es notwendig, dass oben jemand steht und den Daumen drauf hat und sagt, hast du jetzt oder wann bekomme ich eine Rückmeldung von der Seite. Ich glaube das ist im ganzen Leben so. Eigeninitiative ist schon gefragt, aber irgendwo braucht es jemanden, der noch den Daumen drauf hat, damit es einen Schritt weiter geht.

B1: Konkret aufs Forum bezogen, ist für mich das grösste Handicap, dass wir eine gute Führung hätten.

B1: Gut, ich bring das jetzt schon zum zehnten Mal in dem Gespräch, Führung. [...] Es steht und fällt sehr oft mit denen, welche die Zügel in der Hand haben.

Hinzu kommt der Punkt mit Bezug auf die involvierten Personen selbst. Die Art und Weise wie Akteure sich verhalten, sich einbringen oder eben nicht. So auch bei B1:

B1: Was ich natürlich feststelle ist, dass zwischen Aussagen an irgendwelchen Anlässen und im realen Leben sehr oft ein grosser Unterschied besteht. Wenn man beieinander ist, ist alles gut und alles begeistert. Aber wenn man nachher etwas machen muss, oder Leitsätze einhalten soll, die man mal geboren hat, dann müssen die anderen das schon machen, aber wir selber... also dort sind die Gemeinden oder Gemeinderäte... wo entsprechend handeln sollten.

Beim Interview mit B3 wird geschildert, wie ein Bauprojekt nicht dem entsprach, was man von ihrem Forum aus erwartet hätte. Grund dafür seien die Gemeindevertreter gewesen, welche eigentlich in der UBE eingebunden sind, aber die Möglichkeiten des Forums nicht berücksichtigten:

B3: Was ich mir auch ein wenig mehr erhofft hätte bis jetzt, das darf ich hier schon erwähnen, von gewissen Leuten, die an gewissen Positionen sind, sei das zum Beispiel in den Gemeinden zum Teil, die vornedran sind oder so. Die nach aussen die Nachhaltigkeit und die Biosphäre vertreten, aber sie leben sie nicht. Also wenn es darum geht, etwas umzusetzen, dann hapert es dort vielfach. [...]

I: Dass umgesetzt wird, was ihr einbringt in die ganze Sache?

B3: Ja nicht nur wir. Es darf nicht so sein, dass wir bei jeder Umsetzung den Finger drauf halten müssen. [...] Sondern es müsste von ihnen aus kommen.

[...]

B3: Wenn die Verantwortlichen von Anfang an mit der Vorgabe gekommen wären, wir wollen das so machen [...], dann kann das Volk nachher entscheiden.

I: Fehlt denn der Austausch über die verschiedenen Ebenen? Du hast vorher angesprochen wegen Forum – Management, und Gemeindeverband und Gemeindevorstand, das ist ja nochmals eine andere Ebene. Ist dort der Austausch nicht genügend deiner Meinung nach? Oder fehlt es an Information?

B3: Ich habe nicht das Gefühl. Ich habe das Gefühl, es liegt mehr an den Leuten selbst. Also, zum Teil einfach, ... ja also es gibt Leute die leben das, was sie sagen, wenn sie davon überzeugt sind. [...] Und es gibt Leute, die im Prinzip einfach ihre Positionen haben, die helfen mitmachen, sagen, wie man es machen sollte, aber sie leben das nicht. Also helfen nicht mit, es umzusetzen. Und das ist vielfach das Problem. Ich denke, das hat man überall, aber das ist schon noch etwas was verbessert werden muss in der Biosphäre.

Auch bei der Diskussion über die Biosphäreenerzeugnisse aus der Landwirtschaft, und wie es dazu kam, dass diese Produkte bekannt und als speziell erachtet wurden, wird dies von B3 nochmals wiederholt:

B3: Und das hat man auch hingekriegt. Aber das hat auch, das ist eigentlich ins Gleiche rein, da hat es auch Leute gebraucht, die das gelebt haben. Das ist ein riesen Prozess, dass die anderen, welche die Führung haben, ihnen helfen, dass es auch so kommt.

Am Ende des Interviews wird von B3 ein Anliegen bezüglich der involvierten Personen angebracht:

B3: Was vielleicht noch ein Anliegen ist, das sieht man auch bei anderen Dingen, ich finde es relativ wichtig, dass Leute, welche sich mit dem beschäftigen hier hinten, Führungsleute und so, eigentlich auch aus der Region sind. Dass sie auch den „Puls“ spüren.

Das sich in der Region Auskennen, das Kennen der Leute, kommt beim Interview mit B5 ebenfalls vor. Dies in Bezug auf die Überlegung, die man macht, wenn es darum geht, wo Partizipation Sinn macht und wo nicht:

B5: Es braucht Feingefühl in der Kommunikation und es braucht auch, ich denke ein Verstehen der Bevölkerung, und auch ein wenig das Wissen wie sie „tickt“.

I: Das heisst es ist auch wichtig, dass man auch Teil dieser Bevölkerung ist?

B5: Das hilft sicher.

Auf Ebene des Managements werden weitere Aspekte zu den Personen selbst erwähnt. Einerseits, wenn es um die Frage geht, wie Partizipation auszusehen hat und die Bedingungen, die an die Person selbst gerichtet sind:

B5: Da gibt es natürlich dann Einflussfaktoren, welche wichtig sind beim Betrieb so einer Partizipation, so eine Art Netzwerkarbeit. Eine offene Haltung, ganz generell. Das ist nicht nur vom Forum her, sondern auch von unserer Seite her, also von unserer Seite, vom Management. Ich sage mal, mit offener Haltung würde ich mal sagen, sich bewusst sein, dass es Veränderungsprozesse gibt. Bereit sein, sich auf Neues einzulassen.

Andererseits, wenn es um die Voraussetzungen geht, damit Partizipation überhaupt erfolgreich sein kann:

B5: Ich denke auch wichtig ist noch ein Punkt, gerade in der Partizipation, damit diese erfolgreich ist und bleibt, dass die Leute lernen Verantwortung zu übernehmen. Für ihre gemeinsame Arbeit. Es kann nicht sein, nur partizipativ dabei zu sein, informationshalber und sich

selbst Informationsschritte zu ergattern ohne irgendeine Verantwortung zu übernehmen. Er muss für das gemeinsame Unternehmen auch Verantwortung übernehmen, sonst taugt die Partizipation nichts.

Repräsentation als Kriterium wird in der Literatur zu environmental governance von allen für die Tabelle 1 verwendeten AutorInnen genannt. Sie ist im Bereich der Input-Legitimität einzuordnen. Dabei spielt die Frage nach Einbindung aller relevanten Akteure (Stakeholder) eine Rolle. Das sind diejenigen, die durch den Prozess und dessen Auswirkungen auf irgendeine Art und Weise betroffen sind. In den Interviews wurde die Frage nach Einbindung betroffener Personen direkt gestellt, da keine interviewte Person diesen Punkt von alleine genannt hat. Es ist daher schwierig zu sagen, ob die Repräsentation als Legitimitätskriterium tatsächlich wichtig ist. Schaut man auf die Ausführung von B4, scheint klar, dass es keine weiteren Akteure braucht, da die vorhandenen Akteure engagiert sind und folglich genügen. Hier scheint die Befürchtung mitzuschwingen, dass bei einer Einbindung zusätzlicher Akteuren diese vielleicht weniger Engagement aufbringen und die Arbeit in der UBE darunter leiden könnte. Oder anders gesagt, die Personen, welche tatsächlich interessiert sind und sich betroffen fühlen, engagieren sich schon in der UBE.

Ähnliche Überlegungen stellt Person B2 an, indem sie meint, dass das Interesse an der Arbeit in der UBE sei in der Bevölkerung sehr unterschiedlich. Das stützt den gerade aufgeworfenen Gedanken über das Engagement. Jene Personen, die sich interessieren und betroffen fühlen, engagieren sich auch. Darüber hinaus braucht es nicht mehr, da sonst die Arbeit darunter leidet. Um dem weiter nachzugehen, müsste man auch Personen aus der UBE befragen, welche nicht direkt in die Arbeit in den Foren involviert sind. Sie könnten in so einer Befragung sagen, ob sie denken, die richtigen Personen würden sich beteiligen. Dass die Arbeit in den Foren unter zu vielen Akteuren leiden könnte, sieht man auch bei B1. Dort wird gesagt, es müsse für die Arbeit in den Foren auch ein Limit an Personen geben. Zwar hätten alle die Möglichkeit sich zu beteiligen, die Zahl müsse aber begrenzt sein, damit das Forum handlungsfähig bleibt. Die Handlungsfähigkeit wird hier gegenüber der Repräsentation gewichtet. Repräsentation scheint so lange wichtig, bis die Arbeit durch zu viele Akteure beeinträchtigt werden könnte. Sei es, weil es zu viele Personen oder weil es dann eventuell weniger engagierte Personen wären. Vom Management her stellt sich die Frage der Beteiligung immer im Zusammenhang mit den einzelnen Projekten. Grundsätzlich wird gesagt, die Beteiligung in den Foren stimme, aber man müsse dies je nach Situation beurteilen. Differenziert wird hier die Partizipation als ein Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele gesehen. Repräsentation ist relativ zu verstehen. Sie muss der Situation angepasst sein, je nach dem müssen mehr oder weniger Akteure involvieren werden. Diese Idee entspricht derjenigen aus der Literatur. Dort wird nicht gesagt, mehr Personen im Prozess zu haben sei

automatisch besser. Es geht vielmehr darum, jene Akteure im Prozess zu haben, welche betroffen sind. Wichtig scheint, sich im Vorherein darüber klar zu sein, wer involviert sein sollte und diese einzuladen, sich am Prozess zu beteiligen.

Ein wesentlicher Aspekt beim Thema Repräsentation ist das Thema der Führung und der Personen selbst, die sich beteiligen. In den Interviews hat sich gezeigt, dass Repräsentation der relevanten Interessen als wichtig erachtet wird, aber noch wichtiger scheint, dass die richtigen Personen involviert sind. Was das heissen könnte, sieht man in den Interviewexzerpten. Bei B1 kommt die Führung immer wieder zur Sprache. Es muss jemand vorhanden sein, der den Prozess leitet oder andere mitzieht. Es braucht starke Führungspersönlichkeiten, damit die Arbeit nicht versandet. Führung scheint ein Teilaspekt dessen zu sein, was bei anderen unter den Aspekt der Person allgemein fällt. Das heisst, es kommt darauf an, was für Personen im Prozess teilnehmen und sich darüber hinaus engagieren. Auch bei B1 und bei B3 findet man dazu Passagen. Die involvierten Personen müssen sich an das halten, was sie sagen. Es wird erwartet, dass das nach aussen hin Gesagte auch zur Umsetzung kommt. Im Falle der UBE sehen sie auf Ebene der Gemeindevertreter diesbezüglich oftmals Schwierigkeiten. Die Gemeindevertreter sagen, sie werden für etwas einstehen, tun es dann aber nicht. Deshalb ist es für die Personen B1 und B3 wichtig, die richtigen Personen zu involvieren. Die Gemeindevertreter müssten als gute Beispiele für die Region vorangehen. Dafür ist es gemäss B3 und B5 gut, wenn die entsprechenden Personen aus der Region selbst sind. Das hilft, die Bevölkerung besser zu verstehen.

Hinzu kommen weitere Überlegungen zu den Personen selbst. Vom Management her hält B5 einige Punkte fest, die als Anforderungen an die involvierten Personen gestellt werden können: eine offene Haltung haben, bereit sein, sich auf Neues einzulassen und Verantwortung übernehmen zu können sind Attribute, welche gefordert werden. Es wird hier klar auf das Individuum verwiesen. All diese Aspekte zu den Personen selbst lassen sich nicht in das theoretische Framework einordnen. Die Literatur fokussiert auf den Prozess und dessen Gestaltung und nicht auf die Akteure, die dann tatsächlich beteiligt sind. Ausser bei der Repräsentation wird nie auf die Akteure selbst Bezug genommen. In den Interviews dagegen kommt dies auffällig oft zur Sprache. Es zeigt sich, dass Personen, die aktiv in solch einem Prozess arbeiten, es für sehr wichtig erachten, mit den richtigen Leuten zusammenzuarbeiten. Sowohl Anleitung in Form von Führung als auch die richtige Einstellung der Beteiligten werden gewünscht.

5.3 Deliberation

Die nächste Kategorie fällt unter den Begriff der Deliberation. Das bedeutet die Möglichkeit für die Partizipierenden, ihre eigenen Standpunkte einzubringen und darüber zu diskutieren. Verschiedene Meinungen und Ansichten werden in den Prozess eingebracht und nach Abwägung wird diejenige mit dem meisten Zuspruch als Grundlage weiter verfolgt. Oder aber es kommt zu einem Kompromiss. In den Gesprächen werden diesbezüglich oftmals die Vorstandssitzungen angeführt, welche die operative Tätigkeit der Foren repräsentieren. Beispielsweise beim Interview mit B1:

I: Theoretisch haben alle die Möglichkeit bei diesen Sitzungen ihre Meinung einzubringen?

B1: Ja das ist sicher gewährleistet.

Zum Schluss des Interviews dann:

I: Aber als wichtig würden Sie das schon erachten, dass man die Diskussionen auch führt?

B1: Ohne geht es nicht. Sonst ist es eine Diktatur oder ein Monolog. Dann braucht es kein Forum und es kann jeder alleine etwas machen.

Folgend die Sicht von B4 wenn es um die Vorstandssitzungen geht:

I: Nachher wird einfach diskutiert innerhalb der Vorstandssitzungen?

B4: Ja, da wird schon diskutiert. Ja, halt wie ein Vorstand funktioniert.

Oder B2 zu den Sitzungen:

I: Und dann wird über verschiedene Themen diskutiert?

B2: Genau.

[...]

I: Aber vorangehend ist eigentlich immer eine Diskussion?

B2: Ja, genau.

Bei B3 kommt das Thema zur Sprache, wenn es um die Projekte geht, welche in den Vorstandssitzungen verfolgt oder neu eingebracht werden. Nach der Beschreibung des Vorgehens bei solchen Situationen wird nochmals nachgefragt, wie es mit den Diskussionen aussieht:

I: Aber es scheint wichtig, dass dann auch eine Diskussion stattfindet?

B3: Ja.

Das Thema Deliberation schwingt innerhalb partizipativer Prozesse, wie sich gezeigt hat, als Bewertungskriterium mit, kam aber nur dann zur Sprache, wenn der Interviewer es aufgeworfen hat. Vergleicht man dies mit dem theoretischen Input, fällt auf, dass dort die Deliberation bei allen AutorInnen im Bereich Throughput-Legitimität vorkommt. Das Stattfinden von Deliberation wird als Kriterium gesehen, um Legitimität herzustellen. Das hat mit der Idee der deliberativen Demokratie zu tun, wie im Theorieteil aufgezeigt wurde. Im Gegensatz

dazu wurde die Deliberation von den InterviewpartnerInnen nicht selbst in das Gespräch eingebracht. Darauf angesprochen haben aber alle gemeint, Deliberation sei Teil der Gesprächs- und Sitzungskultur und auch wichtig. In ihren Sitzungen geht es darum, verschiedene Positionen einzubringen und sich auszutauschen, um gemeinsame Wege zu finden. Es scheint eine Selbstverständlichkeit, dass dies geschieht. Das könnte bedeuten, dass es als so selbstverständlich gesehen wird, dass man es nicht zu erwähnen braucht. Oder man könnte es umgekehrt sehen, dass das Thema vielleicht doch nicht so wichtig ist, wie es in der Theorie erscheint. Es ist schwierig eine Aussage dazu zu machen, weil das Thema eben nur dann zur Sprache kam und gewichtet wurde, wenn vom Interviewer nachgefragt wurde. Ob es ein Aspekt unter dem Thema der Kommunikation sein könnte, wäre eine andere Frage, die sich im Nachhinein stellt. Kommunikation als Überbegriff war in den Interviews sehr zentral. Deliberation kann als Form von Kommunikation gesehen werden, in der es um einen Meinungsaustausch geht. Da Kommunikation wichtig ist, könnte man annehmen, auch die Deliberation sei als Teil der Kommunikation von Bedeutung. Wie gesagt, kann darüber aber keine klare Aussage gemacht werden. Hier könnte es sinnvoll sein, den Prozess mitzubeobachten zu können, um den Grad an Deliberation zu verfolgen und danach in einer Gruppendiskussion oder persönlichen Interviews darauf einzugehen.

5.4 Rechenschaftspflicht

Bei der Rechenschaftspflicht geht es um das Wissen und die Möglichkeit, die verschiedenen involvierten Akteure zur Rechenschaft zu ziehen. Ist das Wissen darüber vorhanden, welche Stellen jeweils für was verantwortlich sind? Und falls dem so ist, wissen die Personen auch, welche Mechanismen in Gang gesetzt werden können, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen? Im Interview mit B1 wird auf dieses Wissen Bezug genommen:

I: Aber ist denn auch klar, wer zuständig ist? Jetzt, wer für was zuständig ist?

B1: Vom Forum aus in die Gemeinden?

I: Generell jetzt auch in der UBE, wenn Sie sagen die Gemeinden sind verpflichtet, dann ist schon klar, wer wie in dem Sinn zur Rechenschaft gezogen werden kann?

B1: Das ist genau so, dass dieser Apparat noch nicht so gut funktioniert, oder die Mechanismen. Es wär auf dem Papier schon klar.

Dem Umgang mit der Struktur der UBE und den Möglichkeiten von Veränderungen wird im Interview mit B4 Rechnung getragen:

I: Und jetzt nochmals mit der UBE, wenn dort etwas nicht so läuft wie ihr das Gefühl habt, dass es sollte auch vom Forum aus. Ist es klar wie Strukturen und Abläufe sind, um Veränderungen einzuleiten?

B4: Ja, eigentlich schon. Wir haben das jetzt, was die Kommunikation unter den Foren betrifft, bin ich konkret auf unsere zuständige Projektmanagerin zu und habe das angesprochen. Somit haben wir auch bewegt, dass wieder mal etwas stattfindet.

I: Und dann kann man auch Einfluss nehmen auf das gesamte Partizipationsmodell, auf die Gesamtstruktur?

B4: Könnte man schon. Aber im Moment ist das denke ich nicht nötig, die ist nicht so schlecht.

Das Wissen über die Rechenschaftspflicht beziehungsweise deren Struktur scheint vorhanden zu sein, wie man bei B1 und B4 sieht. Wiederum ist dieses Kriterium in der Theorie bei der Throughput-Legitimität angesiedelt. Aber gleich wie bei der Deliberation kam das Thema erst zur Sprache, als es vom Interviewer nachgefragt wurde. Die InterviewpartnerInnen haben die Rechenschaftspflicht nicht als Kriterium genannt, das für sie persönlich wichtig ist bei ihrem Partizipationsprozess. Als es im Gespräch zur Sprache kam, wurde gesagt, man könne Veränderungen bewirken, man wisse, wer wie zuständig ist. Bei B4 sieht man, dass gewisse Dinge auch verändert werden, wenn die Partizipierenden mit den Prozessen nicht zufrieden sind. Aber Person B4 sagt auch, die Situation im Grossen und Ganzen und man müsse nichts ändern. Das kann bedeuten, dass es für die anderen InterviewpartnerInnen auch stimmt und sie deshalb dazu nichts gesagt haben. Falls doch, wurde oftmals die Verbindung zum Management hervorgehoben, wie das auch B4 macht. Für die Foren ist das Management erster Ansprechpartner. Dies scheint aufgrund der Struktur der UBE auch Sinn zu machen. Wie es mit der Rechenschaftspflicht der Foren nach aussen in den Rest der UBE aussieht, kann nicht abgeschätzt werden. Dazu wurden keine Aussagen gemacht. Man müsste hierzu nicht involvierte Personen in der UBE befragen. Es ist anzunehmen, dass durch Wahlen und Abstimmungen die Tätigkeit der UBE mitbeeinflusst werden kann. So hat es zur Gründung der UBE eine Abstimmung darüber gegeben, ob man ein Biosphärenreservat nach UNESCO Kriterien werden will oder nicht, und Ende November 2013 wurde über eine Statutenänderung abgestimmt. Hierbei können sich alle stimmberechtigten BewohnerInnen der UBE zur UBE selbst äussern. Dazu kommt die Struktur der UBE: Der Gemeindeverband wird durch gewählte Vertreter zusammengesetzt, welche also ihrerseits den StimmbürgerInnen Rechenschaft schulden. Es könnte sein, dass dadurch das Thema der Rechenschaftspflicht für die interviewten Personen weniger Gewicht hat als man es aus der Literatur heraus vermuten würde. Dazu kommt die Tatsache, dass in den Foren grundsätzlich jede interessierte Person mitmachen könnte und viel Information zur Verfügung gestellt würde, wenn jemand das wollte. Demnach kann es sein, dass darum das Thema Rechenschaftspflicht in den Interviews als Legitimitätskriterium nicht zur Geltung kam, ohne vom Interviewer angesprochen zu werden.

5.5 Zielerreichung

Teil des theoretischen Inputs war die Output Legitimität. Darunter fällt das Thema der Ziele und Zielerreichung. Also auch die Umsetzung von Projekten und Plänen aus den Foren oder vom Management. Immer wieder wird in den Interviews auf Ziele oder deren Verwirklichung verwiesen. Es kann aus persönlichem Interesse an zielorientiertem Arbeiten geschehen, wie bei B1:

B1: Ich bin gerne zielorientiert. Wenn ich weiss, ich habe eine Aufgabe, ich will dorthin, dann suche ich mir einen vernünftigen Weg dorthin. Und das ist... viele Leute arbeiten so, und dann gibt es auch Leute, die eben nicht so arbeiten, nur mit Reden...

Es kann auch darum gehen, dass die Ziele die Arbeit anleiten sollen, wie es B2 formuliert:

B2: Weil wir uns nicht regelmässig, also doch drei bis vier Mal im Jahr, aber nicht monatlich sehen, ist es wichtig, dass wir eine Zielsetzung haben, sonst wär es, wär es... man braucht Zielsetzung, sonst kann man gar nicht daran arbeiten, an den verschiedenen Punkten.

Eine weitere Sichtweise auf dieses Thema betrifft die Umsetzung der Pläne. Bei B3 kommt das wie folgt zum Ausdruck:

B3: Es ist nicht die Sache des Forums es umzusetzen. Das wollen wir auch nicht, das wäre nicht die Idee eigentlich.

Was den Output beziehungsweise die Ziele angeht, gibt es bei den Personen B4 und B5 klare Aussagen über deren Gewichtung:

I: Gemeinsame Lösungswege finden. Für das hat die UBE geholfen, das zu bündeln?

B4: Ja ganz sicher.

I: Und es ist auch akzeptiert, immer noch nach 13 Jahren?

B4: Ja sehr. Also es gibt immer Einzelgänger oder Andere, die das anders sehen. Aber das gibt es überall. Ich würde sagen, ein Grossteil ist hier positiv eingestellt. Man sieht auch, dass es etwas bringt.

B5: Es ist immer auch eine Frage des Aufwands. Wie aufwändig ist die Partizipation? Die lohnt sich teilweise, die lohnt sich teilweise auch nicht. Ist immer die Frage, wie sieht das Projekt aus, wie sieht der Prozess aus. Was ist wirksamer, schlussendlich zählt das Resultat.

Die Frage von Zielen und von Output kommt während der Interviews unterschiedlich zum Ausdruck. Erstens auf persönlicher Ebene, wo zielgerichtet gearbeitet wird, aber eben nicht von allen. Dies scheint ein Problem auf personaler Ebene zu sein, was eine Verbindung zur Repräsentation darstellt, da es dort um persönliche Charaktereigenschaften von beteiligten Personen geht. Nebst dem ist es für B1 wichtig, Ziele zu haben, nach welchen man seine Arbeit ausrichten kann. Dasselbe gilt für Person B2, welche meint, eine Zielsetzung sei Bedingung für die Arbeit im Forum, da man sich daran orientiert. Im Kontext der Output-Legitimität besteht nicht sehr grosse Übereinstimmung. Output-Legitimität erhält der Prozess

zum Beispiel, wenn Ziele erreicht werden oder die Institutionen als fähig erachtet werden, um die Ziele zu erreichen. Bei den Zitaten geht es aber um die Wichtigkeit der Ziele für die Arbeit, da sie Ausrichtungspunkte sind. Was das für Ziele sind und ob sie tatsächlich erreicht werden, kommt nicht zum Ausdruck.

Weiter wird die Umsetzung der erarbeiteten Pläne nicht als Sache der Foren angesehen. B3 sagt, die Umsetzung sei nicht ihre Aufgabe. Es geht darum, einen Aktionsplan oder Ähnliches auszuarbeiten, der den Gemeinden der UBE zur Verfügung gestellt wird, und diese sollen sich dann um die Umsetzung kümmern. Das Forum steht als Ansprechpartner zur Verfügung und bietet das notwendige Wissen für gewisse Bereiche. Darauf zugreifen müssen die Gemeinden in den entsprechenden Situationen selbst. Ganz klar Stellung zur Wichtigkeit des Outputs nimmt B5 aus der Managementperspektive. So sagt B5, letztlich zähle das Resultat. Das soll heissen, der Prozess ist nur dann ein Erfolg, wenn man ein angemessenes Endprodukt vorweisen kann. Hier ist der Bezug zur Output-Legitimität der Tabelle 1 gut herzustellen. Zielerreichung ist das zentrale Element und danach wird der Prozess bewertet. In diese Richtung lässt sich die Aussage von B4 interpretieren. Die Einstellung zur UBE wird davon abhängig gemacht, dass man sieht, dass es etwas bringt. Das Resultat der Arbeit ist zufriedenstellend und deshalb ist die UBE und folglich das Partizipationsmodell akzeptiert. Wiederum ist die Legitimität des Prozesses durch den Output bestimmt.

5.6 Einbezug in den Politikzyklus

In einem der Interviews geht es darum, dass die Gemeinden das, was die Foren erarbeiten, zu wenig aufnehmen und umsetzen. So wurde bei einem Vorhaben der Gemeinden etwas nicht nach den Vorstellungen der Beteiligten im Forum geplant und man musste zu einem Zeitpunkt intervenieren, wo die Planung schon weit fortgeschritten war. Das hat dazu geführt, dass viel Aufwand in ein Projekt investiert wurde, welcher danach rückgängig gemacht werden sollte. So wurde gefragt, ob man darauf zu achten habe, wann das Forum im Politikzyklus eingebunden wird. Das heisst, zu welchem Zeitpunkt man die Foren um Mitgestaltung und Mitbestimmung bittet. Dazu B3:

I: Erscheint dir auch wichtig, dass vielleicht die Foren, oder die Stellen, welche Informationen haben, genug früh in den Prozess einbezogen werden?

B3: Ja, wenn es das braucht. Aber, von mir aus gesehen, müsste es nach, ja... jetzt haben wir ein paar Jahre wo wir darüber diskutieren. Und es müsste mehr Früchte tragen. Ich sage nicht, dass es das nicht tut, es tut es schon. Aber von mir aus gesehen müsste das mehr Früchte tragen. Es sollte selbstverständlich sein, dass nachher so eine Gemeinde sagt, wir stehen dafür ein.

Dieses Thema kommt nur bei B3 vor, da es sich nur in dem Interview anbot, danach zu fragen. In der Literatur findet es sich bei Kronsell und Bäckstrand unter Input-Legitimität. Dort

wird die Auffassung vertreten, es komme darauf an, wann im Politikzyklus der Partizipationsprozess überhaupt stattfindet. Das heisst, wann eine Mitwirkung stattfindet. Je früher im Zyklus, desto besser. Denn in früheren Stadien des Politikzyklus lässt sich mehr einbringen und ändern als zu einem späteren Zeitpunkt. Ob man nun im Stadium der Problemdefinition partizipiert oder erst bei der Implementierung, macht einen grossen Unterschied. Das ergibt sich im Gespräch mit B3 auch so. Dort zeigt sich, dass die Foren zum Teil zu wenig in die Planungsprozesse der Gemeinden einbezogen werden, obwohl sie die Ressourcen hätten, den Gemeinden zu helfen. Für B3 ist es unverständlich, weshalb die Gemeinden nicht von sich aus bedenken, dass Wissen in den Foren vorhanden ist und bei der Planung auf sie zukommen. Das habe man schon lange diskutiert und es sollte nun umgesetzt sein. Für B3 ist also der genug frühe Einbezug der Foren wichtig, damit man zu einem späteren Zeitpunkt nicht zu viel rückgängig machen muss, wenn es nicht dem entspricht, was man von den Gemeinden erwartet hätte. Inwieweit dieses Kriterium für Partizipierende wichtig ist, lässt sich wiederum schwierig abschätzen. Zumindest in dem Fall, wo es zur Sprache kam, scheint es jedoch als relevant betrachtet zu werden.

5.7 Partizipation

Auf Managementebene wurde das Thema Partizipation im Interview breit aufgenommen und besprochen. Es ging mitunter allgemein darum, weshalb man überhaupt Partizipation in der UBE hat. Die Ausführungen bieten einen Kontrast zu den oben behandelten Aussagen. Daher sollen diese Bemerkungen hier rezipiert und diskutiert werden. Partizipation wird im Zusammenhang mit dem Verständnis einer nachhaltigen Entwicklung gesehen. Dazu B5:

B5: Immer die Frage, was versteht man unter Partizipation und wie weit geht die, wo fängt sie an. Wenn es um Bevormundung geht, ist das sicher die falsche Optik von Partizipation. Emm ich meine Partizipation ist natürlich für uns in dem Sinn wichtig, weil wir hier ja Modellregion sind für nachhaltiges Leben und Wirtschaften, also Modell für Nachhaltigkeit. Und in dem Sinn, was ist nachhaltige Entwicklung wiederum? Das ist für uns, ein permanenter Such-, Lern- und Gestaltungsprozess. Und wenn man natürlich das so sieht und so auslegt, ist natürlich Partizipation ein Ort, welcher das gut aufnehmen kann. Also eine Basis, ein Ort wo sich das verorten lässt. Von dem her ist Partizipation wichtig. Jetzt ist die Frage, was für eine Partizipation das ist, welche Form ist diese Partizipation.

Des Weiteren wird ausgeführt, warum die Partizipation schon von Anfang an in der UBE zum Tragen kam. Hierfür war die Entstehungsgeschichte von Bedeutung, als mit der Abstimmung über die Rothenthurm-Initiative und dem daraus folgenden Schutz der Moorflächen Unsicherheiten bezüglich der touristischen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten im Entlebuch auftraten. Man konnte dem reinen Schutzgedanken nichts Positives abgewinnen, weshalb dann nach und nach die Idee eines Biosphärenreservats als mögliche

Lösung vorgeschlagen wurde. Doch auch dafür musste man zuerst Überzeugungsarbeit leisten. Die Frage der Partizipation der Bevölkerung beantwortet B5 daher wie folgt:

B5: Weil Nachhaltigkeit kann man nicht verordnen. Das ist ein Trugschluss, wenn man das Gefühl hat, man könnte eine nachhaltige Region daraus machen und sagen, jetzt macht man das einfach. Man macht aus einem Nationalpark eine nachhaltige Region, das ist unrealistisch. Also in dem Sinn, der Prozess im Grunde genommen der Ablehnung, von der starken Ablehnung, vom Hinterfragen auch. Nachher auch selbst die Chance sehen und das vermeintliche Handicap in eine Chance umzuwandeln, und so einen schwierigen Begriff zu realisieren, das bedingt natürlich, dass man mit der Bevölkerung diskutiert. Das ist ohne Bevölkerung nicht möglich, sonst sind wir genau wieder beim top-down Verfahren, wo aus Nationalparks, aus Verzweiflungstaten von Nationalparks, da gibt es etliche Beispiele, wo man gesagt hat, das befriedigt nicht, das lässt sich nicht finanzieren, die Akzeptanz lässt nach etc. Man macht daraus jetzt ein UNESCO Biosphärenreservat, da gibt es so wunderbare Beispiele. Und solche sind wir anschauen gegangen, in der Phase wo wir die Idee hatten. Ich denke jetzt da am Beispiel, eines der näheren ist Berchtesgaden, ein typisches Beispiel, Nationalpark - Biosphärenreservat. Und wir haben dann sofort festgestellt, das lebt ja gar nicht, das ist nicht das wo, man hat dann irgendetwas darübergestülpt, das ist nicht machbar. Und eigentlich von dort her die Überlegung, nein das kann nur funktionieren wenn man die Leute überzeugen kann und nicht nur überzeugen, sondern das Projekt zu ihrem Projekt zu machen. Und das ist die grosse Herausforderung gewesen und das war am Anfang schon.

Das Ziel, die Akzeptanz zu erhalten, war am Anfang das ausschlaggebende Argument für die Partizipation der Bevölkerung in der UBE. Danach hat sich der Fokus von der Akzeptanzfrage hin zur Frage nach der Kooperation und dem Schaffen von Netzwerken, um Wachstum zu erzielen, entwickelt, wie B5 im Gespräch sagt:

B5: Am Anfang haben wir die Akzeptanzgeschichte gebraucht. Das war eine andere Partizipationsfrage. Nämlich, wie kann man die Leute gewinnen, um auf diesen Prozess zu kommen? Wie kann man die Leute gewinnen, die Angst nehmen vor diesem Begriff Biosphärenreservat usw.? Das ist ganz eine andere Aufgabe der Partizipation, als dass jetzt die Partizipation zum Beispiel funktioniert. Weil die erste, die ganze Grundlagenerarbeitung mit der ganzen Informationsgeschichte, die ist heute nicht mehr so im Vordergrund. Muss auch nicht mehr.

Das Ziel, oder zumindest ein Ziel, von Partizipation wird derweil folgendermassen beschrieben:

B5: Der Sinn ist auch eine Art Interessensausgleich zu erzielen. Vielleicht lässt sich Partizipation dort messen, oder ist dann erfolgreich, wenn zumindest teilweise ein Interessensausgleich unter den Beteiligten erreicht werden kann. Das ist immer die Frage, die Grundfrage ist, brauchen die Beteiligten einander überhaupt? Es kann sein, dass das Forum sehr effizient arbeiten kann ohne grosse weitere Partizipation. Hauptsache es kann sich innerhalb der Branche organisieren.

Partizipation hat laut B5 auch eine Kehrseite:

B5: Man muss sich bewusst sein, es ist kein Wundermittel, Partizipation. Auch für eine Regionalentwicklung überhaupt nicht. Man muss sich dem bewusst sein, dass es auch eine Kehrseite gibt. Und die Partizipation auch einen Preis hat, so Netzwerke. Und das ist die geringe Sicherheit, man weiss nicht, ob das Zustandekommt, weil eine grosse Masse mitspricht. Dann ist es eine hochgradige Personenabhängigkeit, wo man sich auch bewusst sein muss. Wenn man das weiss, kann man das entsprechend berücksichtigen. Und dann ist der dritte Punkt, wo ich meine der kritisch ist bei Partizipation oder Netzwerkarbeit, ist die Gefahr der Überkomplexität. Jeder bringt seinen Wunsch und seine Vorstellungen auch noch mit ein. Und das ist schlussendlich so unübersichtlich, so komplex, dass schlussendlich praktisch keine Wirkung mehr erzielt wird. Darum ist Partizipation an sich selbst nicht das alleinige Erfolgsrezept.

Im Vergleich zeigt Person B5 nochmals auf, was ihrer Meinung nach die Vor- und Nachteile von Partizipationsprozessen sind:

B5: Ich muss sagen, in der Situation drin, dass ich einerseits ganz klar weiss, Partizipation hat riesen Vorteile. Ich bringe die Sache relativ schnell auf den Boden, von der Breite her hat das grosse Vorteile, von der Akzeptanz her hat es grosse Vorteile, vom Image her hat es Vorteile. Aber es hat auch seine andere Seite. Wo es dann darum geht um geringe Sicherheit, Personenabhängigkeit, die Gefahr der Überkomplexität.

Zum Schluss wird im Kontext des Themas Partizipation noch auf die Beziehung von Management und Foren eingegangen. Deutlich wird die Idee, dass die Foren Freiraum zur eigenen Gestaltung brauchen:

I: Eben Freiraum ist schon relativ wichtig, dass sie einen Rahmen haben, aber innerhalb dieses Rahmens eigenständig können...?

B5: Genau. Darum bin ich auch überzeugt, es ist, man muss immer aufpassen, wie weit forciert man Partizipation selbst, oder überstrapaziert sie. In dem Sinn, man könnte sagen, man steuert die Kooperation innerhalb der Foren auch noch übers Management. Zum Teil wird es gemacht, zum Teil eben bewusst nicht. Aber wenn man das jetzt machen würde, dann würde man nachher einen riesen Aufwand betreiben, und auf der anderen Seite würde dann irgendwie die Motivation nachlassen, weil sie selbst nicht mehr entscheiden können. Sie müssen selbst bilateral Diskussionen führen können, müssen selbst Ideen entwickeln, neue Produkte entwickeln. Ja ich denke hier braucht es einen grossen Teil von Freiraum.

In diesem Abschnitt geht es um die Inputs von Management-Seite zum Thema Partizipation allgemein. In den Interviewausschnitten finden sich interessante Aussagen über die Partizipation, welche verbunden sind mit dem Thema der Legitimation und Legitimität. Beim ersten Ausschnitt wird Partizipation als Mittel gesehen, um die eigene Idee von nachhaltiger Entwicklung aufzunehmen. Liest man das so, dass ein Ziel, hier nachhaltige Entwicklung, erreicht oder verfolgt werden soll, so kann man Partizipation als Legitimationsprozess sehen.

Dies entspricht den theoretischen Überlegungen von Schliesky. Die Output-Legitimität, wie sie in der Literatur angesprochen wird, wäre somit mittels Partizipation zu erreichen. Denn die Partizipation ermöglicht es im Kontext nachhaltiger Entwicklung, die eigenen Ziele zu verfolgen.

Bei Output-Legitimität findet sich in der Literatur bei Hogl et al. der Punkt der Akzeptanz. Dies findet sich bei B5 im Kontext der Entstehungsgeschichte der UBE wieder. Eine Bedingung, die Idee der UBE umsetzen zu können, war, mit der Bevölkerung zu sprechen und diese zu überzeugen, ein Biosphärenreservat stelle den richtigen Weg dar. Man musste die Leute von Anfang an in das Projekt UBE involvieren, um Akzeptanz dafür zu schaffen, was wiederum ein Legitimitätskriterium darstellt. Akzeptanz zu generieren war nach Person B5 vor allem anfänglich wichtig. Der Sinn von Partizipation hat sich demnach mit der Zeit gewandelt. Die Foren und die darin stattfindende Partizipation dienen nun dem Erzeugen von Netzwerken. Das Ziel der Netzwerkbildung wird durch Partizipation erreicht. Damit kann immer noch Output-Legitimität hergestellt werden. Es soll durch Partizipation zu einem Interessenausgleich kommen, damit die Partizipation auch als erfolgreich eingestuft werden kann. Das bedingt Deliberation, wie es als Throughput-Kriterium in der Literatur vorkommt. Im Interview wird das nicht direkt gesagt, jedoch kann kaum ein Interessenausgleich stattfinden, wenn nicht über die verschiedenen Interessen diskutiert wird. Somit würde Deliberation wieder als Kriterium hineinspielen.

Aus Sicht von Person B5 ist Partizipation ein wichtiger Bestandteil der UBE, sofern man kontextspezifisch schaut, wann es Sinn macht, mehr Beteiligung zu haben und wann weniger. Und wie diese auszusehen hat, vor allem auch, was für ein Ziel sie verfolgen soll, sind zentrale Punkte, zu denen man sich Gedanken machen muss. Zugleich wird darauf hingewiesen, Partizipation habe auch seine Kehrseiten. Es ist kein Wundermittel für die Regionalentwicklung. Das stützen die Aussagen dazu, dass Partizipation kontextabhängig in Erwägung gezogen werden sollte. Man kann nicht alles erreichen mit Partizipation. Zudem sind damit Unsicherheiten verbunden, da verschiedene Akteure im Prozess beteiligt sind und ihre Meinungen und Ansichten kundtun können. Die Frage nach Output stellt sich hier wieder, da man nicht wissen kann, ob ein Ziel denn auch erreicht werden kann. Interessanterweise geht es bei Partizipation ja gerade darum, dass verschiedene Ansichten und Meinungen vertreten werden. Das stellt sich auch im Interview heraus. Hier scheint sich ein Widerspruch aufzutun. Einerseits wird Partizipation als gut und wichtig gesehen, andererseits ist die Partizipation nur dann gut, wenn damit das erwünschte Ziel erreicht wird. Im Nachhinein sieht man dann, ob die Partizipation sinnvoll war oder nicht. Wenn man das erreicht

hat, was man sich erhofft hat, dann war es gut einen partizipativen Prozess zu haben. Falls die Ziele nicht erreicht wurden, so waren zu viele Interessen involviert. Es wäre interessant zu wissen, wie mit diesem Widerspruch genau umgegangen wird.

Im Interview wird von B5 nochmals zusammengefasst, welche Vor- und Nachteile Partizipation hat. Akzeptanz und gutes Image, sowie Breitenwirkung zählen zu den Vorteilen. Die Repräsentation und Akzeptanz bei Input-Legitimität und Output-Legitimität werden auf die eine oder andere Weise bedient. Hingegen ist zu bedenken, dass Unsicherheit und die Gefahr von Überkomplexität bestehen, was auf die Zielerreichung hindeuten mag. Die Frage ob bestimmte Ziele mit Hilfe von Partizipation überhaupt erreicht werden können, wird damit aufgeworfen. Und wie B5 an einem Punkt sagt, sind die Resultate, das was zählt. Zusätzlich wird auf die involvierten Personen verwiesen, wie wir schon unter dem Punkt der Repräsentation gesehen haben. Partizipation funktioniert nur, wenn die richtigen Personen beteiligt sind. Ein Punkt der in der Literatur zu den Kriterien nicht auftaucht. Wer aber definiert, welches die richtigen Personen sind? Ansatzpunkte darüber, welche Charakteristika die involvierten Personen haben sollten, wurden in den Interviews erwähnt. Das können jedoch für jede Person andere Kriterien sein.

Die eigene Rolle des Managements als rahmengebende Einheit in der UBE wurde im Kontext von Freiraum reflektiert. Es wurde gesagt, man müsse vom Management her aufpassen, den Freiraum der Foren nicht zu stark einzuschränken. Zu grosse Vorgaben verringerten irgendwann die Motivation, da die Foren dann nicht mehr autonom agieren können. Es fehle ihnen bei zu starken Vorgaben an Entscheidungsmacht. Dieser Punkt wurde von B5 einige Male erwähnt. Für Partizipation ist es wichtig zu wissen, wie viel Entscheidungsmacht man im Prozess hat. Hier sieht man, dass eine gewisse Entscheidungsfreiheit vorhanden sein sollte. Im theoretischen Framework kommt dieser Aspekt nicht vor. Jedoch ist es für Arnstein von Bedeutung, wie im Theorieabschnitt zu Partizipation erwähnt wurde. Es erscheint nachvollziehbar, dass Personen eher bereit sind, sich an einem Prozess zu beteiligen, in dem sie nachweislich Entscheidungsmacht haben, als an einem Prozess bei dem ihr Input lediglich als Anregung aufgenommen wird aber dieser keine bindenden Konsequenzen hat.

5.8 Gesamtdiskussion

In diesem Abschnitt folgt nun eine Gesamtdiskussion der Resultate, um die gesammelte Information nochmals einzuordnen. Es wurde nach jedem Abschnitt eine Diskussion geführt, damit das Gesagte gleich in den theoretischen Kontext gesetzt werden konnte. Ziel der empirischen Untersuchung war es, die Bewertungskriterien von Partizipation der im Prozess beteiligten Personen herauszufinden. Bewertungskriterien, welche mit Legitimitätskriterien

gleichzusetzen sind. Es wurde versucht, die Resultate nach den theoretischen Kriterien zu ordnen. Das ist in der Analyse im Schritt der Kategorienbildung erfolgt. Die bis anhin geführte Diskussion sollte helfen, die Themenfindung voranzutreiben, wie im Kapitel zur Methode dargelegt wurde.

Aus den Eindrücken der Interviews und den dargelegten Resultaten lassen sich zwei Kategorien ausmachen, welche als besonders wichtig eingestuft wurden: Das betrifft einerseits die Kommunikation und andererseits die involvierten Personen selbst. Wie die Interviewausschnitte zeigen, ist Kommunikation den interviewten Personen insbesondere untereinander und zwischen den Foren und dem Management wichtig. Informationen für die Arbeit zu haben, ist grundsätzlich wichtig, damit man den Auftrag überhaupt erfüllen kann. Diese ist gemäss den Partizipierenden auch vorhanden oder kann am richtigen Ort abgeholt werden. Nach aussen wird von allen Foren und der UBE allgemein unterschiedlich oft kommuniziert. Auffällig ist dabei, dass mehr von den nicht direkt involvierten Akteuren erwartet wird. Die Gemeindevertreter sind zwar Teil des Organigramms der UBE, jedoch ist sie nicht ihre tägliche Arbeit. Dies trifft auch auf die Beteiligten in den Foren zu, aber sie erwarten dennoch, dass ihre Arbeit stärker von den Gemeinden beachtet wird. Das wird auch vom Rest der Bevölkerung erwartet. Denn nur Transparenz als Selbstzweck herzustellen scheint einen unnötigen Aufwand zu bedeuten. Hier müsste man ansetzen und die Bevölkerung und Gemeindevertreter befragen, inwieweit die Informationen, welche sie erhalten, genügen, und ob sie diese tatsächlich gebrauchen.

Engagement ist wichtig für all jene, die am Prozess teilnehmen. Im Gegensatz zu den theoretischen Kriterien, die ausgearbeitet wurden, wird von den interviewten Personen immer wieder erwähnt, wie wichtig die mitwirkenden Personen selbst seien. Der Prozess steht und fällt mit dem Engagement und der Bereitschaft der Teilnehmenden. Diese Ebene fehlt in der Literatur zu environmental governance und den daraus generierten Legitimitätskriterien. Es scheint, ein Prozess werde nur dann als erfolgreich und legitim betrachtet, wenn die Personen, die daran beteiligt sind, ein Interesse daran haben, etwas zu bewirken. Dryzek hat geschrieben, im Kontext der deliberativen Demokratie müsse die Möglichkeit zur Partizipation an deliberativen Prozessen gegeben sein, diese müsse dann aber auch verweigert werden können. Dem widersprechen die Aussagen der interviewten Personen zu einem gewissen Grade. Natürlich können auch sie nicht verhindern, dass gewisse Akteure sich weigern zu partizipieren oder sich im Prozess auf Deliberation einzulassen. Kommt dies aber in dem Ausmass vor, dass es eine Hinderung der Arbeit darstellt, so verliert der Prozess seine Legitimität. Die Arbeit wird dann als Aufwand ohne Ertrag betrachtet. Dieser Überlegung sollte mehr Beachtung geschenkt werden. Das heisst, sie sollte bei der Planung von Partizipationsprozessen nicht vergessen werden. Es ist anzunehmen, dass auf einer anderen theore-

tischen Ebene, auf der es auch um Machtfragen innerhalb deliberativer Prozesse geht, dieser Aspekt mehr Gewichtung erfährt. Es erscheint sinnvoll, diese Arbeit mit so einem Kontext zu verbinden.

Was zusätzlich auffällt, ist wie wenig zu den Zielen, also dem Output, gesagt wurde. Es wurde zwar angesprochen und von einigen Seiten wurde die Zielerreichung, die Resultate als das Eigentliche des Prozesses genannt. Insgesamt wurde aber erwartet, dass der Fokus der Bewertung stärker auf Zielerreichung und Implementierung liegen würde. In der Studie von Blackstock et al. (2012: 121), die in der Einleitung erwähnt wurde, lag der Fokus der „internen“ Kriterien, welche die Partizipierenden als wichtig erachteten, sehr stark auf Zielerreichung und Implementierung. Über die Gründe, weshalb das in den hier geführten Interviews weniger zur Sprache kam, lässt sich nur spekulieren. Es kann sein, dass es im Kontext der UBE keine ganz klar formulierten Ziele gibt, die erreicht werden sollten. Das Projekt UNESCO Biosphäre Entlebuch läuft offiziell seit über zwölf Jahren und wird, zumindest von Management-Seite her, auch als kontinuierlich weiterzuverfolgender Prozess gesehen. Damit rücken Ziele auf der Ebene der UBE in den Hintergrund und kommen dann zum Tragen, wenn in den Foren spezifische Probleme oder Projekte angegangen werden. Dort ist die Zielerreichung sicherlich wichtig und ein Legitimitätskriterium. Vielleicht liegt es auch am guten Rahmen den die UBE vorgibt, um das zu erreichen, was sich die Partizipierenden von der Arbeit in der UBE erhoffen. Es ist anzunehmen, dass Anforderungen, die als erfüllt betrachtet werden, weniger Erwähnung finden als solche, die problematisch verlaufen. Dies war selbst der Fall, wenn spezifisch danach gefragt wurde, was denn gut läuft. Zudem kann davon ausgegangen werden, die beteiligten Personen würden nicht mitwirken, wenn sie nichts davon hätten, also ihre Ziele nicht erreichen würden.

Nebst der Zielerreichung, welche weniger Erwähnung fand als erwartet, gab es Aspekte, die nur auf Nachfragen des Interviewers ins Gespräch aufgenommen wurden. So zum Beispiel die Repräsentation relevanter Akteure oder Interessen und die Deliberation, wie sie in der Theorie beschrieben werden. Diese Legitimitätskriterien wurden auf Nachfragen als wichtig bewertet. Ob es sich um Selbstverständlichkeiten handelt, dass die relevanten Interessen vertreten sein müssen und es Deliberation braucht, oder ob mit den Aussagen eine erwünschte Antwort gegeben wurde, kann nicht beurteilt werden. Insbesondere deren Gewichtung ist mit Vorsicht zu genießen, da die InterviewpartnerInnen vielmals die Kriterien nicht nach ihrer Wichtigkeit eingeordnet haben. Erst durch Nachhaken des Interviewers, ob etwas als wichtig erachtet wird, wurde darauf eingegangen. Ohne Nachhaken hätte man gar keine Antwort erhalten.

Hinzu kommen gewisse Kriterien aus dem theoretischen Framework von Tabelle 1, die keine Erwähnung fanden und vom Interviewer nicht abgefragt wurden. Dazu gehört das soziale

Lernen, das bei Meadowcroft als Kriterium definiert wird. Partizipationsprozesse müssen soziales Lernen ermöglichen. Schon vor der Durchführung der Interviews schien dieser Punkt eher ein theoretisches Anliegen darzustellen. Was das für die Praxis genau bedeuten soll und wie soziales Lernen aussieht und gemessen werden könnte, ist schwierig zu sagen. Das gemeinsame Durchlaufen eines Prozesses, um die Region Entlebuch in eine nachhaltige Richtung zu entwickeln, wird von der UBE erwartet und könnte als einziger Punkt dem Aspekt des sozialen Lernens untergeordnet werden.

Auch die Unterscheidung, welche bei der Output-Legitimität vorkommt, konnte nicht direkt abgefragt werden. Es ging generell um Zielerreichung, egal ob es sich um institutionelle Zielerreichung, Policy-Zielerreichung oder Umwelt-Zielerreichung handelte. Diese wurde nicht so genau spezifiziert. Hier wird wieder die Überlegung gemacht, ob die UBE als Gesamtstruktur zu gross ist, um so spezifisch zu denken. Hauptsächlich wurde lediglich von Zielen oder Resultaten gesprochen, ohne genau zu sagen, wie diese aussehen. Auf andere Fallbeispiele könnte man die Unterscheidung vielleicht besser anwenden. Der Rahmen, den die UBE und ihr Partizipationsmodell vorgeben, hat sicherlich einen Einfluss auf die Bewertung desselben. Es ist kaum eine neue Erkenntnis zu sagen, Partizipation habe je nach Kontext anders auszusehen beziehungsweise laufe anders ab. Die Partizipation, wie sie in der UBE stattfindet, schafft einen gewissen Rahmen, der den Blick auf Partizipation bestimmt. Die Kriterien aus der Theorie sind allgemein gehalten und sollten für alle Partizipationsprozesse im Kontext nachhaltiger Entwicklung Anwendung finden können. Betrachtet man die Kriterien, welche von den Beteiligten eingebracht wurden, sieht man, dass alle, mit Ausnahme des Fokus auf die individuellen Persönlichkeiten im Prozess selbst, dem Schema und vor allem den Kriterien von Input-, Throughput- und Output-Legitimität auf die eine oder andere Weise zugeordnet werden können. Dies kann als Bestätigung gesehen werden, dass die Orientierung an den theoretisch generierten Kriterien zu einem guten Prozess führen sollte. Wie Blackstock et al. (2012: 121) schreiben, kann es sein, dass gewisse theoretische Kriterien von den Partizipierenden als weniger wichtig betrachtet werden, diese aber dennoch notwendig sind, um prozeduralen Überlegungen gerecht zu werden. Es gilt also beide Sichtweisen einzubeziehen.

Zuletzt soll noch auf den Unterschied zwischen den Aussagen auf Ebene der Foren und jenen auf Ebene des Managements eingegangen werden. Im Interview mit der Vertretung des Managements fällt der Gesprächsverlauf auf einer anderen Ebene auf. Das Thema Partizipation wurde reflektiert im Kontext der UBE diskutiert. Dies geschah viel weniger in Bezug auf die Arbeit selbst, als generell auf das Thema nachhaltige Entwicklung und Partizipation hin. Deshalb wurde die Partizipation in einem eigenen Kapitel behandelt. Die Reflexion darüber, warum man Partizipation macht, was Partizipation sein soll und wie sie aussehen

könnte, wurde im Interview vertieft ausgeführt, dies im Gegensatz zu den Interviews mit den Beteiligten in den Foren. Dort wurde das Gespräch von Anfang an auf Ebene der Arbeit in den Foren geführt, was wohl dem Leitfaden geschuldet war. Das war jedoch gewünscht, damit eine Bewertung der Partizipation in den Foren selbst, im Kontext der UBE, gemacht wurde. Trotzdem liess sich ein Unterschied feststellen, der in einer breiteren Untersuchung interessant zu verfolgen wäre. Natürlich sind die Aussagen des Managements kontextspezifisch zu sehen. Das Organigramm der UBE ist so ausgerichtet, dass das Management eine andere Funktion einnimmt als die Foren tun. Da scheint es normal, dass die Überlegungen zu Partizipation und wie sie bewertet wird in eine andere Richtung gehen, abhängig von der Ebene, auf der man sich befindet.

6. Methodische Reflexion

Mit der methodischen Reflexion soll der empirische Prozess der vorliegenden Arbeit reflektiert werden. Ziel ist, Schwierigkeiten und Probleme aufzuzeigen, um dann in Kapitel 7 Vorschläge für weitere Arbeiten zu machen, welche sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Zudem soll über die Reichweite der Resultate gesprochen werden.

Der empirische Teil dieser Arbeit umfasst fünf Interviews mit Akteuren der UNESCO Biosphäre Entlebuch. Es wurden Interviews geführt, weil es darum ging, die Meinungen der involvierten Akteure herauszufinden. Dazu schien es wichtig, möglichst ohne Kriterien vorzugeben, auf „interne“ Bewertungskriterien von Partizipation zu kommen. Um diese Bewertungen zu erhalten, wurde in den Interviews danach gefragt, wie zufrieden die Personen mit der Arbeit in den Foren, in der UBE oder allgemein mit der Struktur der UBE sind. Gewisse Bewertungspunkte wurden aufgeworfen, wie bei den Resultaten ersichtlich ist. Es war jedoch schwierig über die kognitive Ebene hinaus, eine evaluative Komponente zu erhalten. Die interviewten Personen erwähnten zwar Aspekte, welche gut oder nicht so gut verlaufen, wie wichtig gewisse Punkte aber dann tatsächlich für sie sind, wurde oftmals nicht erwähnt. Es musste nachgefragt werden. Dies galt auch für Kriterien, welche in der Literatur vorhanden sind, aber im Interview nicht genannt wurden. Über das nicht Erwähnte kann man keine eindeutigen Aussagen machen. Um überhaupt Aussagen zum Theorierahmen machen zu können, mussten die fehlenden Kriterien vom Interviewer teilweise selbst aufgeworfen werden. Das bedingte gewisses Fingerspitzengefühl, um nicht Begriffe zu verwenden, die unverständlich klingen, und um möglichst nicht den Anschein zu erwecken, gewisse Aspekte würden als wichtig erachtet, welche die interviewten Personen doch auch als Bewertungskriterium sehen müssten. Bei den Resultaten und der Diskussion sieht man aber, dass dies eher schwierig war. In den Bereichen, wo der Interviewer einen bestimmten Punkt angesprochen hat, wie zum Beispiel die Deliberation, wurde dieser oftmals als wichtig eingestuft, ohne dass viel mehr dazu zu sagen war. Hinzu kam, dass der Interviewer den Redefluss nicht zu stark unterbrechen wollte. Deshalb hat sich das Interview manchmal von einem Thema zum nächsten verschoben und gewisse Punkte gingen dabei unter. Das hat dazu geführt, dass in der Diskussion zu gewissen Aspekten keine klaren Aussagen möglich waren, da keine klaren Antworten beziehungsweise Bewertungen oder Meinungen von den interviewten Personen gemacht wurden.

Es wurden insgesamt fünf Interviews geführt. Man hat folglich fünf Meinungen zu einem Projekt, das theoretisch knapp 17'000 Personen betrifft. Tatsächlich ist in der UBE nur ein Bruchteil dieser Personen aktiv involviert, es kann mit diesen fünf Interviews dennoch kei-

nesfalls behauptet werden, eine repräsentative Studie vorlegen zu können. Die Resultate sind nicht generalisierbar. Es sind Einzelmeinungen und sollten auch als solche angesehen werden. Trotzdem lassen die Erkenntnisse Schlussfolgerungen zu. Es ging darum, die subjektive Meinung der Beteiligten herauszufinden. Man muss die Resultate also auch als subjektive Meinungen betrachten. Ziel war nicht irgendeine Art von Objektivität, sondern explizit Subjektivität. Geht man von einem konstruktivistischen Bild aus, so kann man soziale Tatbestände nicht generalisieren, da soziales Wissen nur in einem sozialen und historischen Kontext verstanden werden kann. Die Frage ist somit nicht jene von Generalisierbarkeit, sondern ob die Interviewaussagen auf ähnliche Fälle zutreffen mögen. (Kvale 2007: 126) Dort erhalten sie ihre Relevanz. Kvale (2007: 127) nennt die Möglichkeit von analytischer Generalisierbarkeit, um einen Vergleich herstellen zu können. Es geht um die Argumentation, weshalb die erhaltenen Resultate für andere Fälle relevant sein könnten. Dabei hilft es, auf bestehende, vergleichbare Studien zurückgreifen zu können. Ähnliche Resultate bestärken die Erkenntnisse, die man selbst gewonnen hat. Im Falle dieser Arbeit wurde im Theorieteil auf bestehende Literatur zurückgegriffen. Die theoretischen Kategorien werden in verschiedenen Studien für die Bewertung von Partizipationsprozessen verwendet. Zur Frage nach den „internen“ Kriterien gibt es jedoch erst wenige vergleichbare Studien. Die vorliegende Arbeit soll daher als Basis für weitere Untersuchungen dienen.

7. Ausblick

Aufgrund der methodischen Reflexion soll hier ein Ausblick auf Forschungsdesiderata geworfen werden. Da die Literatur zum Thema der „internen“ und „externen“ Bewertungskriterien von Partizipation spärlich ist, ist mehr Forschung in diesem Bereich wünschenswert. Grundsätzlich sind Interviews am besten geeignet, um die persönlichen Einstellungen und Meinungen ohne Beeinflussung zu erfahren. Semi-standardisierte Interviews, wie im Methodenteil diskutiert, haben den Vorteil, dass die interviewten Personen auf eine relativ offene Frage ihre Meinung kundtun können. Im Gegensatz zu einem Fragebogen können Aussagen vom Interviewer hinterfragt werden. Es können Erklärungen und weitere Ausführungen verlangt werden, falls eine Antwort nicht klar ist. Zudem werden keine Antwortkategorien vorgegeben. Um in einem Fragebogen Bewertungskriterien abzufragen, müsste man sie vorgeben. Dies sollte in dieser Fallstudie vermieden werden. Es war schwierig von der kognitiven Ebene auf die evaluative Ebene zu kommen, auf der die Bewertungskriterien selbst bewertet wurden. Mit mehr Zeit und Interviews hätten der Leitfaden und die Interviewführung angepasst werden können, damit mehr evaluative Aussagen zu den Bewertungskriterien vorgekommen wären. Interessant wäre zu sehen, ob in anderen Projekten ähnliche Antworten gegeben würden. Hätte man nach mehreren Untersuchungen mit Interviews eine Liste sich gleichender Bewertungskriterien, liesse sich ein Fragebogen erstellen, der diese Kriterien abfragt. Nebst qualitativen Aussagen hätte man dann auch quantifizierbare Daten. Es wäre spannend, eine „mixed methods“ Studie zu machen, bei der man anfänglich durch Interviews die „internen“ Kriterien generiert, mit denen man anschliessend einen Fragebogen erstellen kann. Mit diesem könnte man danach eine grosse Anzahl Personen befragen.

Zusätzlich wäre eine Gruppendiskussion über das Thema der Bewertung interessant. Die Situation in einer Gruppe würde wohl andere Resultate generieren als das in persönlichen Interviews der Fall ist. Aspekte zu Gruppendynamiken müssten dabei beachtet werden. Würden nebenbei Interviews geführt, könnte man interessante Einsichten über Bewertungen erhalten. Hierfür wäre es hilfreich, wenn man von Anfang an in einem Prozess mitarbeiten könnte. In dieser Arbeit existierte das Fallbeispiel schon viele Jahre. Der Prozess innerhalb der UBE hat sich über die Zeit gewandelt. Über den Aufbau der Foren und wie die Partizipation funktioniert, musste man sich auf Informationen aus Artikeln und aus den Gesprächen mit den Akteuren der UBE verlassen. Um ein besseres Bild von der Situation zu erhalten, wäre es wünschenswert, schon bei der Planung eines Prozesses Einsicht zu erhalten. Dazu gehört auch die Teilnahme an der Partizipation, entweder als Beobachter oder sogar als Teilnehmer. Es ist zu wünschen, dass man diesen Ansatz zukünftig verfolgt, womit zusätzliche Informationen und Erkenntnisse ermöglicht würden.

8. Schluss

In dieser Arbeit wurde der Frage nachgegangen, wie sich die Bewertungskriterien für Partizipation im Kontext nachhaltiger Entwicklung aus der Theorie von jenen, welche Beteiligte Personen selbst anwenden, unterscheiden. Partizipation spielt in Theorie und Praxis seit den 1990er-Jahren und der UNCED Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio 1992 eine wichtige Rolle. Im Kontext von Governance, der politischen Steuerung in Netzwerken auf ein bestimmtes Ziel hin, wird Partizipation als Mittel zur Erhöhung von Akzeptanz und Legitimität von Entscheidungen gesehen. In der Literatur zu environmental governance hat sich gezeigt, dass Partizipationsprozesse nach ihrer Legitimität beurteilt werden können. Dazu greift man auf die Unterscheidung von Input-, Throughput- und Output-Legitimität aus der Demokratietheorie zurück. Input bezeichnet dabei das, was vor dem Prozess geschieht und in ihn hineingebracht wird, wie zum Beispiel die Frage nach Zugang zu Information oder welche Akteure im Prozess repräsentiert sind. Throughput behandelt den Prozessvorgang selbst. Was geschieht während eines Projekts, wenn die Partizipation läuft. Relevant ist, dass Deliberation stattfindet, dass Rechenschaftsmechanismen vorhanden sind oder dass transparent gemacht wird, was im Prozess vor sich geht. Zuletzt geht es beim Output um die Resultate, welche erzielt werden. Das heisst, inwieweit die Partizipation fähig ist, gewisse Ziele zu erreichen. Kommt es nicht dazu, dass akzeptierte Resultate generiert werden, so wird der Prozess nicht als legitim betrachtet. In dieses Schema wurden Bewertungskriterien eingefügt, nach welchen man die Partizipation untersuchen kann. Es wird angenommen, dass die Erfüllung der Kriterien dazu führt, dass ein Prozess als legitim betrachtet wird. Dieser Schritt stellte die Ausarbeitung von externen Kriterien für die Bewertung von Partizipation dar.

Mit Hilfe von Interviews sollte anhand einer Fallstudie die Frage nach den internen Kriterien beantwortet werden. Auf Basis der Operationalisierung der Kriterien aus der Literatur wurde ein Fragebogen erstellt, mit dem Partizipierende der UNESCO Biosphäre Entlebuch nach ihren Bewertungskriterien befragt werden konnten. Die UBE wurde deshalb ausgewählt, weil ihr Ziel ausdrücklich die Verfolgung einer nachhaltigen Entwicklung ist. Zudem spielt seit dem Beginn der UBE das Kooperationsmodell eine wichtige Rolle. Dabei wird interessierten Personen aus der Bevölkerung der UBE die Möglichkeit geboten, sich in Foren zu organisieren und sich für die nachhaltige Entwicklung des Entlebuchs zu engagieren. Auf dieser Ebene wurde angesetzt und es wurden vier Interviews mit beteiligten Personen geführt. Zudem gab es ein Interview mit einer Vertretung des Managements der UBE, welche vorwiegend für die operative Tätigkeit der UBE zuständig ist. Die Foren sind auf die Unterstützung des Managements angewiesen und arbeiten vielfach in Kooperation mit ihm. Deshalb konnte

das Interview auf der Ebene des Managements eine andere, relevante Sichtweise über die Partizipation in der UBE liefern. Um die Bewertungskriterien aus Sicht der Partizipierenden zu erhalten, wurden offene Fragen zu ihrer Tätigkeit in der UBE und zu ihrer Zufriedenheit mit der Arbeit gestellt. Insbesondere von der Frage zur Zufriedenheit wurde erwartet, dass Kriterien für die Bewertung generiert werden können. Es sollte herausgefunden werden, was gut läuft und was nicht. Die Nennung von Punkten gab Aufschluss darüber, welche Aspekte von Partizipation wichtig sind. Zum Schluss wurden Kriterien aus der Theorie abgefragt, welche im Interview selbst nicht zur Sprache kamen. Hier hat sich gezeigt, dass es schwierig ist Bewertungskriterien zu erhalten, ohne dass man Punkte aus der Theorie selbst anspricht. Die wichtigsten Aspekte wie die Kommunikation und die involvierten Persönlichkeiten hat man ohne Nachfragen erhalten. Andere Kriterien wurden gar nicht erwähnt, weshalb nachgehakt werden musste. Das bedeutete aber, dass man den interviewten Personen suggeriert, dass diese Punkte von Interesse sind, und darum nicht genau sagen kann, ob ihre Antworten und die Gewichtung der jeweiligen Kriterien ihrer tatsächlichen Meinung entsprachen. Die evaluative Komponente, das heisst, wie die Partizipierenden die Kriterien gewichten, war zusätzlich bei vielen Antworten schwierig auszumachen.

Obwohl sich die Resultate dieser Arbeit nicht generalisieren lassen, kann doch festgehalten werden, dass das theoretische Framework einen guten Rahmen zur Untersuchung von Partizipationsprozessen bietet. Die in den Interviews gefundenen Kriterien lassen sich fast alle samt zu einem Kriterium in der Tabelle zuordnen. Mit der Unterscheidung von Input-, Throughput- und Output-Legitimität umfasst man alle relevanten Punkte, die bei einem Prozess aufkommen können. Es gab kein Interview, bei dem der Interviewende das Gefühl hatte, dass das Gesagte nicht auf das Framework anwendbar sei beziehungsweise das Framework auf das Gesagte. Somit lässt sich sagen, dass die theoretische Grundlage zur Bewertung von Partizipationsprozessen geeignet ist. Je nach Kontext können sich einzelne Kriterien unterscheiden. Auch dass gewisse Punkte von den Beteiligten nicht als wichtig betrachtet wurden, bedeutet nicht, dass diese nicht relevant sind. Man kann sagen, dass bei der Gestaltung von Partizipationsarrangements die Sicht der Partizipierenden nicht vergessen gehen darf. Dennoch sollte man gewisse Kriterien aus der Theorie beachten, auch wenn sie nicht zu den „internen“ Kriterien gehören.

Um mehr über diese Diskrepanz aussagen zu können, müsste in diesem Bereich mehr geforscht werden. So soll hier die Forderung gestellt werden, dass im Bereich von Partizipation im Kontext von nachhaltiger Entwicklung ein Augenmerk auf diese Überlegungen geworfen wird. Die Literatur zu diesem Thema ist eher bescheiden. Es gibt also ein grosses Potenzial, hier anzusetzen und die bereits geleistete Vorarbeit fortzusetzen. Für die Wissenschaft, für Partizipationsprozesse und alle involvierten Akteure kann dies nur einen Gewinn bedeuten.

Literaturverzeichnis

- Adger, N.W.; Brown, K.; Fairbrass, J.; Jordan, A.; Paavola, J.; Rosendo, S. und Seyfang, G. (2003): „Governance for sustainability: towards a ‘thick’ analysis of environmental decisionmaking“, in: *Environment and Planning A*, 35, 6, 1095-1110.
- Arnstein, S.R. (1969): „A Ladder of Citizen Participation“, in: *Journal of the American Institute of Planners*, 35, 4, 216-224.
- Bäckstrand, K. (2006): „Democratizing Global Environmental Governance? Stakeholder Democracy after the World Summit on Sustainable Development“, in: *European Journal of International Relations*, 12, 4, 467-498.
- Bäckstrand, K.; Khan, J.; Kronsell, A. und Lövbrand, E. (2010): „The promise of new modes of environmental governance“, in: Bäckstrand, K.; Khan, J.; Kronsell, A. und Lövbrand, E. (Hrsg.): *Environmental Politics and Deliberative Democracy. Examining the Promise of New Modes of Governance*. Cheltenham: Edward Elgar, 3-27.
- Bekkers, V.; Dijkstra, G.; Edwards, A. und Fenger, M. (2007): „Governance and the Democratic Deficit: Introduction“, in: Bekkers, V.; Dijkstra, G.; Edwards, A. und Fenger, M. (Hrsg.): *Governance and the Democratic Deficit. Assessing the Democratic Legitimacy of Governance Practices*. Aldershot: Ashgate Publishing, 3-11.
- Bekkers, V. und Edwards, A. (2007): „Legitimacy and Democracy: A Conceptual Framework for Assessing Governance Practices“, in: Bekkers, V.; Dijkstra, G.; Edwards, A. und Fenger, M. (Hrsg.): *Governance and the Democratic Deficit. Assessing the Democratic Legitimacy of Governance Practices*. Aldershot: Ashgate Publishing, 35-60.
- Benz, A.; Lütz, S.; Schimank, U. und Simonis, G. (2007): „Einleitung“, in: Benz, A.; Lütz, S.; Schimank, U. und Simonis, G. (Hrsg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-25.
- Bernstein, S. und Cashore, B. (2007): „Can non-state global governance be legitimate? An analytical framework“, in: *Regulation & Governance*, 1, 4, 347-371.
- Bevir, M. (2011): „Governance as Theory, Practice, and Dilemma“, in: Bevir, M. (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Governance*. New Delhi: SAGE Publications, 1-16.
- Bingham, L.B. (2011): „Collaborative Governance“, in: Bevir, M. (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Governance*. New Delhi: SAGE Publications, 386-401.
- Black, J. (2008): „Constructing and contesting legitimacy and accountability in polycentric regulatory regimes“, in: *Regulation & Governance*, 2, 2, 137-164.
- Blackstock, K.L.; Waylen, K.A.; Dunglinson, J. und Marshall, K.M. (2012): „Linking process to outcomes – Internal and external criteria for stakeholder involvement in River Basin Management Planning“, in: *Ecological Economics*, 77, 113-122.
- Blatter, J. (2007): „Demokratie und Legitimation“, in: Benz, A.; Lütz, S.; Schimank, U. und Simonis, G. (Hrsg.): *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 271-284.

- Bodansky, D. (1999): „The Legitimacy of International Governance: A Coming Challenge for International Environmental Law?“, in: *The American Journal of International Law*, 93, 3, 596-624.
- Buchy, M. und Hoverman, S. (2000): „Understanding public participation in forest planning: a review“, in: *Forest Policy and Economics*, 1, 1, 15-25.
- Burger, P. und Christen, M. (2011): „Towards a capability approach of sustainability“, in: *Journal of Cleaner Production*, 19, 8, 787-795.
- Coch, T. (2008): „Die Unesco-Biosphäre Entlebuch und ihre Nachhaltigkeitsstrategie“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen*, 159, 7, 191-197.
- Cohen, J. (1997): „Deliberation and Democratic Legitimacy“, in: Bohman, J. und Rehg, W. (Hrsg.): *Deliberative Democracy. Essays on Reason and Politics*. Cambridge MA: The MIT Press, 67-91.
- Considine, M. und Afzal, K.A. (2011): „Legitimacy“, in: Bevir, M. (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Governance*. New Delhi: SAGE Publications, 369-385.
- Costanza, R.; Andrade, F.; Antunes, P.; van den Belt, M.; Boersma, D.; Boesch, D.F.; Catarino, F.; Hanna, S.; Limburg, K.; Low, B.; Molitor, M.; Pereira, J.G.; Rayner, S.; Santos, R.; Wilson, J. und Young, M. (1998): „Principles for Sustainable Governance of the Oceans“, in: *Science*, 281, 5374, 198-199.
- Dryzek, J.S. (1990): *Discursive Democracy. Politics, Policy, and Political Science*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Dryzek, J.S. (2000): *Deliberative Democracy and Beyond. Liberals, Critics, Contestations*. Oxford: Oxford University Press.
- Erdmann, K.-H. (1996): „Erhaltung pflanzen- und tiergenetischer Ressourcen in Biosphärenreservaten: Ziele, Aufgaben und Konzepte“, in: Begemann, F. und Vögel, R. (Hrsg.): *In-situ-Erhaltung pflanzengenetischer Ressourcen in der Bundesrepublik Deutschland am natürlichen Standort und on farm*. Alfter-Witterschlick: Druckerei Schwarzbold, 10-27.
- Fenger, M. und Bekkers, V. (2007): „The Governance Concept in Public Administration“, in: Bekkers, V.; Dijkstra, G.; Edwards, A. und Fenger, M. (Hrsg.): *Governance and the Democratic Deficit. Assessing the Democratic Legitimacy of Governance Practices*. Aldershot: Ashgate Publishing, 13-33.
- Fiorino, D.J. (1990): „Citizen Participation and Environmental Risk: A Survey of Institutional Mechanisms“, in: *Science, Technology, & Human Values*, 15, 2, 226-243.
- Froschauer, U. und Lueger, M. (2003): *Das qualitative Interview. Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme*. Wien: WUV-Universitätsverlag.
- Green, J.; Willis, K.; Hughes, E.; Small, R.; Welch, N.; Gibbs, L. und Daly, J. (2007): „Generating best evidence from qualitative research: the role of data analysis“, in: *Australian and New Zealand Journal of Public Health*, 31, 6, 545-550.
- Helfferrich, C. (2009): *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Hogl, K.; Kvarda, E.; Nordbeck, R. und Pregernig, M. (2012): „Legitimacy and effectiveness of environmental governance – concepts and perspectives“, in: Hogl, K.; Kvarda, E.; Nordbeck, R. und Pregernig, M. (Hrsg.): *Environmental Governance. The Challenge of Legitimacy and Effectiveness*. Cheltenham: Edward Elgar, 1-26.
- Hopf, C. (2000): „Qualitative Interviews – ein Überblick“, in: Flick, U.; van Kardorff, E. und Steinke, I. (Hrsg.): *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 349-360.
- Jordan, A. (2008): „The governance of sustainable development: taking stock and looking forwards“, in: *Environment and Planning C: Government and Policy*, 26, 1, 17-33.
- Kemp, R.; Parto, S. und Gibson, R.B. (2005): „Governance for sustainable development: moving from theory to practice“, in: *International Journal of Sustainable Development*, 8, 1/2, 12-30.
- Kopfmüller, J. (2006): „Das integrative Konzept nachhaltiger Entwicklung: Motivation, Architektur, Perspektiven“, in: Kopfmüller, J. (Hrsg.): *Ein Konzept auf dem Prüfstand. Das integrative Nachhaltigkeitskonzept in der Forschungspraxis*. Berlin: edition sigma, 23-37.
- Kronsell, A. und Bäckstrand, K. (2010): „Rationalities and forms of governance: a framework for analysing the legitimacy of new modes of governance“, in: Bäckstrand, K.; Khan, J.; Kronsell, A. und Lövbrand, E. (Hrsg.): *Environmental Politics and Deliberative Democracy. Examining the Promise of New Modes of Governance*. Cheltenham: Edward Elgar, 28-46.
- Küpçü, M.F. (2005): „Society: Participation and Engagement“, in: Ayre, G. und Callway, R. (Hrsg.): *Governance for Sustainable Development. A Foundation for the Future*. London: Earthscan, 90-107.
- Kvale, S. (2007): *Doing Interviews*. London: SAGE Publications.
- Lafferty, W.M. (2004): „Introduction: form and function in governance for sustainable development“, in: Lafferty, W.M. (Hrsg.): *Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function*. Cheltenham: Edward Elgar, 1-31.
- LUSTAT (2014): *Mittlere und ständige Wohnbevölkerung seit 1981*. URL: http://www2.lustat.ch/download/lustat_new/arlu/07/w012_010t_arlu07_zz_d_0000_001_008.html [Stand: 07.01.14].
- Mayring, P. (2003): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. Auflage*. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- McLaverly, P. (2011): „Participation“, in: Bevir, M. (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Governance*. New Delhi: SAGE Publications, 402-418.
- Meadowcroft, J. (2004): „Participation and sustainable development: modes of citizen, community and organisational involvement“, in: Lafferty, W.M. (Hrsg.): *Governance for Sustainable Development. The Challenge of Adapting Form to Function*. Cheltenham: Edward Elgar, 162-190.
- Meadowcroft, J.; Farrell, K.N. und Spangenberg, J. (2005): „Developing a framework for sustainability governance in the European Union“, in: *International Journal of Sustainable Development*, 8, 1/2, 3-11.

- Meadowcroft, J.; Langhelle, O. und Ruud, A. (2012): „Governance, democracy and sustainable development: moving beyond the impasse“, in: Meadowcroft, J.; Langhelle, O. und Ruud, A. (Hrsg.): *Governance, Democracy and Sustainable Development. Moving beyond the Impasse*. Cheltenham: Edward Elgar, 1-13.
- Newig, J. (2011): „Partizipation und neue Formen der Governance“, in: Groß, M. (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 485-502.
- Newig, J.; Kuhn, K. und Heinrichs, H. (2011): „Nachhaltige Entwicklung durch gesellschaftliche Partizipation und Kooperation? – eine kritische Revision zentraler Theorien und Konzepte“, in: Heinrichs, H.; Kuhn, K. und Newig, J. (Hrsg.): *Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 27-45.
- Oels, A. (2003): *Evaluating stakeholder participation in the transition to sustainable development. Methodology, case studies, policy implications*. Münster: Lit Verlag.
- Pellizzoni, L. (2001): „The myth of the best argument: power, deliberation and reason“, in: *The British Journal of Sociology*, 52, 1, 59-86.
- Rauschmayer, F. und Wittmer, H. (2006): „Evaluating deliberative and analytical methods for the resolution of environmental conflicts“, in: *Land Use Policy*, 23, 1, 108-122.
- Reed, M.S. (2008): „Stakeholder participation for environmental management: A literature review“, in: *Biological Conservation*, 141, 10, 2417-2431.
- Rowe, G. und Frewer, L.J. (2000): „Public Participation Methods: A Framework for Evaluation“, in: *Science, Technology, & Human Values*, 25, 1, 3-29.
- Scharpf, F.W. (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Schliesky, U. (2004): *Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt: die Weiterentwicklung von Begriffen der Staatslehre und des Staatsrechts im europäischen Mehrebenensystem*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schmid, A. (2004): *UNESCO Biosphäre Entlebuch: Modell für eine nachhaltige Regionalentwicklung? Konzept Zielerreichungskontrolle. Berichte aus der Region Entlebuch 3*. Schöpfheim: Biosphärenmanagement UNESCO Biosphäre Entlebuch.
- Schmidt, V.A. (2013): „Democracy and Legitimacy in the European Union Revisited: Input, Output and ‘Throughput’“, in: *Political Studies*, 61, 1, 2-22.
- Speil, K.; Rotter, S.; Interwies, E. und Möllenkamp, S. (2008): „Systematische Gestaltung eines Partizipationsprozesses – Ziele, Methoden und Herausforderungen am Beispiel der „Workshops Untere Dhünn““, in: *UVP-Report. Special Issue on Water Management „Umweltprüfung und wasserwirtschaftliche Planung“*, 22, 1/2, 36-41.
- Steffek, J. (2009): „Discursive legitimation in environmental governance“, in: *Forest Policy and Economics*, 11, 5-6, 313-318.
- Stirling, A. (2006): „Analysis, participation and power: justification and closure in participatory multi-criteria analysis“, in: *Land Use Policy*, 23, 1, 95-107.

- Stoker, G. (1998): „Governance as theory: five propositions“, in: *International Social Science Journal*, 50, 155, 17-28.
- Suchman, M.C. (1995): „Managing Legitimacy: Strategic and Institutional Approaches“, in: *The Academy of Management Review*, 20, 3, 571-610.
- Tuler, S. und Webler, T. (1999): „Voices from the Forest: What Participants Expect of a Public Participation Process“, in: *Society & Natural Resources: An International Journal*, 12, 5, 437-453.
- UNCED (1992a): *Agenda 21. Kapitel 1. Präambel**. URL: <http://www.agrar.de/agenda/agd21k01.htm> [Stand: 19.02.14].
- UNCED (1992b): *Agenda 21. Teil III. Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen. Kapitel 23. Präambel*. URL: <http://www.agrar.de/agenda/agd21k23.htm> [Stand: 19.02.14].
- UNESCO (2014a): *World Network of Biosphere Reserves (WNBR)*. URL: <http://www.unesco.org/new/en/natural-sciences/environment/ecological-sciences/biosphere-reserves/world-network-wnbr/> [Stand: 19.02.14].
- UNESCO (2014b): *Geschichte der Biosphärenreservate*. URL: http://www.unesco.de/br_geschichte.html [Stand: 19.02.14].
- UNESCO (2014c): *Die Sevilla-Strategie für Biosphärenreservate*. URL: <http://www.unesco.de/sevilla-strategie.html> [Stand: 19.02.14].
- UNESCO Biosphäre Entlebuch (2014a): *Zonierung*. URL: <http://files.gadmin.ch/66417?CFID=33031769&CFTOKEN=69781230> [Stand: 19.02.14].
- UNESCO Biosphäre Entlebuch (2014b): *Kooperationsmodell UBE*. URL: <http://files.gadmin.ch/65527?CFID=33031769&CFTOKEN=69781230> [Stand: 19.02.14].
- WCED (1987): *Our Common Future, Chapter 2: Towards Sustainable Development*. URL: <http://un-documents.net/ocf-02.htm#l> [Stand: 19.02.14].
- Webler, T. und Tuler, S. (2000): „Fairness and Competence in Citizen Participation: Theoretical Reflections from a Case Study“, in: *Administration & Society*, 32, 5, 566-595.
- Zürn, M. (2004): „Global Governance and Legitimacy Problems“, in: *Government and Opposition*, 39, 2, 260-287.